

22. Heft | 30. Oktober 1912

## MAX SCHIPPEL · DER HANDELSPOLITISCHE AUF- MARSCH DER INTERESSENTEN

**I**n einigen unserer sozialdemokratischen Parteizeitungen und Parteiorde, die noch immer ein maßloses Defizit an jeglicher wirklichen Sachkenntnis durch einen ebenso maßlosen Überschuß von agitatorischem Eifer ersetzen zu können glauben, hat das allmähliche Wiedererwachen der Zolltariferörterungen bereits zu recht seltsamen Kundgebungen geführt. So malte ein neuerdings nicht unbeliebter Versammlungsredner vor seinen Hörern die Möglichkeit an die Wand, daß aus den unfehlbar herannahenden furchtbaren handelspolitischen Kämpfen »der Massenstreik allgewaltig hervorwächst«. Etwas schüchternere Kampfnaturen erwägen wenigstens, ob nicht auch heute noch ein handfester parlamentarischer Obstruktionsfeldzug durchführbar und angebracht erscheine, nachdem dies von verschiedenen Seiten zu bestreiten versucht wurde, die offenbar über den tatsächlichen innern Wert und äußern Erfolg der Kampagne vom Jahr 1902 hinreichend Bescheid wissen, und die deshalb nicht Lust haben der Partei zum zweitenmal die Finger zu verbrennen.

Ernstzunehmen sind selbstverständlich nach wie vor nur diejenigen, glücklicherweise sich stetig erweiternden Parteikreise, die zunächst einfach Um- blick zu halten suchen: wieweit in Nichtarbeiterkreisen die Erschütterung des bestehenden handelspolitischen Systems etwa schon gediehen sei, auf Bundesgenossen (meinetwegen handelspolitische Blockgenossen) welcher Art und welcher Stärke demnach die Arbeitervertretung unter Umständen rechnen könne, und welches politische Aktionsprogramm sich schließlich auf Grund dieser, in den großen Umrissen vorläufig fest gegebenen Konstellation unge- fähr empfehle; ein Aktionsprogramm, das naturgemäß nicht durch Massen- streik und Obstruktion sondern mit den normalen, freilich nicht immer gerade leicht zu handhabenden Mitteln der parlamentarischen Verhandlung und Kriegführung durchzusetzen wäre.

Leider unterlaufen aber selbst bei dieser notgedrungen gebotenen Zielbeschränkung noch immer recht schlimme Selbsttäuschungen, weil man, mangels eines dauernden Studiums der großen gewerblichen und agrarischen Interessenorganisationen, fortwährend verhältnismäßig bedeutungslose Einzeläußerungen und vergängliche Einzelwellen einer Bewegung mit großen, anhaltenden und maßgebenden Grundströmungen verwechselt. Wie die Gegner (was wir ihnen ja oft genug zum Vorwurf machen) von zufällig aufgelesenen oder absichtlich aufgestochenen Preßschnitzeln oder Redewendungen zehren und danach vor sich und ihren geduldigen Gläubigen die Sozialdemokratie bewerten, die sie in Wahrheit gar nicht kennen und begreifen, so hat sich nicht minder bei uns eine vielgeschäftige, mitunter sogar erstaunlich rührige Ausschnittssammelei und Zitatentreiterei entwickelt, die zur oberflächlichen täglichen Unterhaltung von Zeitungslesern und Versammlungsbesuchern ganz brauchbar und zulänglich sein mag, die aber zur wirklichen Erkenntnis des festen Kerns der gegnerischen Position meist nicht das geringste beiträgt; ja die sogar häufig der richtigen Bewertung schnurstracks zuwiderläuft: wie alles kritiklose Zusammenwerfen von Nebensächlichem und Entscheidendem, wobei allerdings das Nebensächliche nicht selten das Sensationellere, und das Entscheidende das weniger Auffällige ist. Indes, wenn wir uns über Gegner erüsten oder lustig machen, falls sie eine Generalstreiksrede des Redakteurs X zur Marokkofrage einfach zur sozialdemokratischen Parteistellungnahme emporschrauben, so dürfen wir nicht ruhig selber das gleiche tun, falls irgendwo ein tätigkeitseifriger, redebeflüssener Handelskammersekretär oder Industriesyndikus Y eine Bemerkung in diesem oder jenem Sinn fallen läßt, die für jeden Kundigen ganz etwas anderes darstellen muß als »das allgemeine Urteil des Handels und der Industrie« oder auch nur der besondern kommerziellen oder industriellen Zweigorganisation, mit der der Redner durch bloße Mitgliedschaft oder selbst durch Amt und Würden verbunden ist.

Die Korrekturen solcher voreiligen Hoffnungen und Befürchtungen haben sich, was die Handelspolitik anlangt, in den letzten Wochen derart gehäuft, daß schon deshalb eine gedrängte Übersicht über den tatsächlichen Aufmarsch der Unternehmerinteressenten, losgelöst von allem verwirrenden und raschvergänglichen Beiwerk, naheliegt. Ich lasse dabei hauptsächlich die jüngsten Tatsachen selber sprechen, füge aber gleich hinzu, daß alle diese jüngsten Ergebnisse für jeden ernsten Beobachter der letzten Jahre nicht das geringste Überraschende bringen. Sollten manche Leser, auf Grund der gewohnten zusammenhanglosen Preßmitteilungen, anderes erwartet haben, so wäre damit nur das Bedenkliche und Irreführende der bei uns noch immer allzu beliebten Informationsmethode von neuem bewiesen.



IE erste Frage sei: ob sich, abgesehen von ein paar großstädtischen Zeitungsredaktionen und einigen, meist der Börse sehr nahestehenden Handelskreisen, irgendwo so etwas wie eine (unternehmer-)industrielle Freihandelsbewegung in Deutschland bemerkbar mache. Darüber hören wir am besten den *Handelsvertragsverein* selber, der bei seiner Gründung in der Tat bereit schien die Sturmflagge gegen jedes zollpolitische Staatseingreifen in die manchesterliche, international freie Konkurrenz voranzutragen. Große Banken waren seine Väter, Kommerzien-

räte seine Paten und Gönner. Auch sein Einfluß auf Arbeiterkreise war kein geringer; manche scharfe handelspolitische Kritik, auf die man im Jahr 1902 und vorher in Blättern stieß, die sich unausgesetzt zum schärfsten proletarisch-revolutionären Klassenkampf bekannten, entpuppte sich bei näherem Zusehen als ein, wenig oder gar nicht abgeänderter Waschzettel des *Kommerzienratsvereins*. Aber allmählich hat sich die Organisation mehr und mehr zu einer ruhigen Beratungsstelle für Exportinteressenten abgeklärt. Darunter vorwiegend wohl Händler, aber zweifellos auch nicht wenige Produktionsunternehmer, deren Meinung für uns, die wir die Interessen der entsprechenden Produktionsarbeiter mit zu vertreten haben, naturgemäß am lehrreichsten sein würde. Denn hinsichtlich des drohenden oder winkenden Auslandswettbewerbs sollten die Anschauungen der Unternehmer und Arbeiter dieser Produktionszweige kaum wesentlich auseinanderlaufen, nur daß den Unternehmern, wegen ihrer direkteren Beteiligung an den wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen, ruhig das erste Wort zufallen könnte.

Der *Handelsvertragsverein* verwahrt sich jedoch seit langem dagegen, daß er irgendwie Freihandelspropaganda treibe. Als neulich der *Zentralverband deutscher Industrieller* in guter Berechnung den Vorwurf erneuerte, erwiderte das Vereinsorgan redaktionell nicht wenig entrüstet:

»Wir können nicht umhin erneut unserm Bedauern Ausdruck zu geben, daß die »berufenste Vertretungskörperschaft der deutschen Industrie«, wie sie in dem Artikel genannt wird, keinen Anstoß daran nimmt ihre Auseinandersetzungen mit anderen Körperschaften in eine so überhebende und anmaßende Form zu kleiden und, was noch schlimmer ist, außerdem mit falschen Unterstellungen zu arbeiten. Ist es wirklich nötig, daß die von uns wiederholt und energisch zurückgewiesene Behauptung wiederholt wird, die handelspolitischen Ziele des *Handelsvertragsvereins* seien freihändlerischer Natur? .... Wir müssen es uns versagen immer von neuem auf diese törichte Unterstellung zu erwidern .... Nur einen Gesichtspunkt müssen wir nochmals betonen: Wie sollte es möglich sein, daß der *Handelsvertragsverein* mit seinem vorwiegend industriellen Mitgliederbestand und den zahlreichen angeschlossenen industriellen Vereinen überhaupt freihändlerischen Anschauungen huldigen kann, ohne die Grundlage seiner Existenz zu gefährden? Oder glaubt der *Zentralverband*, daß die vielen industriellen Körperschaften, die im Ausschuß des *Handelsvertragsvereins* vertreten sind, so gar nichts vom angeblichen Freihändlertum merken und sich von der wohl geheimen Leitung des *Handelsvertragsvereins* ständig düpiieren lassen sollten? ... Würde doch sogar der Name des Vereins in einem seltsamen Widerspruch zu seinen angeblichen Zielen stehen! Handelsverträge haben zur Voraussetzung ein Schutzollsystem, während der Freihandel eine Vertragspolitik schließlich überflüssig macht. Darum wollten die konsequenten englischen Freihändler überhaupt nichts von einer Vertragspolitik wissen.«<sup>1)</sup>

Das alles ist für jeden Beobachter des deutschen Wirtschaftslebens etwas vollkommen Selbstverständliches. Wir haben wohl industriekapitalistische Einzelinteressen, die sich durch das bestehende handelspolitische System verletzt oder nicht hinreichend berücksichtigt fühlen, die alsdann wohl auch einmal grundsätzlich von Freihandel zu sprechen anfangen, und die zuletzt sogar von einem genügend fähigen Zeitungsschnitzeljäger als Beweisstück für die unwiderstehliche Siegeskraft der deutschen Freihandelsbewegung dem großen Lesepublikum vorgeführt werden. Genau so, wie umgekehrt bei jedem Freihandelssystem gleichfalls stets bestimmte, beiseite geschobene Produktionszweige aufschreien, selbst dann, wenn der Freihandel, wie in England

<sup>1)</sup> Siehe den Artikel *Der Zentralverband deutscher Industrieller gegen den Handelsvertragsverein* in der Zeitschrift des *Handelsvertragsvereins*, dem *Deutschen Außenhandel*, 1913, pag. 158 f.

seit den vierziger Jahren bis zur Jahrhundertwende, von der ganz überwältigenden öffentlichen Meinung des Industrieunternehmertums und anderer Klassen getragen wird. Eine Handelspolitik, die alle Betroffenen, der Landwirtschaft wie der Industrie, der Rohproduktionen wie der Fertigfabrikationen, der Sphäre der Produktion wie des Konsums, des heimischen wie des internationalen Absatzes, in gleicher Weise befriedigt, kann es eben in einer modernen Konkurrenzgesellschaft ein für allemal nicht geben. Aber deswegen besteht doch gewöhnlich eine unverkennbar überwiegende Interessenrichtung; je nach den geschichtlichen Voraussetzungen in dem einen Land oder zu der einen Zeit mehr freihändlerisch, in dem andern Land oder in anderer Zeitperiode mehr schutzzöllnerisch. Und für das Deutschland der Gegenwart hat der *Handelsvertragsverein*, der wahrhaftig der nächste dazu ist, die Situation ganz schlagend gekennzeichnet: er, obwohl handelspolitisch noch immer die äußerste Unternehmeropposition verkörpernd, würde einfach seine »Existenz« durch freihändlerische Anschauungen einbüßen.




ENN demnach für das deutsche Unternehmertum der *grundsätzliche* Kampf praktisch ganz wegfällt, wenn es sich bei etwaigen handelspolitischen Auseinandersetzungen während der nächsten absehbaren Zeit nur um Reformen *innerhalb* des Schutzzollsystems handelt, wenn lediglich der Wettstreit der verschieden geschützten, in sich wieder so vielfach gegensätzlichen Produktionszweige, vor allem das Ringen um den Ausschlag mehr nach der agrarischen oder mehr nach der industriellen Seite bleibt: wie weit kann man auf einen Vorstoß des Industrieschutzes gegen den Agrarschutz rechnen? Auch hier sagen die jüngsten Beschlüsse der Nächstbeteiligten gar nichts Neues; und enttäuscht kann nur sein, wer vorher zwischen angenehmer Illusion und herber Wirklichkeit keine Grenze zu ziehen wußte. Jedenfalls aber ist das Ende vom Lied ganz unzweideutig: Alle handelspolitischen Unternehmerorganisationen, auch die *antiagrarischen*, *lehnen* einen irgendwie gründlichen *Abbau* des Agrarschutzes ab. Sie sind immer *agrarischer* geworden, denn früher war nach dieser Richtung ihre Opposition stärker, sogar angesichts eines schwächern Agrarschutzes.

Vom *Zentralverband deutscher Industrieller*, dem sogenannten *Scharfmacherverband*, erwartete man ähnliches wohl allgemein; meist weniger aus Vertrautheit mit der Verbandsgeschichte (die, nebenbei bemerkt, gar manches, den Agrariern sehr unliebsame Kapitel enthält) als aus unbeschränktem Mißtrauen gegen die führenden rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen. Aber was sollen harmlose Gemüter zu dem *Hansabund* sagen, der eigens dazu gegründet wurde das liberale Bürgertum gegen Junker und Agrarier mobil zu machen, und dessen Direktorium nunmehr in seiner Sitzung am 29. September, nach einer unschädlichen Wortkanonade, dem Gegner beteuert, es sei eine »irrige Ansicht, daß nur die extreme Rechte wegen ihrer eigenen Zollinteressen auch diejenigen der Schwerindustrie zu schützen gewillt sei«: »Demgegenüber stellen wir wiederholt fest, daß der *Hansabund* unter den heutigen nationalen und internationalen Verhältnissen sowohl der Industrie wie der *Landwirtschaft* den ihnen notwendigen *Zollschutz*, unter *Ablehnung* jeder *Erhöhung* der bestehenden Agrarzölle und des lückenlosen Zolltarifs, zu gewähren bereit ist, wie immer die politischen Parteien ... sich zu diesen Fragen stellen mögen.«

Ähnlich redet Dr. Stresemann, der einst als Wortführer der weiterverarbeitenden Industrien die Streitaxt gegen *Zentralverband* und Landwirtebund schwang, in einem ausführlichen Artikel des *Deutschen Kuriers* der Volkspartei gut zu: sie solle sich mit dem Bestehenden abfinden, sie solle, unbeschadet ihrer prinzipiellen Meinung, daß ein allmählicher Abbau der Getreidezölle wünschenswert sei, für die Gegenwart die jetzige Höhe der Getreidezölle anerkennen. Selbst die *Freisinnige Zeitung* scheint dem ganzen »Lärm« aus dem Weg gehen zu wollen. Schreibt sie doch am 27. September »Warum der Lärm? .... Das steht fest, daß die Regierung (von der doch bei Handelsvertragsverhandlungen die Initiative ausgehen muß) in dem heutigen Reichstag für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik eine Mehrheit besitzt: Konservative, Zentrum und Nationalliberale nebst einer Anzahl der kleineren Gruppen stehen hier zusammen. Das hat sich unter anderm bei den wiederholten Teuerungsbekämpfen klar ergeben. Wenn daher die Zöllner unter *Schutz der nationalen Arbeit* Schutz des zurzeit bestehenden Zollsystems verstanden wissen wollen, so wäre es eine grobe Entstellung zu behaupten, daß diesem Schutz Gefahr drohe.«

Die *Frankfurter Zeitung* aber schreibt am 7. Oktober sarkastisch resigniert zu diesem lautknallenden Ausrücken und um so stillern Wiederheimkehren der verschiedenen Teilnehmer am antiagrarischen Hornberger Schießen und zu der »ungünstigen Abwehrstellung«, in die man sich habe drängen lassen. »Und wie sieht diese Abwehr selbst aus? Erst erhebt sich der *Bund der Industriellen*, der zur Wahrung der Interessen der verarbeitenden Industrie berufen sein will: seine ganze Aktion besteht in einer ebenso zahmen wie langen Erklärung, die dem *Zentralverband* hübsch zuredet sich doch nicht mit dem Agrariertum, dem schlimmsten Feind der Industrie, zu verbinden; zum Thema selbst aber verlangt der Bund nichts als Stetigkeit der Wirtschaftspolitik und Fortführung einer Handelsvertragspolitik; zu der Kardinalfrage, wie die alten Handelsverträge gewirkt haben und wie es möglich sein soll auf Basis der bestehenden Zollsätze neue, gute Handelsverträge zu schließen, äußert er sich nicht. Dann erhebt sich das Direktorium des *Hansabundes*, der »für Gewerbe, Industrie und Handel« firmiert. Aber es benutzt nur erneut die Gelegenheit sich zwischen sämtliche vorhandenen Stühle zu setzen, indem es eine Resolution veröffentlicht, nach der der *Hansabund*, unter Ablehnung jeder Erhöhung der bestehenden Agrarzölle und des lückenlosen Zolltarifs, »sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft den ihnen notwendigen Zollschutz zu gewähren bereit ist; das Urteil darüber aber, welche Zollhöhe denn nun »notwendig« ist, wird sorgsam verschwiegen, die Stellungnahme des *Hansabundes* besteht darin keine Stellung zu nehmen! Daneben steht der *Deutsche Bauernbund*, der zur Vertretung der Bauerninteressen gegen die Großgrundbesitzerinteressen gegründet worden war, und der doch nichts Besseres zu tun weiß, als sich fortgesetzt auf die großagrarisches Zollpolitik festzulegen. Und zum Schluß erscheint jetzt die nationalliberale Reichstagsfraktion, die in ihrer gestern mitgeteilten Resolution zum Überfluß nochmals erklärt, was man ja auch ohne diese Versicherung längst wußte, nämlich daß sie den Abbau der bestehenden Schutzzölle ebenso ablehnt wie extreme neue Schutzzollforderungen: sie schwört auf den Zolltarif von 1902.«

 AT der bestehende Zolltarif, wie mit jedem Tag klarer hervortritt, von der bürgerlichen Linken (unter halbwegs normalen Verhältnissen natürlich) kaum mehr als kleine Einzelkorrekturen zu fürchten, so haben sich andererseits auch auf der Rechten seit langem schon die Stimmen zusehends vermehrt, die große umwälzende Tarifänderungen für vollkommen überflüssig erklären. Eine *Tariffneuschöpfung*, wie 1901-1902 beim Verlassen des Bismarckschen Zollgesetzes und der darauf aufgebauten Caprivischen Vertragstarife, würde alsdann *vollständig wegfallen*; es bliebe nur eine mehr oder weniger

unscheinbare *Novelle*, die Nachfeilung im einzelnen, der selbstverständlich jeder Zolltarif von Zeit zu Zeit unterliegen muß, einfach wegen des ewigen Wechsels der internationalen Konkurrenzbeziehungen, zu deren Ausgleich und Regelung Zölle dienen sollen. Für diese Korrekturen im einzelnen liegen zwar zahlreiche Wünsche vor, von landwirtschaftlicher, diesmal mehr litzel- und kleinbäuerlicher Seite vor allem für Milch, Gemüse und Obst. Immerhin würde es sich 1914-1915 um etwas ganz anderes drehen als 1901-1902, selbst wenn zwischen agitatorischen Wünschen und gesetzgeberischen Anträgen und Entwürfen kein Unterschied gemacht werden sollte.

Während aufgeregte Querköpfe in der Tat fähig waren aus dem bekannten Ausdruck *lückenloser Zolltarif* zu folgern, man plane für die Zukunft jede Einfuhr nach Deutschland mit einem Zoll zu belegen, konnte die *Deutsche Tageszeitung* am 29. September seelenruhig schreiben:

»Wir [die Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit] haben oft und deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Erhöhung der Zölle nicht verlangen.« Und vorher schon, am 16. September:

»Das, was unter dem lückenlosen Zolltarif zu verstehen sei, ist so oft dargelegt worden, daß eine Wiederholung eigentlich nicht mehr nötig sein sollte. Wenn die Forderung eines solchen Zolltarifs erhoben wurde, so hatte sie lediglich die Bedeutung, daß gewisse Lücken im Zolltarif ausgefüllt, gewisse Ergänzungen vorgenommen werden sollten, die nicht nur im Interesse der Landwirtschaft sondern auch im Interesse des Gewerbes liegen. Die Meinungen über diese Lücken und ihre notwendige Ausfüllung mögen, wie gesagt, auseinandergehen. Das sind Fragen, die später erörtert werden müssen . . . Wenn der *Zentralverband [deutscher Industrieller]* erklärt hat, daß er einer weitem Erhöhung der Lebensmittelzölle und einem lückenlosen Zolltarif nicht zustimmen könne, so hat uns diese Erklärung weder überrascht noch enttäuscht. Es muß ihr gegenüber immer wieder daran erinnert werden, daß der *Bund der Landwirte* weder durch irgendwelche Beschlüsse noch in seiner Presse für die Erhöhung der Lebensmittelzölle Stimmung gemacht hat.«

Als das wahrscheinlichste Ergebnis aller bisherigen Vorerörterungen wird man deshalb meines Erachtens ansehen müssen, daß der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück schließlich recht behalten wird, wenn er am 4. März 1912 im Reichstag die überwiegenden Unternehmeranschauungen, die ganze parlamentarische zollpolitische Konstellation, die Stellung der bürgerlichen Mehrheit und der Regierung dahin charakterisierte:

»Im großen und ganzen hat sich der bestehende Zolltarif bewährt. Er hat sich bewährt in seiner Systematik, er hat sich bewährt in bezug auf seine technische Anwendbarkeit, und er hat sich bewährt, insofern er zweifellos einen wirksamen Schutz unserer nationalen Arbeit geboten hat. Unter diesen Umständen wird man im Ernst nicht daran denken können wesentliche Änderungen im Ausmaß des Schutzes nach oben oder nach unten eintreten zu lassen. Damit fällt natürlich jede Notwendigkeit einen neuen Zolltarif aufzustellen, wie man hier und da angenommen hat. Es kann sich auf diesem Gebiet nur um eine Revision im einzelnen handeln . . . Im großen und ganzen handelt es sich darum den Zolltarif, wenn ich mich eines bureaukratischen Ausdrucks bedienen darf, auf der Gegenwart zu halten.«




IELES von dem hier Gesagten ist natürlich Vermutung, aber, wie ich glaube, keineswegs grundlose Vermutung. Würden jedoch die Dinge aller Wahrscheinlichkeit nach schließlich so oder ähnlich liegen, dann sollten wir nicht schon wieder im voraus leichtfertig von großen politischen Kraftproben reden, von Massenstreik draußen und Obstruktion drinnen.

Einmal wäre das neue Kampfobjekt offenbar von vollkommen anderer Art als 1902 und hiermit überhaupt in keiner Beziehung zu vergleichen. Wer wollte gegen den bloßen Spatz einer Ergänzungs- und Abänderungsnovelle gleich die größten Kanonen aufbieten?

Erreichen ließe sich zudem weiter nichts dabei als — die Aufrechterhaltung eben des vielbefehdeten alten Zolltarifs von 1902. Solange diesen nicht eine übereinstimmende Mehrheit von Reichstag und Regierungen positiv aufhebt (und daß wir uns bis übers Jahr dafür eine Mehrheit außer im Reichstag auch noch im Bundesrat schaffen könnten, glaubt wohl niemand von uns selber), so lange bliebe nach all den angekündigten Massenstreiks- und Obstruktionskämpfen als Siegesergebnis einfach — der heutige Zolltarif als fortbestehendes Gesetz, und jede politische Aktion wird in der großen Öffentlichkeit zuletzt immer, mit vollstem Recht, lediglich nach ihren Wirkungen, nicht nach ihren Absichten beurteilt. Man denke: Massenstreik und Obstruktion zur Aufrechterhaltung des selben Zolltarifs, den wir 1902 obstruieren mußten!

Endlich aber: Wir würden, wie gezeigt, diesmal bei einer Kraftprobe noch nicht einmal den schwachen Rückhalt im Parlament und in der öffentlichen Meinung haben, den uns 1902 eine Zeitlang der Linksliberalismus zu gewähren — schien. Jeder, der es mit der innern Entwicklung und dem parlamentarischen Einfluß unserer Partei aufrichtig meint, sollte deshalb nach allen seinen Kräften, gerade in der Erinnerung an die Vorgänge von 1902, zu verhüten suchen, daß wir uns wie damals auf eine Taktik im voraus festreden, die, als es unversehens Ernst wurde, niemand empfohlen oder auch nur gebilligt haben wollte, vor der wir uns dennoch nach allem vorher Geschehenen nicht mehr retten konnten, und die wir folgerichtig bis zum bitteren Ende auskosten mußten: unter langjähriger Vernichtung unserer ganzen, bis dahin mühsam errungenen parlamentarischen Stellung, und unter dauernder Schädigung des kümmerlichen parlamentarischen Lebens in Deutschland überhaupt.

XX  
**LUDWIG QUESSEL · DIE ÖKONOMIE DES GEBÄRSTREIKS**

 IN Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Gebärstreiks. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen das Gespenst verbündet, der Papst und der Kaiser, Herr von Bethmann Hollweg und Poincaré, französische Imperialisten und deutsche Fortschrittler. Mit diesen Worten könnte ein Neumalthusianer, der eine Programmschrift für den Gebärstreik verfassen wollte, seine Darlegungen einleiten, ohne daß man ihn einer Übertreibung zu beschuldigen brauchte. Das Gespenst des Sozialismus, von dem das *Kommunistische Manifest* berichtet, ist heute in der Tat durch das Gespenst des Gebärstreiks in den Hintergrund gedrängt worden.

Im Grunde sagt man aber noch zu wenig, wenn man von einem Gespenst des Gebärstreiks spricht. Versteht man unter Gebärstreik eine so weitgehende Einschränkung der Geburten bei den besitzlosen und wenig besitzenden Klassen, daß man für die folgenden Jahrzehnte mit einer ständig abneh-

menden Zahl der Lohnarbeiter zu rechnen hat, so ist die bewußte Geburtenverweigerung schon lange keine bloße Theorie mehr, sondern eine greifbare Realität unseres sozialen Lebens. Daß die französischen Kleinbauern und bäuerlichen Pächter, ungleich ihren italienischen und deutschen Klassengenossen, sich hartnäckig weigern für einen proletarischen Nachwuchs zu sorgen, ist eine hinreichend bekannte und von keiner Seite bestrittene Tatsache, so daß es überflüssig scheint den hierfür schon so oft geführten statistischen Beweis zu wiederholen. Zweifellos ist ferner, daß das industrielle und gewerbliche Proletariat der großen französischen Städte eine so niedrige Geburtenziffer aufweist, daß von einer vollen Reproduktion des proletarischen Lebens nicht mehr gesprochen werden kann. Trotz der geringfügigen innern kapitalistischen Expansion in Frankreich sind die Unternehmer in wachsendem Maß auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Besonders gilt dies für Gewerbe, denen sich der französische Arbeiter nicht gern zuwendet. Die französische Bauindustrie beschäftigt zum größten Teil Ausländer. Gerade jetzt wird der Parteipresse aus Frankreich gemeldet, daß in den neuerschlossenen Kohlendistrikten der Normandie und in dem Erzgebiet von Longwy die Mehrzahl der Arbeiter Italiener sind, und zwar meist Süditaliener, der Rest setzt sich aus Luxemburgern, Polen, Deutschen usw. zusammen; die französischen Arbeiter machen kaum 10 % der Gesamtzahl aus. In dem neuerschlossenen Kohlengebiet der Normandie, wo man jetzt auch mit der Ausbeutung der Eisenerzlager beginnt, hat man die Arbeiter noch weiter hergeholt. Griechen, Nordafrikaner bilden das Hauptkontingent. Gewiß sind die Löhne dieser Arbeiter nicht so hoch wie die der französischen; da aber ihre Leistungsfähigkeit dementsprechend niedrig ist, wird man nicht sagen können, daß die ausländische Arbeit den Unternehmern sehr billig zu stehen kommt. Auch die sozialistischen Beobachter des französischen Lebens geben zu, daß es nicht in erster Linie die Wohlfeilheit der ausländischen Arbeit ist, die zur Heranziehung fremder Bau- und Bergarbeiter führt, sondern die Unmöglichkeit für unangenehme und körperlich schwere Arbeit französische Arbeitskräfte zu finden. Die Reproduktion des proletarischen Lebens bewegt sich eben in absteigender Linie, so daß die Republik, wenn man die Einfuhr fremder Menschenware verbieten würde, nach und nach zu einem proletarierleeren Land werden müßte.

Man weiß, daß die Tendenz zur Geburtenverweigerung nicht nur beim französischen Proletariat zu konstatieren ist. Bei den amerikanischen Arbeitern, soweit sie den westeuropäischen Rassen zuzuzählen sind, macht sich die selbe Erscheinung bemerkbar. Roosevelt hat ja bekanntlich den Gebärstreik der amerikanischen Arbeiter als Rassenselbstmord stigmatisiert. Auch die Vereinigten Staaten müßten, wenn die proletarische Geburtenverweigerung anhalten sollte, ähnlich wie die französische Republik zu einem proletarierleeren Land werden, sofern man die Einfuhr fremdrassiger, insbesondere slawischer Menschenware verbieten würde. Daß sich nun in dem kinderreichen Deutschland in den beiden letzten Jahrzehnten stellenweise ähnliche Erscheinungen bemerkbar machen, versetzt die ganze bürgerliche Welt in lebhaftes Beunruhigung, da alle Erfahrung dafür spricht, daß sich die Geburteinschränkung von den Großstädten schnell auf die kleineren Ortschaften fortpflanzen wird.



Von den Neumalthusianern, die jetzt in dem modernisierten Gewand der Befürworter des Gebärstreiks auftreten, wird diese Entwicklung freudig begrüßt. Die sozialen Zustände, die die unzureichende Reproduktion des proletarischen Lebens in Frankreich, Australien und Amerika gezeitigt, sind ihnen Beweis dafür, daß der bis zum Gebärstreik zielbewußt fortgeführte Neumalthusianismus die soziale Frage lösen kann und muß. Die beste Formulierung der sozialökonomischen Theorie des Gebärstreiks hat vielleicht Dr. Otto Ehinger gegeben. Er argumentiert im *Zeitgeist* vom 6. Oktober 1913 etwa wie folgt: Der Besitzlose verkauft unter dem Zwang der Not sein Leben stückweise, für Wochen und Monate. Sein Lohn wird nicht bemessen nach dem wirklichen Wert der Arbeitskraft sondern nach den Schwierigkeiten des Arbeitgebers dienende Hände zu finden. Je zahlreicher die Arbeitssuchenden nach den offenen Stellen drängen, je mehr sie sich unterbieten, um so elender werden sie. In einigen Jahrzehnten kann der Gebärstreik diesen Zustand radikal beseitigen. Durch die Abnahme der proletarischen Geburten muß das Angebot von Menschen dauernd geringer werden als die Nachfrage. Der zurzeit mit Arbeitern übersättigte Menschenmarkt der alten Welt muß unter dem Druck der Geburtenverweigerung nach und nach das Aussehen gewinnen wie der Arbeitsmarkt junger Siedlungskolonien, der sich durch den proletarierleeren Zustand charakterisiert. Zunächst beseitigt nun das Unterangebot von Menschenware radikal die Arbeitslosigkeit; dann erhöht es aber auch die Löhne bis zum vollen Wert der Arbeit und erniedrigt fortgesetzt Grundrente und Kapitalprofit. So löst der Mangel an Proletariern die soziale Frage, und zwar für immer.

Gerade ein Marxist wird nicht bestreiten können, daß der sozialökonomischen Theorie des Gebärstreiks eine dämonische Konsequenz innewohnt. Nach der marxistischen Auffassung saugt der Kapitalismus seine Lebenskraft aus dem Mehrwert, den das Proletariat erzeugt. In einem proletarierleeren Land ist er zum Untergang verurteilt. Es wäre aber auch durchaus unmarxistisch die Existenz eines Proletariats als unwandelbare soziale Erscheinung hinzustellen. Marx weist selbst im 24. Kapitel des 1. Buchs *Kapital* auf das Geheimnis der sogenannten *ursprünglichen Akkumulation* hin, das ganz einfach darin besteht, daß die aus feudalen Fesseln Neubefreiten erst dann Proletarier werden, »nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind«. Daß der historische Scheidungsprozeß von Produzenten und Produktionsmitteln auf den Willen der Machthaber zurückzuführen ist, bringt Marx prägnant mit den Worten zum Ausdruck: »Und die Geschichte dieser Expropriation ist in den Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.« Marx ist sich auch völlig darüber klar, daß der einmal herbeigeführte Scheidungsprozeß von Produzenten und Produktionsmitteln sich aus dem Grund später nicht mehr zu wiederholen braucht, weil die Proletarisierten dem Kapital eben bereitwillig den Nachwuchs liefern, den es zu seiner Erhaltung und Expansion benötigt.

Die Anhänger des Gebärstreiks bestreiten nun aber entschieden, daß für das moderne Proletariat die Notwendigkeit besteht bei den Geburten so wie bisher zu verfahren. Was den Proletarier veranlaßte sein eigenes Elend in seinen Kindern zu reproduzieren, war der Geschlechtstrieb, der sich nicht

unterdrücken läßt. Solange in einem Land die Methoden des präventiven Geschlechtsverkehrs unbekannt sind, erscheint allerdings die Reproduktion des proletarischen Daseins naturgesetzlich bestimmt zu sein. Anders heute, wo man es in der Hand hat die Kinderzahl zu beschränken. Mit 1 oder 2 Kindern wird sich das Leben des Arbeiters sogar weit sorgloser gestalten als mit einer großen Kinderschar. Andererseits braucht die Arbeiterfrau, die sich dem Gebärstreik anschließen will, auf das Glück der Mutter nicht zu verzichten. Wenn sie sich mit 1 oder 2 Kindern begnügt, so sagen die Apostel des Gebärstreiks, wird sie das Glück der proletarischen Mutter vielleicht voller genießen als mit vielen. Die Idee des Gebärstreiks fordert nicht den völligen Verzicht auf Nachkommenschaft, da die Vernichtung des proletarischen Daseins mit Notwendigkeit sich auch beim Einkind- ja selbst noch beim Zweikindersystem vollziehen muß, nur daß dieser Prozeß dann längere Zeit in Anspruch nimmt.

Diese Darlegungen der Anhänger des Gebärstreiks lassen sich nun nicht mit dem wohlfeilen Witz widerlegen, daß der modernisierte Neumalthusianismus die Lösung der sozialen Frage in das proletarische Ehebett verlegt. Wenn das ganze europäische Proletariat dem Kapital den Nachwuchs verweigern würde, so wäre das in der Tat eine revolutionäre Aktion, deren gewaltige Größe dadurch keine Einbuße erleidet, daß sie sich unsichtbar und still im Schlafgemach vollzieht. Daß die sozialen Zustände des Kapitalismus sich in einem proletarierleeren Land unmöglich aufrechterhalten lassen, hat wiederum Marx im 1. Band *Kapital* sehr eindrucksvoll dargestellt. Er erzählt uns, daß ein Engländer namens Peel Lebensmittel, Werkzeuge und Maschinen im Wert von 1 Million Mark zur Errichtung einer Fabrik nach Neuholland schaffen ließ. Herr Peel war so vorsichtig 3000 Personen der arbeitenden Klassen, Männer, Weiber und Kinder, mitzunehmen. Kaum aber hatten seine Arbeiter den Boden Neuhollands betreten, so wurden sie gewahr, daß sie in diesem menschenarmen Land gar nicht Lohnarbeiter zu bleiben brauchten. Der arme Herr Peel wurde von seinen Arbeitern schnöde im Stich gelassen; er blieb sogar ohne Diener, der ihm das Bett machte. Überraschend schnell löste sich in diesem proletarierleeren Land das importierte Menschenmaterial von den kapitalistischen Produktionsmitteln. Keinem der Peelschen Arbeiter fiel es ein seine Arbeitskraft zu verkaufen. Alle zogen es vor als Bauern, Handwerker oder Geschäftsleute freie und unabhängige Produzenten zu werden. Auch die technische Überlegenheit der importierten Produktionsmittel brachte Herrn Peel keinen Gewinn, da die Hände fehlten sie in Bewegung zu setzen.

Übrigens sei bemerkt, daß sich auch heute im alten Europa Erscheinungen zeigen, die lebhaft an die betrüblichen Erfahrungen des Herrn Peel erinnern, obwohl ein Zustand der Proletarierleere wie in Neuholland kaum irgendwo zu verzeichnen ist. Dr. Ehinger macht darauf aufmerksam, daß in Spanien, Italien und Ungarn die Herren der großen Güter seit einigen Jahren großen Ärger erleben. In ihre treuen Dörfer kommt ein unheimlicher Gast: der *Auswanderungsagent*. Plötzlich fangen die bäuerlichen Pächter an zu packen und lassen in ihren Hütten nichts zurück als die Wanzen und das Vieh, das ihnen nicht gehört. Vergeblich hat sich der gestrenge Herr Gutsverwalter zu Zugeständnissen herbeigelassen. Sie reisen dem Riesendampfer

zu, der im nächsten Hafen wartet. Diese armen Teufel, die die Kraft haben sich von ihrer Heimat zu reißen und ihre Hütten für immer zu verlassen, bringen den Herrn des Dorfes in eine höchst schwierige Lage, indem sie durch ihren Abzug nach Südamerika das flache Land proletarierleer machen. Recht schlimm sieht es auch auf den Plantagen der Tropenkolonien aus, weil die in der Abtreibung der Leibesfrucht recht erfahrenen Negerstämme die Notwendigkeit dem kolonialen Kapital den proletarischen Nachwuchs zu liefern trotz aller Vorstellungen der Missionen nicht recht einzusehen vermögen.

So sehr man sich auch sträuben mag der sozialökonomischen Begründung des Gebärstreiks irgendwelche Zugeständnisse zu machen, so wird man doch nicht umhin können die Möglichkeit zuzugeben, daß ein allgemein durchgeführter Gebärstreik des Proletariats Europa schließlich proletarierleer machen müßte. Denn es ist nicht einzusehen, woher die Proletarier kommen sollten, wenn das Proletariat durch das Einkindsystem der proletarischen Ehen in jeder Generation um die Hälfte reduziert würde. Beim proletarischen Einkindsystem ist die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise nur durch ein Wunder oder durch die Einwanderung asiatischer Arbeiter möglich. Soweit unsere Erfahrung reicht, ruft diese aber in allen Ländern des weißen Mannes eine so energische Gegenwehr der Arbeiter und kleineren Unternehmer wach, daß sie nicht dauernd aufrechterhalten werden kann. Typisch dafür sind die Vorgänge in Australien. Dort waren in manche Gewerbe, sowohl als Arbeiter als auch als Unternehmer, Asiaten aller Art eingedrungen, die mit ihrer niedrigen Lebenshaltung dem Europäer eine ordentliche Lebensführung unmöglich machten. Wo asiatische Unternehmer vorherrschend wurden, standen sie nicht an durch Unterbietungen die besser lohnenden europäischen Arbeitgeber zu erdrücken. Diese aber konnten mit den fremdsprachigen Asiaten bei allem Egoismus nicht viel anfangen. Der Ruin der europäischen Gewerbetreibenden führte dazu, daß die weißen Arbeiter bei gelben Unternehmern, die mit weißen Mädchen eine Bastardrasse zeugten, mit den schlimmsten Hungerlöhnen vorliebnehmen mußten. Alles das führte schließlich zu einer europäischen Rassensolidarität, die das gesetzliche Verbot der Einfuhr gelber Menschenware durchsetzte. Man darf wohl annehmen, daß ein größerer Import von Asiaten nach Europa ähnliche Erscheinungen zeitigen würde, und zwar auch dann, wenn Europa so dünn bevölkert wie Australien wäre. Da somit die asiatische Einwanderung zur Beseitigung eines durch den Gebärstreik herbeigeführten europäischen Proletariermangels kaum in Frage käme, die kapitalistische Produktionsweise bei einer ständig sinkenden Proletariermenge aber kaum aufrechtzuerhalten wäre, so bliebe auf allen Gebieten, wo der Großbetrieb große technische Überlegenheit verleiht, nur die genossenschaftliche Organisation der Arbeit übrig. Sobald man also die Möglichkeit zugibt, daß das europäische Proletariat sich einst durch den Gebärstreik selbst beseitigen könnte, so muß man zugeben, daß damit auch das kapitalistische System beseitigt wäre, weil dieses ohne den Mehrwert, den es aus dem Proletariat extrahiert, nicht existieren kann.

Die Frage des Schicksals, die sich der deutschen Nation aufdrängt, ist nun die: Welche Wirkungen kann ein deutscher Gebärstreik zeitigen? Denn

wer die unheimlich hohe Geburtenziffer der osteuropäischen Völker und ihren niedrigen Kulturzustand kennt, kann sich nur mit dieser Frage beschäftigen, da die Frage eines allgemeinen europäischen Gebärstreiks für dieses Jahrhundert wohl noch eine Utopie bleiben wird. Sehr lehrreiches Material zur Beantwortung dieser Frage bieten uns die Zustände im deutschen Osten. Aus den Gebieten des ostelbischen Großgrundbesitzes wandern alljährlich viele Tausende Proletarier nach dem Westen, um in Fabriken und Bergwerken ihren Lebensunterhalt zu gewinnen. Diese Massenabwanderung des proletarischen Nachwuchses wirkt für den Osten ähnlich wie ein Gebärstreik. Der proletarische Nachwuchs wird zwar im Osten reichlicher als irgendwo erzeugt; kaum aber ist er reif zur Erzeugung von Mehrwert geworden, so führt ihn die Bahn nach dem Westen. Die proletarische Massenwanderung, deren Schauplatz das Deutsche Reich ist, hat den agrarischen Osten allerdings relativ menschenleer gemacht. Von einer eigentlichen Proletarierleere kann man im Osten aber doch nicht sprechen. Alljährlich, wenn der letzte Schnee von den Feldern verschwindet, bringen die Bahnen viele Hunderttausende von Proletariern, Männer und Frauen, aus Galizien, Polen und Rußland nach dem deutschen Osten. Der größere Teil strebt im Spätherbst wieder der slawischen Heimat zu, der kleinere bleibt im Land zurück. Schon zählt man in Deutschland 1 236 000 ausländische Proletarier, zumeist slawischer Herkunft. Kein Gesetz hindert die Einfuhr dieser Arbeitermassen. Die Menschenware bleibt zollfrei. So wenig wie die proletarische Abwanderung den Osten proletarierleer gemacht hat, so wenig könnte aber ein Gebärstreik im deutschen Westen das Angebot von Menschen dauernd geringer machen als die Nachfrage, und zwar deshalb, weil die Einwanderung aus dem slawischen Osten alle Lücken, die ein Gebärstreik in die Bevölkerung reißen würde, sehr schnell wieder füllen müßte. Die ohnehin schon bestehende Gefahr der Zurückdrängung der Deutschen durch die Slawen würde durch einen Gebärstreik eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Solange die slawische Einwanderung besteht, ist selbst die Aussicht die Lebenslage der deutschen Arbeiter durch die Geburteneinschränkung zu heben kaum vorhanden. Im Gegenteil. Alle Erfahrung spricht dafür, daß das massenhafte Eindringen ausländischer Arbeiter mit geringen Lebensansprüchen die Löhne erniedrigt. Das Ein- oder Zweikindsystem mag das materielle Behagen der Familien, die es zur Ausführung bringen, vergrößern, den proletarischen Klassen selbst bringt es keinen sozialen Gewinn. Die Nation aber wäre dem Untergang geweiht, wenn die Apostel des Gebärstreiks die deutsche Arbeiterklasse für ihre Lehre gewinnen würden. Das sind, glaube ich, Gründe genug die neumalthusianische Theorie auch in ihrer neuesten Gewandung zurückzuweisen, so geistreich und bestechend sie sich uns auch präsentieren mag.

Das Ergebnis für uns ist also dies: Wenn auch eine Aussicht durch den Gebärstreik die soziale Lage der deutschen Arbeiter zu heben nicht vorhanden ist, so wird man doch nicht verkennen können, daß der Kampf gegen die Idee der Geburtenverweigerung allein von sozialen Gesichtspunkten aus nicht geführt werden kann. Wem es völlig gleichgültig ist, ob das Deutsche Reich von deutschen oder von slawischen Arbeitern bewohnt wird, wird gegen die systematische Geburtenverweigerung nicht sehr viel einwenden

können. Vom Standpunkt einer mißverstandenen Internationalität aus könnte man sogar sagen, daß es im Grunde doch gleichgültig sei, ob deutsche oder slawische Arbeiter dem deutschen Kapital den proletarischen Nachwuchs liefern. Gleichwohl denke ich, daß, obwohl die Idee des Gebärstreiks von Männern ausgegangen ist, die als Marxisten gelten wollen, wohl kaum ein Sozialdemokrat geneigt sein wird die nationale Seite der Frage zu leugnen. Die nationale Gefahr des Gebärstreiks kann auch nicht dadurch abgewandt werden, daß man die deutschen Grenzen für die Einfuhr slawischer Menschenware sperrt. Ein starker Rückgang der Geburten bedeutet in jedem Fall eine so gefährliche Minderung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes, daß wohl niemand sie als eine Friedensbürgschaft ansehen wird. Der Kampf gegen den Gebärstreik ist in erster Linie ein Kampf um die nationale Existenz. Dieser Erkenntnis darf sich auch die Sozialdemokratie nicht verschließen.

XX

## JOHAN HENDRIK SCHAPER · EIN STÜCKCHEN AGRARFRAGE IN HOLLAND

**E**S ist nicht meine Absicht in diesem Aufsatz die Agrarfrage in ihrer Gesamtheit zu behandeln, nicht einmal, soweit Holland dabei in Betracht kommt. Ich will im wesentlichen nur über die Vorschläge berichten, die vom holländischen Landwirtschaftsministerium zur Verbesserung der Lage der Landarbeiter gemacht worden sind. Sie sind vielleicht von allgemeinerem Interesse. Der Minister, von dem sie ausgingen, ist freilich inzwischen zurückgetreten, aber das neue Ministerium hat diese Vorschläge zu den seinigen gemacht. Bevor ich sie bespreche, möchte ich jedoch einige allgemeine Mitteilungen über Bodenbesitz und Bodennutzung bei uns machen.

In Holland geht die Zerstückelung des Bodens immer weiter. In einem dokumentarischen Bericht des Landwirtschaftsministeriums vom Jahr 1912 wird konstatiert, daß es sogar Leute gebe, »die sich über allzu große Zerstückelung des Bodens zu entrüsten beginnen«. Merkwürdig ist es, daß die Eigenbesitzer an Zahl abnehmen im Verhältnis wie der Boden schwerer und fruchtbarer wird. So konstatiert der genannte Bericht für die Zeit von 1898 bis 1910 einen Rückgang der Zahl der Besitzer um 11,7 % für Marschboden, um 10,6 % für urbar gemachtes Moorland, um 8,6 % für guten, an Strömen gelegenen Boden, um 7,5 % für Wiesenland und um 2,2 % für gewöhnlichen Sandboden. In den großen Betrieben ist indes zuweilen diese Abnahme geringer, in gewissen Landkreisen nehmen die Eigenbesitzer sogar zu. Im großen ganzen wird durch die genannten Zahlen dennoch eine Abnahme erzeugt. Die folgende Tabelle wird das noch klarer zeigen:

| Von den Betrieben von 1 Hektar und darüber wurden bebaut (in %) |                    |              |
|---|--------------------|--------------|
| Jahr  | von Eigenbesitzern | von Pächtern |
| 1888  | 58,5               | 41,5         |
| 1898  | 56,6               | 43,4         |
| 1904  | 54,4               | 45,6         |
| 1910  | 50,8               | 49,2         |

Abgesehen von den kleinsten und den größten Betrieben nimmt der prozentuale Anteil der Eigenbesitzer mit der Größe der Betriebe ab.

| Größenklasse<br>in Hektar | Prozentsatz<br>der Eigenbesitzer |
|---------------------------|----------------------------------|
| 1 bis 5                   | 50,4                             |
| 5 bis 10                  | 55,7                             |
| 10 bis 20                 | 52,4                             |
| 20 bis 50                 | 43,9                             |
| 50 bis 100                | 37,4                             |
| über 100                  | 63,4                             |

Speziell von den Landarbeitern (nach der Berufsstatistik von 1909 gab es in Holland 114 631 verheiratete respektive verwitwete männliche Landarbeiter) hatten 86 084 mehr als 5 Ar und weniger als 5 Hektar Boden in Nutzung, und zwar insgesamt 66 384 Hektar. Davon besaßen 59 754 ihr Grundstück in Pacht, 26 330 in Eigentum. Der Berichterstatter läßt die Frage offen, ob man Leute, die 2 bis 5 Hektar (zusammen 8624 Hektar) Boden bebauen, noch zu den Landarbeitern zählen könne, obwohl man zugeben müsse, daß sie eine proletarische Existenz führen. Jedenfalls sind noch etwa 28 600 verheiratete Landarbeiter nicht in der Lage zur Ernährung der eigenen Familie wenigstens 5 Ar Land zu bearbeiten.

Am 19. Dezember 1911 legte der Landwirtschaftsminister Talma einen Gesetzentwurf vor, in dem gefordert wird, daß Landarbeitern eine Bodenparzelle mit Wohnhaus als Eigentum oder einzelne Stücke Land in Pachtung überwiesen werden sollten. In seiner Begründung sagt der Minister, er sei bei der Aufstellung dieser Vorlage von dem Gedanken ausgegangen, es dürfe dem Landarbeiter nur so viel Grund und Boden zur Nutzung überwiesen werden, daß er noch seinen Charakter als Landarbeiter beibehalte und in der Ausübung seines Berufs nicht behindert werde. Er meint:

»Wohl wird er meist auf seinem Stück Land selbst auch Arbeit verrichten müssen; diese aber soll für ihn nur eine Nebenbeschäftigung sein, und der Boden, der bei seiner Wohnung liegen muß, soll der Hauptsache nach von seinen Hausgenossen bearbeitet werden können. Bessert sich dadurch seine wirtschaftliche Lage, so soll er nach der Absicht des Gesetzes seine Ersparnisse nicht sofort zur Vergrößerung seines Betriebs verwenden. Erst wenn er weiter vorwärts gekommen und kapitalkräftiger geworden sei, soll ihm bei seiner Parzelle mehr Freiheit gelassen und ihm ermöglicht werden seinen Betrieb zu vergrößern und so allmählich weiter emporzusteigen, so daß er schließlich weniger Lohnarbeit leisten und seine Arbeitskraft statt dessen nach und nach immer mehr dem eigenen Betrieb zu widmen haben wird. . . Der Gesetzentwurf erleichtert es also dem Landarbeiter wohl sich zur Stellung eines kleinen Bauern aufzuschwingen, will ihn aber nicht mit einem Mal in diese Lage versetzen.«

Ferner heißt es in der Begründung noch:

»Die Abgabe von Boden an den Landarbeiter soll vornehmlich dazu dienen diesem die Möglichkeit zur Produktion der Bodenfrüchte zu bieten, die er für sich und seine Familie braucht. Die Produktion für den Markt in irgendwie bedeutendem Maß würde ihn den Preisschwankungen, den Gefahren von Mißernte usw. aussetzen und ihm dadurch ein Risiko aufladen, das er bei den geringen Mitteln, die ihm anfangs zu Gebote stehen, nicht tragen darf.«

Das Landwirtschaftsministerium hat also das Ziel, das es mit dieser Vorlage verfolgte, deutlich gezeigt. In der Begründung des Gesetzentwurfs wurde darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren sowohl in Holland wie

in anderen Ländern die Frage zur Lösung stehe, »wie eine kräftige, am Boden haftende und stabile Landarbeiterbevölkerung gewonnen werden könnte«, daß die Lösung dieser Frage ein allgemeines Interesse darstelle und die Existenz eines kräftigen Stammes von Landwirten mit dem Vorhandensein einer gut gestellten Landarbeiterklasse aufs engste zusammenhänge. Diese Stabilität der Landarbeiterschaft soll hauptsächlich dadurch erreicht werden, daß man dem Landarbeiter eine Bodenparzelle mit Wohnhaus zum Eigentum gebe. Diese Tendenz der Gesetzesvorlage veranlaßte den liberalen Exminister Van Houten zu der Erklärung, sie verfolge nicht den Zweck dem Landarbeiter sondern seinem Arbeitgeber, dem Bauern, zu helfen.

Die weiteren Bestimmungen des Entwurfs schreiben vor, daß der Arbeiter, dem durch das Gesetz geholfen werden solle, für seine Arbeit vorgebildet und von sittlichem Lebenswandel sein und zwischen dem 25. und 50. Lebensjahr stehen müsse. Ferner muß er, wenn er eine Parzelle mit Wohnung in Eigentum erhalten wolle, in der Lage sein wenigstens ein Zehntel des Kostpreises zu zahlen. Schließlich werden für die Abgabe einer Parzelle mit Wohnung noch folgende Bedingungen gestellt: Diese dürfen, einschließlich der notwendigen erstmaligen Verbesserungen an den bestehenden Gebäuden und auf dem Boden, nicht mehr als 2500 Gulden (etwa 4000 Mark) kosten, und der Preis darf nicht zu hoch berechnet sein; das Wohnhaus muß zweckmäßig eingerichtet, das Land zur Bearbeitung geeignet sein oder ohne besondere Kosten dazu instand gesetzt werden können; es muß günstig und auch so liegen, daß in seiner Nähe genügende Gelegenheit geboten ist landwirtschaftliche Lohnarbeit zu leisten. Bei den Pachtgrundstücken darf die jährliche Pacht der einzelnen Parzellen die Summe von 30 Gulden (50 Mark) nicht überschreiten; der Pachtpreis darf nicht zu hoch berechnet, das Pachtgrundstück muß zur Bebauung geeignet sein oder ohne bedeutende Kosten dazu instand gesetzt werden können, und es muß günstig, in der Nähe der Arbeiterwohnung, liegen.

Kommissionen von 3 Mitgliedern sollen eingesetzt werden, um das Gesetz sinngemäß ausführen zu helfen. Eins dieser Kommissionsmitglieder muß ein Landarbeiter sein. Die Kommissionen sind verpflichtet den Arbeitern Auskunft über die Ausführung des Gesetzes usw. zu geben. Von größerer Bedeutung ist ferner die Errichtung besonderer öffentlichrechtlicher Kollegien, die speziell zu dem Zweck eingesetzt werden können, um das Gesetz durchzuführen und neben den Gemeinden dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern ein Grundstück oder eine Parzelle mit Wohnung zur Verfügung gestellt werde. An die Gemeinden werden vom Staat verzinsliche Vorschüsse gegeben, die die Überweisung von Grundstücken an Arbeiter leichter ermöglichen sollen. Der Gemeinderat kann seinerseits solche Vorschüsse jenen Kollegien zuweisen, von denen die Arbeiter unter gewissen Bedingungen Gelder gegen Zins und Tilgung erhalten können. Der Staat vergütet unter bestimmten Umständen die Kosten der Enteignung und der Buchführung. Auch kann er Grundstücke, über die er selbst die Verfügung hat, an die genannten Kollegien oder an die Gemeinden verkaufen. Hauptsächlich sind aber die Kollegien und die Gemeinden gehalten den Arbeitern auf Verlangen unbewegliche Güter in Pacht oder in Eigentum zu übertragen. Der Arbeiter kann sogar an höhere Instanzen

appellieren, wenn ihm die Überlassung von Boden verweigert wird. Um Bodenparzellen in Eigentum oder Pacht ausgeben zu können, dürfen die Kollegien oder die Gemeinden Ländereien enteignen; zu diesem Zweck soll das Enteignungsgesetz abgeändert werden.

Die Sozialdemokratie hat zu diesem Projekt noch keine Stellung genommen. Die Einwände, die von ihrem Standpunkt dagegen erhoben werden könnten, wären (abgesehen von der grundsätzlichen Frage ihrer Stellung zum Privateigentum als solchem) etwa die folgenden: Der Arbeiter wird dadurch an den Boden gefesselt, und die Löhne würden möglicherweise herabgedrückt werden, weil man das Einkommen aus dem Grundstück davon in Abrechnung bringen könnte. Der durch die Bodenüberlassung begünstigte Arbeiter kann vielleicht auch den Arbeiterorganisationen entfremdet werden. Von einer Fesselung an den Boden kann man indessen da doch auf keinen Fall sprechen, wo es sich nur um die Verpachtung von Ländereien handelt. Ich selbst habe im Parlament wiederholt eine solche Verpachtung befürwortet. Dabei stellte ich mich ebenfalls auf den Standpunkt, daß man den Arbeiter nicht künstlich zum Kleinbauern machen, aber ihm doch die Möglichkeit geben sollte Bodenfrüchte für seinen eigenen Verbrauch zu produzieren. Völlig in Übereinstimmung mit dieser Ansicht heißt es in einem der Paragraphen des Gesetzentwurfs, daß der Boden hauptsächlich dazu dienen solle die Bodenfrüchte zu erzeugen, die der Landarbeiter für sich und seine Familie braucht. Es darf behauptet werden, daß dieser Teil der Vorlage sich, außer auf den Bericht einer staatlichen Kommission zur Untersuchung der Lage der Landarbeiter aus dem Jahr 1909, zum guten Teil auf die sozialdemokratische Agitation stützt, obwohl die Partei als solche sich über diese Seite der Agrarfrage noch niemals ausgesprochen hat. Eine Parteikommission berät jetzt darüber. Es gibt Genossen, die sogar diese Reform verwerfen, weil sie darin eine Hemmung für die Schulung und Organisierung der Landarbeiter sehen. Aber auch diese können doch nicht übersehen, daß, wie schon bemerkt worden ist, ein großer Teil der Landarbeiter, jedenfalls fast alle verheirateten, bereits jetzt ein Stückchen Land neben ihrem Beruf als Lohnarbeiter bebauen. Viele von ihnen sind dennoch organisiert. Kein Mensch kann und will doch verhindern, daß zum Beispiel Schuhmacher, gesellen sich selbst ihren Schuh flicken wollen. Warum sollte ein Landarbeiter nicht ähnliches tun? Dann muß er aber etwas Boden zum eigenen Gebrauch haben. Der Bericht der genannten Kommission hat ja auch die ohnehin bekannte Tatsache festgestellt, daß die Landarbeiter auch jetzt meist kleine Grundstücke in Pacht nehmen, nur daß sie dafür Wucherpreise bezahlen müssen. Es wäre also durch diesen Teil der Vorlage nichts weiter geändert als daß der Arbeiter weniger für das zu zahlen braucht, was er doch einmal haben will. Wenn die Sozialdemokratie gegen die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt Bedenken haben sollte, so wohl nur der Paragraphen wegen, die die Freizügigkeit der Landarbeiter zu beschränken bestimmt sind.

Das neue Ministerium hat, wie erwähnt, die Vorlage aufrecht erhalten. Im Wahlkampf haben auch Wortführer der Liberalen Talmas gesetzgeberischem Produkt, wenn auch unter einigem Vorbehalt, Beifall gezollt. Das weitere bleibt abzuwarten.

XX



## JULIUS BAB · ÜBER ZOLA



EITDEM vor etwas mehr als 16 Jahren in den *Sozialistischen Monatsheften* der Aufsatz Wilhelm Bölsches über Zola erschien, der damals »auf der vollen Ruhmeswooge seiner Zeit« trieb, hat sich das Bild sehr geändert. Man kann nicht bestreiten, daß Zola aus der literarischen Mode des Tages gekommen ist. Aber man kann bestreiten, daß das gegen Zola spricht, und nicht gegen die Zeit oder zum mindesten gegen ihre Mode. Während man in immer neuen konkurrierenden Übersetzungen die entlegensten Ausländer herausgibt, existiert immer noch keine würdige, im bessern Sinn deutsche Gesamtausgabe des Zolaschen Werks. Die umfangreichen Bände seiner Korrespondenz gar, die vor Jahren in Paris erschienen sind, harren immer noch des deutschen Verlegers, der sie der Übersetzung überhaupt wert achtet. Was ist der Grund, daß die einstmals so große Begeisterung für dieses Mannes Werk so schnell und entschieden erkaltete? Dies Geschlecht ist nach einem kurzen Aufschwung des Glaubens, des Selbstvertrauens und der Schaffenslust schon wieder einmal beim Problematischen angelangt. Die Hamletgeste, die schöne Gebärde elegischer Skepsis und zynischer Melancholie, gilt als die einzige, die dem geistigen Menschen ziemt. Männer aber, aus dem Geschlecht des Fortinbras, solche, die zu Taten entschlossen, zur Herrschaft bereit, zur Wirklichkeit entschieden sind, gelten als unfein, roh und großschlechthin. Dies ist freilich wahr: Zola, der soviel Problematisches und Krankes, so viel Unfertiges, Gärendes, Ringendes, zur Gestalt erst strebendes Leben dargestellt hat, war nirgends ein Problematiker sondern ganz und gar ein ungebrochener Willensmensch. Sein ganzes Leben ist ein einziger großer Lobgesang der Kraft. Er liebte den Sieg der Kraft mit einer glücklichen Liebe. Denn er hat alles erreicht, was er wollte: Er faßte den schier übermenschlichen Plan in einem Romanzyklus das ganze, große Leben des zeitgenössischen Frankreichs zu schildern, eine Familie in 4 Generationen durch alle Schichten der Nation zu führen, und in guten Jahren vollendet er den letzten, 20. Band seiner *Rougon-Macquart*. Er faßt den Entschluß den zu Unrecht verurteilten Hauptmann Dreyfus von der Teufelsinsel zu befreien, und gegen Generalität und Minister, Parlament und Presse von ganz Frankreich erreicht er sein Ziel. Ein Gewaltiger, ein Sieger von Geburt.

Ein Denker und Deuter von elementarer Bedeutung war er freilich nicht. Sein großes Temperament gab auch geistige Anregungen die Menge, aber seine ausgeprägten Lehren sind teils grob falsch teils trivial richtig. Zola war wirklich in seiner Meinung *Naturalist* im Heugabelsinn der Kopie; er erdenkt den *roman expérimental*, in dem *Beweise* für Sozialtheorien zu liefern seien. Er vergißt scheinbar ganz das Medium, dessen Passage er selbst einmal als den einzigen Weg zur Kunst bezeichnet hat: des Künstlers Temperament. Ein persönliches Temperament ist allein Gewähr dafür, daß ein Stück Natur jene in sich geschlossene Bildung erhält, die es zur Kunst macht, aber es ist ebenso sicher Gewähr, daß es jener Objektivität der Betrachtung entrückt wird, die ein *Experiment* oder auch nur eine Beobachtung wissenschaftlicher Art ermöglicht. Aber während Zolas Theorie so Willen und Persönlichkeit abschwur, schuf Zola Kunstwerke von leidenschaftlichster Subjektivität. Ganz anders als für seinen Vorgänger Balzac trifft ein Wort Taines für Zola zu: »In der ganzen Geschichte der Kunst findet sich kaum

ein zweites Mal eine so unkünstlerische Idee, aber auch kein Kunstwerk von ähnlicher Größe.« Balzac war Individualpsychologe; und wenn er es gut französisch unternahm dichtend einen kompletten Seelenkatalog, eine *Naturgeschichte des Menschen* zu schaffen, so brauchte er das soziale Milieu doch stets nur als Hintergrund, um seine Menschen zu erklären, und er blieb damit im Kult jenes Individualismus, der bisher als einziger Hort geistiger und künstlerischer Freiheit erschienen war. Zola hat ein Fazit der technischen und sozialen Massenentwicklung gezogen und das Milieu selber zu seinem Helden gemacht. Die Menschen glaubt er nur als charakteristische Endprodukte dieser großen Gebilde zu benötigen: sie erklären ihre Umwelt. Aber während so seine Idee die Freiheit löschte und das Ich ins Mechanische drückte, kehrte sein Temperament den Effekt um: Diese Maschinen und Häuser, Hallen und Fabriken, Klassen und Stände, diese Städte und Staaten wurden plötzlich als Geschöpfe der menschlichen Kraft, ja als ihre bloßen Gefäße fühlbar, Triumphe unserer Vitalität. Ward die Maschine, diese *Menschenbestie*, furchtbar über den Individuen: sie ist doch von Individuen geschaffen, der Mensch bleibt das Furchtbarste. So gewinnt, was der Einzelmensch an Glanz verliert, die Menschheit, der wir alle angehören, doppelt wieder. Jenes Dichtwerden der gesellschaftlichen Verknüpfungen in und um das Individuum, das Dichter wie Hauptmann und Dostojewskij als Negativum, als Zeugnis menschlicher Unfreiheit in allem Irdischen, Materiellen begriffen hatten (als romantisches Zeugnis, daß unserer Seele Würde nur in rein geistiger Sphäre zu finden sei), diese im 19. Jahrhundert so erstarkte soziale Verbundenheit, wird von Zola zum erstenmal positiv in Anspruch genommen, in ihrer Großartigkeit, ihrer Produktivität, ihrer Schöpfernatur gefühlt und zu fühlen gegeben. Eine ungeheure Lebenskraft und Daseinsfreude deutet hier den hauptsächlichsten Stoffzuwachs des 19. Jahrhunderts ins Erdgläubige, realistisch Fromme, Schaffenstrunkene um. Gesamtheiten, Sozialbildungen sind hier zum erstenmal als hinreißende (in jedem Schrecklichen noch große) Offenbarungen menschlich-göttlicher Natur empfunden. Wenn man das Wort aus der Flachheit einer praktischen Tendenz in die Tiefe künstlerischen Wesens zieht, so muß man sagen: Zola ist der erste *soziale* Dichter, der erste, dem zwischenmenschliche Gebilde vollsten Gefühlswert gewannen. Der erste soziale Dichter und bisher der größte.

Weil Zola aber mit überpersönlichen Wesen zu tun hat, so folgt schon, daß seine Technik gar nicht naturnah sein kann. Und in der Tat: Zola ist einer der wuchtigst kontrahierenden Stilisten, einer der kühnsten Phantasten, die die neue Dichtung kennt. Er beschäftigt sich eigentlich überhaupt nicht mit Dingen, die, wissenschaftlich gesehen, existieren, sondern mit phantastischen Symbolen, monumentalen Abkürzungen der Wirklichkeit. Diese Bergwerke und diese Malerateliers, diese Markthallen und diese Theater, diese Warenhäuser und Wundergrotten, Kirchen und Börsenhallen: sind sie real? Sind sie nicht alle spukhafte menschenfressende Dämonen, Ungeheuer, von Helden erzeugt, Helden bezwingend und schließlich auch von Helden erschlagen? Freilich aus Realitäten sind sie erbaut; eine ganz kindlich spielerische Lust an der Zahl, der Masse der Details beschleunigt diesen Dichter. Hier ist der unkünstlerische Anlauf seiner Kunst: Mit der Freude eines riesigen Statistikers oder eines genialen Journalisten sammelt er Fakten, Daten, Details, häuft sie, türmt sie, verdoppelt sie wieder. Aber allmählich merken wir,

daß diese Stoffhaufen erstaunlich symmetrische Gruppen bilden, sie ordnen sich zu einem riesigen Monument; sie verdecken schließlich Sonne und Mond, scheinen allein auf der Welt. Bauten von der zyklischen Symmetrie assyrischer Paläste sind es; alle entgegenstrebenden Pfeiler gleich sicher gefügt, vom Blut eines Dichters gekittet, in dem die Seherkraft der Einfühlung wohnt, der mit heroischer Gerechtigkeit jede Partei ergreift. Man denke, wie im Bau des *Germinal* der tiefgegründete Grimm der streikenden Bergleute auf dem höchsten Punkt durch das ohnmächtig verzweifelnde Elend des Direktors balanciert wird, der unfreier als sie alle von den anonymen Mächten des Kapitals gegängelt und von seinem Weib, dem einzigen Sinn seines Arbeitslebens, verraten ist. Ein Wunder künstlerischen Gleichgewichts. Aus dem exakten Naturalismus ist höchster Stilismus geworden: denn unbewußt war ein phantastisch-leidenschaftliches Temperament immer Führer.

Wie als Künstler ein Phantast, ist Zola als Politiker ein Utopist. Er schließt sein Lebenswerk mit großen Manifesten für Wahrheit, Arbeit, Fruchtbarkeit und Gerechtigkeit, in denen das moralische Pathos die sinnlich-künstlerische Form sprengt; innerster Erzieherdrang, realste Schaffenslust ergießen sich aus gesund kindlicher Seele. Dieser Mann, dem flache Psychologie Freude am Häßlichen, nihilistische Galle nachsagt, war in Wahrheit ein einziges, überquellendes Gefäß der *joie de vivre*. Diese 20 Bände der *Rougon-Macquart*, die uns durch alle Höllenqualen der modernen Welt geschleppt und freilich auch alle ihre Triumphe gemalt haben, schließen mit der Schilderung einer Mutter, die ihr Kind auf dem Schoß hält: das Kind streckt seinen Arm in die Luft, »wie ein Banner, das zum Leben ruft«. Das ist das letzte Wort, und das erste, des ganzen riesigen Zolaschen Werkes.

Ein Freund, ein Verfechter, ein Wegbahner des Lebens war dieser Zola, des Lebens und aller lebensführenden Kräfte. Wie der Gerechtigkeit im Fall Dreyfus, so hat er der künstlerischen Freiheit siegreiche Schlachten geschlagen als der kritische Herold der neuen Malerei, des Pleinairismus, der auf dem Gebiet der bildenden Kunst zuerst die Burgen akademisch faulen Philistertums brach. Sein intimster Freund aber war jener Cézanne, der, ganz ähnlich wie Zola in dem starken Wollen treu die Natur zu fassen, einen überimpressionistischen, neuen Monumentalstil als erster fand: den Stil der nicht mehr unterjochten, der herrschenden Seele. An Cézanne aber schreibt Zola, in einem Augenblick, da seine innerste Natur alles theoretische Meinen überwältigt, die Feuerworte: »Wir haben alle Systeme studiert und verworfen und, nachdem wir hart gearbeitet hatten, uns gesagt, daß außerhalb des mächtigen persönlichen Lebensgefühls alles Lüge und Dummheit ist.« Die Waffenbrüderschaft dieses Zola mit allem, was in unserer Zeit zu Glauben, Tat und Kraft das zweifelsüchtig elegische Geschlecht aufrütteln will, muß aus diesen Worten mächtig zu jedem offenen Ohr sprechen. Mag heute eine ästhetische Mode, vom Subjektivismus empfindlicher Romantiker emporgebracht, von Zolas Werk gering reden: diese große, soziale Monumentalmalerei wird wiederkommen, sie wird viel heute Berühmtes überleben, denn sie trägt als Zeugnis einer großen, schaffensfrommen Vitalität den höchsten Ruhm in sich.

XX

## GERTRUD HANNA · DIE ARBEITERIN IN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

**R**EREITS seit Jahrhunderten haben die Arbeiter erkannt, daß sie sich vereinigen müssen, wenn sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen und das festhalten wollen, was sie in günstigen Perioden erreicht haben. Das bezeugen die Gesellenverbände früherer Zeiten mit ihren Kämpfen. Ihre Existenz beweist auch, daß schon zur Zeit der Blüte des Handwerks die Arbeitsbedingungen für einen großen Teil der Beschäftigten nicht so glänzend waren wie vielfach angenommen wird, und daß schon damals die Bestrebungen der Arbeiterschaft um eine Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage den größten Schwierigkeiten begegneten. Das Elend, in das infolge der Wandlungen im Produktionsprozeß die Arbeiterklasse geriet, und politische Unterdrückung bewirkten zwar eine Zeitlang eine fast völlige Aufhebung der Organisationen. Aber in den Reihen der intelligenten Arbeiter lebte stets die Erinnerung an die Kämpfe und Erfolge der Gesellenverbände fort und gab dem Organisationsgedanken immer neue Nahrung, bis er schließlich in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Gründung der Gewerkschaften führte.

Damals dachten die wenigsten daran, daß man auch die weiblichen Arbeitskräfte für die gewerkschaftlichen Organisationen gewinnen müsse, wollte man den Kampf gegen das Unternehmertum erfolgreich führen. Eine von dem Buchdrucker Geib 1878 veröffentlichte Statistik über die Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1877 führt nur eine einzige Organisation mit weiblichen Mitgliedern, die *Gewerkschaft der Manufaktur- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts*, auf, die in 32 Orten 1250 Mitglieder zählte. Allerdings geht aus dieser Tabelle nicht hervor, daß die übrigen 28 Verbände keine Frauen als Mitglieder aufnahmen; doch läßt sich dies vermuten, da sonst wohl in der Bezeichnung der Gewerkschaften auch auf die weibliche Mitgliedschaft hingewiesen wäre. Vor der Mitte der achtziger Jahre ist über die Mitgliedschaft von Frauen in den Organisationen nichts bekannt. Ja selbst, als man nach dem Fall des Sozialistengesetzes an den Wiederaufbau der unterdrückten Arbeiterorganisationen ging, wurde sogar in Berlin mit umfangreicher Frauenarbeit die Agitation noch lange nicht auf die Frauen ausgedehnt.

Die Bestrebungen auch die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen sind also wesentlich jüngern Datums als die Organisationsarbeit unter den erwerbstätigen Männern. Sie entstanden in den achtziger Jahren und sind nicht zuletzt auf die Tätigkeit der Genossin Ihrer, der rührenden Vorkämpferin für die Arbeiterinnenbewegung, zurückzuführen. 1885 gründete sie in Berlin den *Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen*, der zum großen Teil gewerkschaftliche Zwecke verfolgte. Der Verein wurde bald aufgelöst, ebenso andere Frauenorganisationen mit gleichen oder mehr politischen Zielen. Der Gedanke jedoch auch die Frauen gewerkschaftlich zu organisieren fand immer mehr Anklang. Ende der achtziger Jahre wurden an verschiedenen Orten Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen ins Leben gerufen, von denen einige als Gewerkschaften anzusehen waren.

1889 wurde ein *Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruckerschnellpressen* gegründet; etwas später entstand der *Interessenverein der Buchdruckereihilfsarbeiter von Berlin und Umgegend*. Von diesen beiden Organisationen ging 1899 die Anregung zur Gründung eines Zentralverbands der Arbeiter dieser Berufsgruppe aus. Dieser Zentralverband zählt heute 15 751 Mitglieder, darunter 8750 weibliche, und er wird von der früheren Vorsitzenden jenes Arbeiterinnenvereins geleitet. 1889 trat in Hamburg ein *Zentralverein der Fabrik- und Handarbeiterinnen* ins Leben, der sich später mit dem Fabrikarbeiterverband vereinigte. Ferner wurden 1888 in Berlin ein Verein der Plätterinnen und in Bremen ein Arbeiterinnenverein gegründet. 1890 entstand ein Textilarbeiterinnenverein in Sorau, 1891 ein Näherinnenverein in Hamburg. Die Mitgliederzahl aller dieser Vereine war jedoch nur gering. Mehr oder weniger führten sie sämtlich nur ein Scheindasein oder gelangten doch zu keiner nennenswerten Bedeutung. Eine Ausnahme bildete höchstens der *Verein der Berliner Druckereiarbeiterinnen*, der kurz nach seiner Gründung in den großen erfolglosen Kampf der Buchdrucker um den Neunstundentag hineingerissen und dadurch zwar stark mitgenommen, aber doch innerlich gekräftigt wurde.

Der Grund für die allgemein geringen Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung unter den Frauen war jedenfalls der, daß selbst der größte Teil der organisierten männlichen Arbeiterschaft die Arbeiterinnenorganisation für bedeutungslos ansah. Wohl zählten die erwerbstätigen Frauen bereits nach Millionen, die Fabrikarbeiterinnen allein nach Hunderttausenden; dennoch aber erkannte man noch nicht die Gefahren der unorganisierten Frauenarbeit. Die Arbeiter sahen zwar mit Schrecken, wie immer mehr Arbeitsfunktionen weiblichen Personen übertragen wurden, glaubten aber sich gegen die lohndrückende Wirkung dieser weiblichen Konkurrenz dadurch schützen zu können, daß sie die Frauenarbeit als solche bekämpften. Nur langsam brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Frauenarbeit aus der Produktion nicht mehr auszuschalten sei, und daß man die Schädigungen, die sie für die Gesamtheit mit sich brachte, nur durch die aktive Mithilfe der Arbeiterinnen selbst aufheben könne. Vor allem war man auch über den Umfang der Frauenerwerbsarbeit nicht unterrichtet. Das Ergebnis der Berufszählung von 1882 konnte unter der Arbeiterschaft nicht genügend verbreitet werden weil damals die Organisationen und ihre Zeitungen unterdrückt waren. Wo Frauenarbeit vorkam, sah man daher nur deren unmittelbare Folgen, und die waren überall derartig, daß die Arbeiter mit Recht von einer Schädigung durch die Frauen sprechen konnten. Aber nach der Ursache wurde nicht geforscht. Frauenarbeit auf anderen Gebieten als da, wo sie von altersher anzutreffen war (wenn sie auch dort nicht als Arbeit betrachtet wurde): in der Hauswirtschaft, der Krankenpflege, der Kindererziehung und höchstens noch in der Heimarbeit oder als Helferin des Mannes hielt man für schädlich. Die Erwerbsarbeit der unverheirateten Frauen galt nur als vorübergehende Beschäftigung, die mit der Heirat ihr Ende erreichte. Eine Berufstätigkeit der Ehefrauen wurde nach dieser Meinung nur zum *Hinzuverdienen* ausgeübt; diese Ansicht ist übrigens auch heute noch stark verbreitet, hauptsächlich unter den Arbeiterinnen selbst: mit ein Grund, weshalb diese so schwer für die Organisation zu gewinnen sind. So waren also bei Beginn der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeiterinnen auf verschie-

denen Gebieten erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist demnach erklärlich, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Organisationen lange Zeit hindurch recht niedrig blieb. Dazu kamen bei uns die politischen und vereinsgesetzlichen Bestimmungen, die bis zur Aufhebung des alten Vereinsgesetzes im Jahr 1908 den Frauen bekanntlich den Beitritt zu politischen Vereinen verwehrten. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes suchten aber begreiflicherweise die Arbeiter überall, also auch bei ihren Gewerkschaftszusammenkünften, politische Fragen zu diskutieren. Waren aber Frauen dabei, durften sie es nicht. Deshalb nahmen die lokalen Gewerkschaften Frauen als Mitglieder nicht auf. Für die zentralen Organisationen lag freilich nicht der gleiche Grund vor den Frauen die Aufnahme zu verweigern; ihnen war ohnehin nach dem Vereinsgesetz jede politische Betätigung verboten. Hier aber ergaben sich wieder andere Schwierigkeiten aus dem Beitritt weiblicher Mitglieder. In Bayern drohten zum Beispiel noch gegen Ende der neunziger Jahre die Behörden den Gewerkschaften mit Auflösung, wenn diese Frauen aufnahmen; manche Behörden untersagten sogar den Frauen den Zutritt zu öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen. Alle diese Verhältnisse erzeugten schließlich, wie bekannt sein dürfte, in der Gewerkschaftsbewegung die langen und heftigen Streitigkeiten um die Form der Organisation: ob Zentral- oder Lokalorganisation. Auch diese Fragen hätten leichter entschieden werden können, wenn die Arbeiter schon in den neunziger Jahren über Tendenz und Umfang der Frauenerwerbsarbeit besser orientiert gewesen wären.

Darüber waren sich bereits die Vertreter der organisierten Arbeiter auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt /1891/ einig, daß besondere gewerkschaftliche Frauenorganisationen nicht zu empfehlen seien. Ein Antrag, der solche Organisationen forderte, wurde dort abgelehnt. Dagegen fand eine Resolution Annahme, die alle schon bestehenden Organisationen verpflichtete ihre Statuten dahin zu ändern, daß auch Frauen Mitglieder werden könnten, und die Agitation auf die weibliche Arbeiterschaft auszudehnen. In der Praxis schenkte man indes dieser Resolution wenig Beachtung. Noch immer legte man in den meisten Gewerkschaften der Frauenarbeit wenig Bedeutung bei. Noch auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß /1902/ konnte ein Delegierter feststellen, daß die Handels- und Transportarbeiter über einen Antrag auch die Frauen zu organisieren zur Tagesordnung übergegangen seien. Allerdings erklärte der Vertreter der Organisation, daß neuerdings, da der Verband auf zentralistischer Grundlage aufgebaut sei, auch Frauen dort aufgenommen würden; dieser Beschluß war aber erst neuern Datums. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Organisation der Arbeiterinnen nur langsam vorwärts kam. Aber sie kam doch vorwärts, und von der Zeit an, in der wir Angaben über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen besitzen, wird nur dreimal über einen Rückgang in der Organisation berichtet. Die ersten Zahlen haben wir aus dem Jahr 1892. Damals waren 4355 Arbeiterinnen in 16 Gewerkschaften vereinigt. 1894 verminderte sich ihre Zahl, um dann bis 1897 auf 15 265 anzusteigen. In den beiden nächsten Jahren fiel sie wieder auf 13 481. Schon das folgende Jahr brachte wiederum eine Zunahme auf 19 280. Von da ab stiegen die Mitgliederziffern ununterbrochen bis 1909, wo sie, infolge der wirtschaftlichen Krise, noch einmal heruntersanken. 1910 setzte von neuem eine Steigerung

ein. 1912 zählten die der *Generalkommission* angeschlossenen Gewerkschaften 216 462 weibliche Mitglieder. Diese Zahl ist immer noch klein im Vergleich zu der aller beschäftigten Arbeiterinnen, aber sie ist groß im Vergleich zu der Zahl der weiblichen Organisierten im Jahr 1892, und sie ist groß angesichts der Schwierigkeiten, die der Agitation unter den Arbeiterinnen im Weg stehen. Heute nehmen sämtliche Verbände, in deren Berufsgruppen Frauenarbeit vorkommt, weibliche Mitglieder auf. Sogar der Bergarbeiterverband hat vor 2 Jahren seine Statuten so abgeändert, daß er auch Arbeiterinnen aufnehmen kann. Nebenbei ist das ein Beweis dafür, daß die Frauenarbeit jetzt selbst schon in Berufen anzutreffen ist, die vor noch nicht allzu langer Zeit hierfür noch nicht in Frage kamen.

Einen erheblichen Aufschwung nahm die Agitation unter den Arbeiterinnen nach dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart /1902/, der in eingehender Weise die Notwendigkeit der Heranziehung der Frauen besprach. Er machte es in einer Resolution den organisierten Arbeitern zur Pflicht für den Anschluß ihrer erwerbstätigen weiblichen Familienmitglieder an die zuständige Organisation zu sorgen. 10 Jahre waren damals verstrichen, seitdem auf dem Kongreß von Halberstadt die Ausdehnung der Agitation auf die arbeitenden Frauen und Mädchen gefordert worden war, eine 10jährige praktische Werbearbeit hatten also die Gewerkschaften schon geleistet. Der Vertreter der Textilarbeiter, einer Berufsgruppe, in der die weiblichen Arbeitskräfte die Mehrzahl bilden, wies in Stuttgart unter anderm darauf hin, daß die mangelhafte Organisation der Arbeiterinnen die Ursache der geringen Erfolge des Verbands bilde. Inzwischen hatte auch die Arbeiterpresse viel zur Verbreitung der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 beigetragen. Der Erfolg blieb nicht aus. Schon im Jahr 1903 stieg die Zahl der organisierten Arbeiterinnen um 12 448, auf 40 666, und im Vergleich zur Zahl der männlichen Organisierten von 3,8 auf 4,6 %. Jetzt beträgt der relative Anteil der Arbeiterinnen an der Organisation 8,6 %. Es sind also auch nach dieser Richtung hin bedeutende Fortschritte gemacht worden, über die jeder, der mit den Arbeitsbedingungen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterinnen vertraut ist, erfreut sein muß. Noch aber bleibt viel zu tun, um die große Zahl der Fernstehenden zu gewinnen. Nach der Berufszählung von 1907 sind allein 1½ Millionen Frauen und Mädchen als Industriearbeiterinnen tätig. Zusammen mit den weiblichen Angestellten der Berufsabteilung *Handel und Verkehr*, die den Arbeiterinnen zuzurechnen sind, gab es also 1907 in Deutschland über 2¼ Millionen hauptberuflich tätige organisationsfähige Frauen und Mädchen. Zählen wir hierzu noch die Hunderttausende, die als Heimarbeiterinnen beschäftigt sind und von der Statistik weder als mithelfende Familienangehörige noch als nebenberuflich tätige Arbeiterinnen erfaßt werden, so zeigt sich das Mißverhältnis in aller Deutlichkeit. Deshalb sind heute auch alle Verbände der Berufsgruppen mit erheblicher Frauenarbeit eifrig bemüht die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, und einige Gewerkschaften haben bereits besondere Einrichtungen zu diesem Zweck getroffen. Freilich ist noch keine Organisation dazu übergegangen die Vorschläge des Referenten auf dem Stuttgarter Kongreß zu befolgen, der empfahl unter die gewerkschaftlichen Unterstützungen auch eine Brautaussteuer aufzunehmen oder den weiblichen Mitgliedern bei der Eheschließung einen Teil der eingezahlten Beiträge zu-

rückzuerstatten. Dagegen versucht man durch die Heranziehung der weiblichen Mitglieder zur Mitarbeit im Vorstand und in besonderen Agitationskommissionen auf die Arbeiterinnen einzuwirken.

Die Anschauungen über die Bedeutung der Frauenarbeit im wirtschaftlichen Leben sind heute wesentlich andere als vor 20 Jahren. Damit haben sich zugleich die Ansichten über den Wert der weiblichen Mitarbeit in den Organisationen erheblich geändert. Wohl klagen auch heute zuweilen noch die Frauen berechtigterweise darüber, daß man sie in den Gewerkschaften nicht als gleichberechtigt betrachtet und ihnen zum Beispiel Ehrenämter nicht übertragen will. Die Organisationsleitungen sind indes dafür nicht verantwortlich zu machen. Die ablehnende Haltung mancher organisierten Arbeiter gegenüber ihren Kolleginnen resultiert vielmehr aus der Gleichgültigkeit, mit der die Mehrzahl der Arbeiterinnen noch immer der Gewerkschaftsbewegung gegenübersteht. Diese läßt sich aber auch wieder aus den Verhältnissen erklären. In der Arbeiterschaft wie in jeder andern Gesellschaftsschicht ist die Gedankenwelt des Mädchens von Kindheit an eine andere als die des Knaben. Das Mädchen wird für das Haus erzogen und fast in jeder Familie der Arbeiterklasse schon als Kind und auch als Erwerbstätige mit häuslichen Arbeiten beschäftigt. Ja, die Mädchen übernehmen oftmals freiwillig in ihrer berufsfreien Zeit einen erheblichen Teil der häuslichen Verrichtungen, beschäftigen sich mit Näharbeiten oder ähnlichem, schon weil sie die Fertigkeiten, die sie sich dadurch erwerben, für ihren spätern Beruf als Hausfrau und Mutter brauchen. Dadurch geht ihnen natürlich viel Zeit verloren, die die jungen Männer zu anderen Dingen verwenden können. Diese sehen und hören mehr vom öffentlichen Leben und seinen Zusammenhängen. So kommt es, daß die jungen Leute meist schon in einem Alter über die Arbeiterbewegung und die Organisationsbestrebungen unterrichtet sind, in dem das Mädchen noch keine Ahnung von all dem hat. Hier wird erst eine Änderung eintreten, wenn die Eltern und vor allen Dingen die Arbeitermütter den Wert der Organisation auch für die Frauen begriffen haben und die Töchter schon in der Familie darauf hinweisen. Heute lernt das Mädchen die Bedeutung der Organisation in 90 % aller Fälle erst außerhalb des Hauses, durch die Berufskollegen verstehen, und hat es Interesse dafür und will es sich der Gewerkschaft anschließen, so werden ihm von den Eltern noch die größten Schwierigkeiten bereitet.

Aber selbst die fortschreitende Aufklärung der Eltern wird für die Arbeiterinnen nicht alle Hemmnisse beseitigen. Die Familienpflichten legen den Arbeiterinnen, besonders den verheirateten, auch für die Zukunft noch schwere Fesseln an, die erst in derjenigen Gesellschaftsform vollständig verschwunden sein werden, die wir als Sozialisten erstreben. Denn selbst bei dem stärksten Interesse für die Organisation, bei dem besten Willen für ihre Ausbreitung zu wirken, sind den Frauen durch hauswirtschaftliche und mütterliche Aufgaben doch eben Schranken gesetzt, die für den Mann nicht bestehen. Dies alles rechtfertigt indes gewiß noch nicht die starke Teilnahmslosigkeit bei der großen Masse der Arbeiterinnen. Sie könnten sich dennoch mehr an den Arbeiten für den Verband beteiligen, vor allen Dingen sich selbst in größerer Zahl organisieren. Darüber besteht kein Zweifel. Es ist auch nicht wahr, daß ihre Hilfe nicht gern gesehen wird. Wohl



kommt dies vereinzelt vor; im allgemeinen trifft das nicht mehr zu. Es gehört immer noch zu den Seltenheiten, daß Frauen sich um ehrenamtliche Posten in der Verwaltung bewerben; deshalb müssen sich die Männer auch erst daran gewöhnen in der gleich befähigten Frau die gleich berechnigte Kollegin zu sehen. Jedenfalls sind auch in dieser Beziehung die Ansichten schon ganz andere geworden als in den ersten Zeiten der Arbeiterinnenbewegung.

Ein Beispiel bieten die Verhältnisse im *Verband der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen*. Dort steht seit der Gründung eine Frau an der Spitze, die die Organisation mit großem Geschick leitet. Ebenso sind in der Verwaltung vielfach Arbeiterinnen an erster Stelle in der Leitung tätig. Ein weibliches Mitglied wirkt als Gauleiterin. Und nirgends, weder laut noch leise, drängen etwa die Männer darauf die Frauen aus den führenden Stellungen zu entfernen, weil sie Frauen sind. Allerdings mögen in diesem Verband die Verhältnisse insofern in besonderer Weise liegen, weil hier die weiblichen Arbeiter sich zuerst organisiert und sich stets (wenn auch oft erst nach vielem Zureden) Frauen zur Mitarbeit in den Ortsvereinen gefunden haben. Grundsätzliche Abneigung gegen die Mitarbeit der Frauen besteht jedenfalls in keiner Organisation und kann auch nicht bestehen, da die Statuten der Gewerkschaften nur gleichberechnigte Mitglieder kennen. Zu erwägen wäre höchstens, ob es nicht zur Beseitigung auch der letzten Vorurteile beitragen würde, wenn man die Einteilung in weibliche und männliche Mitglieder, die wegen der Unterschieden in den Löhnen eingeführt worden ist, ganz fallen ließe. Den Lohnunterschieden, denen natürlich verschiedene Beitragsleistungen entsprechen könnte man auch auf anderem Weg Rechnung tragen. Der Buchdruckereihilfsarbeiterverband hat zum Beispiel eine Reihe von Lohnklassen, gemeinsam für Männer und Frauen, aufgestellt und danach die Beiträge, und natürlich auch die Leistungen, festgesetzt. Dieses System erscheint auch deshalb gerechter, weil ungelernete Arbeiterinnen in manchen Berufen mehr verdienen als gelernte Arbeiter in anderen, und in größeren Verbänden mit vielen Berufsgruppen leicht eine ungleiche Belastung der Mitglieder eintritt, wenn die Trennung nach Geschlechtsklassen besteht. In keinem Verband aber würde ein Mitglied von den Organisationseinrichtungen oder von der Wahl für Ehrenämter deshalb ausgeschlossen bleiben, weil es einer bestimmten Klasse angehört. Die in der Agitation tätigen Gewerkschafter geben sich fast ausnahmslos große Mühe ihre Kolleginnen heranzuziehen und sie durch Übertragung eines Ehrenamts für die Mitarbeit zu interessieren, sobald sich nur geeignete weibliche Persönlichkeiten dafür finden. Das muß anerkannt und ausgesprochen werden. Es gibt auch schon eine ganze Anzahl von Verbänden, in denen Frauen eifrig mitarbeiten. Der Textilarbeiterverband veranstaltet von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der agitatorisch tätigen Kolleginnen. Abgesehen von der anregenden Wirkung, die diese Konferenzen auf die Teilnehmerinnen üben, haben sie auch einen günstigen Einfluß auf die Kreise der noch fernstehenden Arbeiterinnen. Diese fassen größeres Zutrauen zur Organisation, wenn sie sehen, daß ihre Kolleginnen an der Leitung beteiligt sind. Der Textilarbeiterverband hat auch Frauen als Beamte angestellt. Auch bei den Metallarbeitern, den Schneidern, Buchbindern, Bäckern, Lederarbeitern, Handlungsgehilfen, kurz in allen Ver-



## FRIEDRICH KLEIS · NEUE AUFGABEN UND ORGANISATIONSFORMEN DER GEWERKSCHAFTS-BEWEGUNG

**Z**U den wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung gehört es die soziale Gesetzgebung nach Möglichkeit nutzbar zu machen. Sie sucht innerhalb der gesetzlich gezogenen Grenzen die sozialreformatorischen Einrichtungen nach Kräften auszugestalten, sie durch ihren Einfluß zu beleben und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu möglichst durchgreifender Wirkung zu bringen. Ein großes Arbeitsgebiet eröffnet sich ihr nach dieser Richtung durch die soziale Versicherung. Hier erstrebt sie durch Beteiligung an den Wahlen für die Vertreter in den Verwaltungsorganen maßgebenden Einfluß unter den Versicherungsträgern zu gewinnen, um so die Durchführung der Versicherung, insbesondere der gesamten Unterstützungseinrichtungen, den Bedürfnissen der Mitglieder anpassen zu können; sie hilft aber auch den Versicherten im rechtlichen Kampf um ihre Ansprüche durch Gewährung von Rechtsschutz, durch den Beistand der Arbeitersekretariate und anderes mehr.

Die Durchführung der Reichsversicherungsordnung stellt nun an die Gewerkschaftsbewegung erhöhte Anforderungen. Die Wahl der Vertreter der Versicherten ist jetzt komplizierter (durch die Errichtung der Versicherungs- und Oberversicherungsämter, die Einführung der Verhältniswahl usw.) und erfordert erhöhte Aufmerksamkeit, die Rechtsprechung wurde vielfach umgestaltet und ist zum Teil bürokratischer geworden. Das Schwergewicht wurde in stärkerem Maß auf die unteren Rechtsprechungsinstanzen (Versicherungsamt und Oberversicherungsamt) gelegt, um die höchste Instanz, das Reichsversicherungsamt, zu entlasten. Das Versicherungsamt, das für jeden Bezirk einer untern Verwaltungsbehörde zu errichten ist, hat in Streitigkeiten aus der Krankenversicherung in erster Instanz zu entscheiden und in Unfall- und Invalidenversicherungsangelegenheiten maßgebendere Gutachten abzugeben. Den Arbeitersekretariaten wurde das Recht der Vertretung der Versicherten vor dem Versicherungsamt eingeräumt. Das Oberversicherungsamt, das für jeden Bezirk einer höhern Verwaltungsbehörde zu errichten ist, entscheidet in Sachen der Krankenversicherung in 2., in Sachen der Unfall- und Invalidenversicherung in 1. Instanz und endgültig in einer großen Reihe bestimmter Fälle. So kann bei Ansprüchen auf Gewährung von Krankenversicherungsleistungen das Urteil des Oberversicherungsamts nicht mehr durch Revision beim Reichsversicherungsamt angefochten werden, wenn es sich um die Höhe des Kranken-, Haus- oder Sterbegelds, um Wochen- oder Familienhilfe oder um Unterstützungsfälle handelt, in denen der Kranke weniger als 8 Wochen arbeitsunfähig war. Ebenso kann in der Unfallversicherung Rekurs an das höchste Gericht nicht eingelegt werden, das Urteil des Oberversicherungsamts bleibt also unanfechtbar, wo Krankenbehandlung, bei dauernder Erwerbsunfähigkeit für begrenzte und bereits abgelaufene Zeiträume zugebilligte Rententeile, Heilanstaltspflege, Angehörigenrente, Sterbegeld, vorläufige Renten, Neu festsetzung von Dauerrenten bei veränderten Verhältnissen usw. in Frage

stehen. Bei Ansprüchen auf Leistungen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig in Streitigkeiten um Höhe, Beginn und Ende der Rente, um Kapitalsabfindung, Witwengeld, Waisenaussteuer. In allen solchen Fällen muß also zu den Entscheidungen des Oberversicherungsamts weit größere Vorbereitungsarbeit geleistet, und von den zur Vertretung der Kläger berufenen Stellen muß erhöhte Aufmerksamkeit darauf verwendet werden. Die Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern durch Personen, die »das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben« (Arbeitersekretäre), ist anders geregelt als bei den bisherigen Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Die Zulassung kann nach § 1663 der Reichsversicherungsordnung nur versagt werden, wenn ein wichtiger Grund dazu vorliegt, nicht aber aus Gründen, die sich auf die religiöse oder politische Betätigung des Antragstellers stützen. Eine Vertretung des Klägers in der mündlichen Verhandlung wie die Einsichtnahme in die Akten kann aber in dem verschärften Kampf um die Rente für den Kläger oft von größtem Vorteil sein.

Die organisatorischen Einrichtungen, die die Gewerkschaften bisher besaßen, genügen solchen erweiterten Anforderungen nicht. Zwar haben wir für die Erfüllung dieser Aufgaben örtliche Zentralstellen in den Gewerkschaftskartellen mit den Arbeitersekretariaten und für das ganze Reich die *Generalkommission* mit dem Zentralarbeitersekretariat. Aber es fehlt uns eine nach Bezirken geordnete Zentralstelle, die insbesondere die Interessen der Versicherten gegenüber dem Oberversicherungsamt wahrnehmen könnte. Diese Lücke in unserer Organisation macht sich so stark fühlbar, daß sie unbedingt ausgefüllt werden muß.

Die *Generalkommission der Gewerkschaften* und die Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände haben sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt. Sie kamen zu dem Beschluß Bezirkskartelle zu errichten, deren Tätigkeitsgebiet sich auf je einen Bezirk der höhern Verwaltungsbehörde, also des Oberversicherungsamts, erstrecken soll. Nach dem Beschluß der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände sollen die Bezirkskartelle die Aufgabe haben in Gemeinschaft mit den Kartellen und den Arbeitersekretariaten des Bezirks insbesondere 1. die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Institutionen der Arbeiterversicherung zu treffen und die Wahlen im Bezirk zu leiten, 2. Vorsorge zu treffen, daß eine Vertretung vor den Oberversicherungsämtern des Bezirks in gleicher Weise stattfindet wie früher vor dem Reichsversicherungsamt durch das Zentralarbeitersekretariat. Jeder Bezirk einer höhern Verwaltungsbehörde (Regierungsbezirk) hat nur ein allgemeines Oberversicherungsamt. Wenn ich hier vorher von den Oberversicherungsämtern (also von ihrer Mehrzahl) gesprochen habe, so geschah dies nur deshalb, weil für die Sondersicherungen, wie die Knappschaftskassen usw., gesonderte Oberversicherungsämter bestehen, denen wir natürlich die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es versteht sich, daß die Bezirkskartelle noch eine Reihe anderer Aufgaben erfüllen können. So wurde in der erwähnten Vorstandekonferenz ausdrücklich festgestellt, daß es zu den Aufgaben des Bezirkskartells gehöre »dahin zu wirken, daß die mit größeren Kosten verbundenen Veranstaltungen zur Erziehung der Jugend, soweit möglich, für den ganzen Bezirk getroffen werden«. Überhaupt kann das Bezirkskartell

zu einer Zentralstelle für das Gewerkschaftsleben des ganzen Bezirks ausgestaltet werden. Zur Veranschaulichung der Aufgaben und der Organisationsform eines Bezirkskartells möge das folgende Statut des Bezirkskartells für den Regierungsbezirk Halle-Merseburg dienen:

»1. Das Bezirkskartell ist eine Zentralstelle für die im Regierungsbezirk Merseburg vorhandenen Gewerkschaftskartelle. Zweck des Kartells ist die Förderung der gemeinsamen Aufgaben und Interessen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. Dieser Zweck soll unter anderm erreicht werden durch a) Förderung der gewerkschaftlichen Organisation im Rahmen der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, b) Pflege aller für die Arbeiterbewegung nützlichen Statistiken sowie Unterstützung der proletarischen Jugendbewegung und des Bildungswesens, c) Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter bei der Durchführung der zu ihrem Schutz und zur materiellen Hilfe geschaffenen Einrichtungen, insbesondere Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern und der einschlägigen Auskunftserteilung, d) Vorbereitung und Organisierung aller Wahlen zu den sozialpolitischen Einrichtungen.

2. Alljährlich im Mai findet eine mindestens 4 Wochen vorher einzuberufende Konferenz der Gewerkschaftskartelle im Bezirk statt, die nähere Beschlüsse über die Durchführung der gedachten Aufgaben trifft. Die Kartelle können durch eine beliebige Anzahl von Delegierten vertreten sein; bei wichtigen Fragen erfolgt die Abstimmung nach der Zahl der dem einzelnen Kartell angeschlossenen Mitglieder. Die Geschäfte des Bezirkskartells werden von dem Bezirksvorstand geleitet. Derselbe hat die Aufgaben des Bezirkskartells innerhalb der durch diese Satzung und die Beschlüsse der Bezirkskonferenzen gesteckten Grenzen zu erledigen. Der Bezirksvorstand besteht aus 5 Personen, von denen 3 vom Halleschen und 2 vom Merseburger Gewerkschaftskartell zu wählen sind.

3. Die Verwaltungskosten des Bezirkskartells werden aufgebracht durch Beiträge der einzelnen angeschlossenen Gewerkschaften in Höhe von 8 Pfennig pro Jahr und Mitglied. Diese Beiträge sind in halbjährlichen Posten, am 1. April und 1. Oktober, nach Maßgabe der Mitgliederzahlen am Schluß des voraufgegangenen Kalenderhalbjahres an den Bezirkskassierer einzusenden.

4. Speziell zur persönlichen Vertretung der gewerkschaftlich organisierten (und geeignetenfalls auch von nichtorganisationsfähigen) Personen vor dem Oberversicherungsamt Merseburg und zur Mitwirkung bei den sozialpolitischen Wahlen besteht ein Bezirkssekretariat in Merseburg. Dieses Institut wird von einem Sekretär verwaltet, dessen Anstellung und Anstellungsverhältnisse vom Bezirksvorstand unter Beachtung etwaiger Beschlüsse der Bezirkskonferenzen geregelt werden.

5. Der Bezirksvorstand und das Bezirkssekretariat erstatten alljährlich einen Geschäftsbericht und außerdem halbjährlich einen Kassenbericht.«

Durch die unter 1 a) festgelegte Bestimmung, daß die Tätigkeit der Bezirkskartelle sich innerhalb des Rahmens halten soll, der ihr von den Gewerkschaftskongressen gezogen wird, sollen Kompetenzkonflikte vermieden werden. So ist es nach den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses /1905/ über die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation diesen untersagt in die Aufgaben der Zentralorganisationen, besonders in den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzugreifen. Auch die Entscheidung über Streiks fällt danach nicht in die Zuständigkeit der Kartelle.

Eine Anzahl derartiger Bezirkskartelle ist bereits gegründet worden, so, außer in dem Bezirk Halle-Merseburg, in Magdeburg, Dessau, Erfurt, Zwickau usw. In vielen anderen Bezirken sollen sie in nächster Zeit errichtet werden. Die *Generalkommission der Gewerkschaften* geht dabei mit Rat und in Ausnahmefällen auch mit Tat zur Hand. Die Ausgestaltung der Gewerkschaftsorganisation, die durch diese erweiterten Aufgaben notwendig geworden ist, wird zweifellos gute Erfolge zeitigen.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stöhrer

1912

Die *Generalkommission* hat im *Korrespondenzblatt* die Statistik der deutschen

Zentralverbände vom letzten Jahr bekanntgegeben. In diesem Jahr sind 171 590 Mitglieder neu eingetreten und 11 217 wieder ausgetreten, das bedeutet einen Zuwachs von 160 373 gegenüber Ende 1911. Am Jahresschluß 1912 war die Mitgliederzahl der Organisationen wie folgt: Asphaltleute 1230 (+ 124), Bäcker und Konditoren 30 061 (+ 3593), Bauarbeiter und Stukkateure 331 165 (+ 24 696), Bergarbeiter 114 062 (— 6074), Bildhauer 3766 (— 31), Blumenarbeiter 1273 (+ 250), Böttcher 8638 (+ 249), Brauerei- und Mühlenarbeiter 50 739 (+ 3085), Buchbinder 32 526 (+ 2673), Buchdrucker 67 273 (+ 2480), Buchdruckereihilfsarbeiter 15 586 (— 1379), Bureauangestellte 7652 (+ 1054), Dachdecker 8878 (+ 539), Fabrikarbeiter 207 597 (+ 18 154), Fleischer 6502 (+ 1048), Friseure 2532 (+ 313), Gärtner 6858 (+ 627), Gastwirtsgehilfen 16 542 (+ 2624), Gemeindearbeiter 51 083 (+ 3707), Glasarbeiter 20 097 (+ 2244), Glaser 4547 (— 353), Handlungsgehilfen 18 489 (+ 2987), Holzarbeiter 196 810 (+ 14 060), Hutmacher 11 088 (+ 875), Kupferschmiede 5256 (+ 280), Kürschner 3748 (— 247), Lagerhalter 3041 (+ 297), Lederarbeiter 15 693 (+ 602), Lithographen 16 619 (— 473), Maler 50 544 (+ 4618), Maschinisten 26 273 (+ 2254), Metallarbeiter und Schmiede 561 547 (+ 29 734), Notenstecher 444 (+ — 0), Porzellanarbeiter 16 078 (— 665), Sattler und Portefeuller 14 345 (+ 526), Schiffszimmerer 3763 (+ 252), Schneider 50 004 (+ 1519), Schuhmacher 45 487 (+ 305), Steinarbeiter 28 875 (+ 1172), Steinsetzer 10 766 (+ 229), Tabakarbeiter und Zigarrensortierer 37 211 (— 1543), Tapezierer 10 575 (+ 864), Textilarbeiter 142 634 (+ 11 208), Töpfer 11 733 (— 442), Transportarbeiter 225 988 (+ 30 739), Xylographen 423 (— 10), Zimmerer 60 792 (+ 1472), Zivilmusiker 2046 (+ 137). Das ergibt eine Mitgliederzahl von insgesamt 2 559 781, im Jahresdurchschnitt von 2 470 439. In 29 dieser Verbände waren 222 233 Frauen gegen 191 332 im Jahr 1911 organisiert. Davon gehörten zum Verband der Textilarbeiter 54 750, Metallarbeiter 27 876, Fabrikarbeiter

26 324, Tabakarbeiter 18 053, Buchbinder 16 711, Handlungsgehilfen 11 385, Schneider 10 217, Schuhmacher 8965, Buchdruckereihilfsarbeiter 8542, Transportarbeiter 8162, Holzarbeiter 7193, Hutmacher 5259, Bäcker und Konditoren 4909, Porzellanarbeiter 3294, Lederarbeiter 1487, Gemeindearbeiter 1441, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1438, Kürschner 1190, Gastwirtsgehilfen 1144, Sattler und Portefeuller 1066, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 726, Fleischer 365, Bureauangestellten 291, Steinarbeiter 218, Tapezierer 156, Maler 38, Gärtner 31, Friseure 2.

Die Einnahmen sämtlicher Verbände betragen 80 233 575, die Ausgaben 61 105 675 Mark; der Vermögensbestand belief sich auf 80 797 786 Mark. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71, die Ausgaben 24,15 und die Vermögensbestände 31,93 Mark. Von dem Vermögensbestand waren in den Hauptkassen 62 934 731 Mark. Von den Ausgaben entfallen allein 37 194 412 Mark auf die verschiedenen Unterstützungsweige, und zwar wurden verausgabt für Reiseunterstützung 1 179 102 Mark, für Umzugsunterstützung 405 403, für Arbeitslosenunterstützung 7 741 270, für Krankenunterstützung 11 436 326, für Invalidenunterstützung 528 080, für Beihilfe in Sterbefällen 1 178 310, für Notfallunterstützung 515 846, für Streikunterstützung im eigenen Beruf 12 047 726, für Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen 195 834, für Streikunterstützung an andere Gewerkschaften und Ausland 437 457, für zentrale und lokale Tarifinstanzen 65 639, für Rechtsschutz 392 697, für Gemaßregeltenunterstützung 1 070 752, für die Verbandsorgane 2 604 411, für sonstige Zeitungen 92 256, für Bibliotheken 322 913, für Unterrichtskurse und Bildungszwecke 56 099 und für Statistiken 145 232 Mark. Die Ausgaben für Agitation betragen 2 841 814, die persönlichen Verwaltungskosten der Hauptkassen 1 152 520, die Kosten für Verwaltungsmaterial 730 669, die Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue 9 742 419 Mark. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen Mark für friedliche Unterstützungsweige und 121,5 Millionen für Streikunterstützung auf. Von den Unterstützungsausgaben entfielen auf Arbeitslose 54 270 191, auf Reisende 13 616 958, auf Kranke 66 736 450, auf Umzug, Not-

und Sterbefälle 14 285 257, auf Gemaßregelte 9 414 121, auf Invalide 4 615 331, auf Rechtsschutz 3 577 425 Mark.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben eine Gesamtmitgliederzahl von 109 225; sie ist gegen das Vcrjahr um 1485 gewachsen. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften werden auf 2 786 341, die Gesamtausgaben auf 2 345 310 Mark angegeben. Darin sind aber die Einnahmen und Ausgaben der Kranken- und Begräbniskassen mit einbegriffen. Berücksichtigt man dies, so betragen die Gesamtvermögensbestände 1 828 851 Mark.

Die christlichen Gewerkschaften geben für 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 an. Die Gesamteinnahmen betragen 6 608 350, die Ausgaben 5 222 727, die Vermögensbestände 8 575 658 Mark.

× Lohnbewegungen 1912 ×

Nach der von der *General-kommission im Korrespondenzblatt* veröffentlichten Statistik fanden 1912 insgesamt 9961 Lohnbewegungen statt, an denen 1 254 358 Personen beteiligt waren. Die Durchführung dieser Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 11 733 749 Mark. Davon entfallen auf die Angriffsstreiks 6 911 857, die Abwehrstreiks 947 925 und die Aussperrungen 3 357 615 Mark. Als Resultat ist zu verzeichnen: eine Arbeitszeitverkürzung um 830 151 Stunden pro Woche für 378 185 Personen und eine Lohnerhöhung von 946 961 Mark pro Woche für 530 021 Personen; dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 11 042 Stunden und die Zurückweisung einer Lohnkürzung von 38 794 Mark pro Woche. Von den Bewegungen verliefen 7 136 oder 71,6 % ohne Arbeitseinstellung, während 2825 zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 774 769 (61,8 % aller) Personen teil, an den Streiks und Aussperrungen 479 589 (38,2 %). Diese verteilen sich auf 1543 Angriffsstreiks (352 090 Personen), 926 Abwehrstreiks (45 400) und 429 Aussperrungen (82 099). An den Streiks und Aussperrungen waren die Bergarbeiter mit 237 732, die Metallindustrie mit 78 786, die Bekleidungs- und Lederindustrie mit 40 885, das Baugewerbe mit 33 508, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 17 094, die Holzindustrie mit 15 661, die Porzellanarbeiter mit 13 170, die Fabrikarbeiter mit 13 564, das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 7615, die Glasarbeiter mit 2089,

die Gastwirtsgehilfen mit 781, die Gärtner mit 740 und die Gemeindearbeiter mit 468 Personen beteiligt.

Von der Gesamtzahl der Kämpfe waren 2179 (78,4 %) erfolgreich oder teilweise erfolgreich, während 194 889 (41 %) der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten vollen oder partiellen Erfolg zu verzeichnen hatten. Dieser Prozentsatz ist gegenüber dem der früheren Jahre bedeutend niedriger. Das erklärt sich daraus, daß der Bergarbeiterstreik mit 237 732 Beteiligten gänzlich verloren ging und so das Resultat des Jahres 1912 ungünstig beeinflusste. Die Zahl der Abwehrstreiks ist von 1002 in 1911 auf 926 in 1912, die Zahl der Angriffsstreiks von 1705 auf 1543 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der Aussperrungen von 207 auf 356 gestiegen. 785 Angriffsstreiks (mit 293 813 Streikenden) wurden um Lohnerhöhung, 572 (44 906) um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung geführt. An den Kämpfen nahmen 41 Verbände teil. Mehr als 50 Kämpfe hatten folgende Verbände durchzuführen: Bauarbeiter 517, Metallarbeiter 451, Holzarbeiter 385, Transportarbeiter 250, Zimmerer 161, Fabrikarbeiter 158, Schneider 158, Textilarbeiter 77, Brauerei- und Mühlenarbeiter 74, Porzellanarbeiter 57, Lithographen 56, Maler 53, Gastwirtsgehilfen 51. Mehr als 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf hatten: Bergarbeiter 237 732, Metallarbeiter 75 007, Bauarbeiter 23 634, Textilarbeiter 18 244, Schneider 17 816, Transportarbeiter 17 477, Holzarbeiter 14 745, Fabrikarbeiter 13 564, Porzellanarbeiter 13 170, Tabakarbeiter 12 994, zusammen 444 383 Personen = 92,66 % der Gesamtzahl der an den Kämpfen Beteiligten. Von den 479 589 Streikenden und Ausgesperrten waren 27 557 Arbeiterinnen. Als Ergebnis der Kämpfe 1912 ist noch der Abschluß von 4804 Tarifverträgen für 351 548 Personen zu verzeichnen; 1911 waren es 3499 Verträge für 304 481 Personen. Seit 1890 haben 30 744 Kämpfe stattgefunden, an denen 3 439 654 Personen beteiligt waren. Die Gesamtausgabe betrug während dieser Zeit 122 738 675 Mark.

× Internationale Organisation ×

Die 8. internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen tagte am 16., 17. und 18. September in Zürich. Es wurde beschlossen die internationale Gewerkschaftskorrespondenz wie bisher in deut-

scher, englischer und französischer Sprache herauszugeben. Zur Deckung der Unkosten hierfür wurden die Beiträge für das internationale Sekretariat auf 4 Mark pro 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und pro Jahr erhöht. Die Beitragserhöhung soll mit dem 1. Juli 1913 in Kraft treten. Ferner wurde ein Antrag Schwedens angenommen, der Maßregeln zur Abschaffung der Nachtarbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentags fordert. Diskutiert, aber nicht erledigt wurden außerdem Anträge über die Veranstaltung internationaler Kongresse der Arbeiter, über Gründung von Informationsbureaus in allen Ländern und ihre internationale Organisation, über Schaffung einer internationalen Arbeitsföderation sowie über Maßnahmen der Maifeier ihren wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben. Die Konferenz des Jahres 1915 soll in San Francisco abgehalten werden. Zum erstenmal fand im Anschluß an diese Tagung eine Konferenz der internationalen Berufssekretäre statt, nachdem vorher bereits die Frage erörtert worden war, was die nationalen Landessekretäre tun könnten, um den Anschluß der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken. Zur Vereinheitlichung der Berichterstattung sowie der internationalen Gewerkschaftsstatistik wurde eine Kommission mit den Genossen Jochade, Leipart und Sassenbach gebildet.

Der 7. internationale Metallarbeiterkongreß fand am 6. und 7. August in Berlin statt. Insgesamt waren 85 Delegierte aus 13 Ländern anwesend, die 28 Organisationen mit 1 069 712 Mitgliedern vertraten. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete, außer dem Bericht des Sekretärs, die Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen. Von der englischen Delegation wurden beachtenswerte Vorschläge über die Erhaltung der Mitgliedschaft von Mitgliedern gemacht, die sich im Ausland aufhalten, ferner über moralische und materielle Unterstützung im Kampf stehender Organisationen sowie über die Verwendung bewilligter Unterstützungen. Nachdem noch die Bestimmung angefügt worden war, daß der Extrabeitrag für internationale Unterstützung 8 Pfennig pro Mitglied und Woche für die Dauer von 6 Wochen nicht übersteigen solle, wurde einstimmig beschlossen diese Vorschläge den einzelnen Organisationen zur Urabstimmung zu unterbreiten. Nachdem noch über die einheitliche und

regelmäßige Berichterstattung an das internationale Sekretariat gesprochen worden war, wurde Schlicke (Stuttgart) einstimmig als internationaler Sekretär wiedergewählt. Der nächste internationale Metallarbeiterkongreß soll 1916 in Wien abgehalten werden.

Der 8. internationale Transportarbeiterkongreß wurde vom 26. bis zum 30. August in London abgehalten. Aus 18 Ländern waren 50 Organisationen mit 881 950 Mitgliedern vertreten. Diese setzten sich aus Eisenbahnern, Straßenbahnern, Fuhrleuten und Transportarbeitern, Hafenarbeitern, Binnenschiffern und Flößern und Seeleuten zusammen. Die Versammlung erörterte die rechtliche Stellung der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsbetrieben sowie die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten. Es wurde beschlossen neben dem schon bestehenden Zentralrat, der seinen Sitz in Berlin hat, ein Komitee einzusetzen, das als Beirat in bestimmten Zeiträumen zusammentritt, um Stellung zu allen wichtigen Aktionen der internationalen Transportarbeiterföderation zu nehmen. Das Komitee setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen, je eins für England und Amerika, für Belgien und Holland, für Skandinavien und Finnland, für Deutschland, für Österreich und die Schweiz, für Italien und Frankreich. Der nächste Kongreß soll in Zürich stattfinden.

×  
Kongresse und Verbandstage

Die 11. Generalversammlung des Lithographenverbands fand vom 10. bis zum 15. August in Stuttgart statt. Der Verband zählte am Jahresschluß 1912 16 619 Mitglieder. Die Einnahme betrug während der letzten Geschäftsperiode (1. April 1910 bis zum 31. Dezember 1912) 3 910 016 Mark. Der jetzige Kassenbestand beläuft sich auf 206 287,68 Mark. Zu Beginn der Geschäftsperiode war der Vermögensbestand 814 302,88 Mark; der Rückgang ist auf den großen Kampf von Oktober 1911 bis Ende Januar 1912 zurückzuführen. Die Ausgaben betragen für Lohnbewegungen 1 856 012, für Krankenunterstützung 684 039,69, für Arbeitslose 431 993,47, für Reiseunterstützung 76 652,45, für Umzugskosten 53 906,05 Mark. Über die Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung verhandelt; außerdem fanden noch spezielle Berufskonferenzen für Lithographen, Stein-drucker und Chemigraphen statt. Die technischen Umwälzungen im Beruf wurden in einem besondern Referat behan-



delt. Des weitern wurde zur Schaffung eines Industrieverbands für das graphische Gewerbe Stellung genommen, dessen Gründung die Generalversammlung für notwendig hält; zu diesem Zweck wurde der Vorstand beauftragt mit den übrigen Verbänden der graphischen Berufe eine Verständigung darüber herbeizuführen. Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen das Lehrlingswesen, die *Volksfürsorge*, Statutenberatung und Gehaltsregelung der Angestellten.

×  
Schweiz

Der *Schweizerische Gewerkschaftsbund* hielt am 13., 14. und 15. September seinen ordentlichen Kongreß in Zürich ab. Von den 130 000 bis 135 000 Gewerkschaftsmitgliedern sind 92 000 dem Bund angeschlossen. Den Gesamteinnahmen von 2 049 000 Francs stehen 1 614 000 Francs Ausgaben gegenüber; das Gesamtvermögen ist seit 1908 von 1 358 000 auf 3 247 000 Francs gestiegen. Es wurde beschlossen den Beitrag an den Bund von 3 auf 5 Centimes für männliche und von 1½ auf 2½ Centimes für weibliche Mitglieder pro Monat zu erhöhen. Der Kongreß beschäftigte sich außerdem noch mit dem Gewerbegesetz, dem Verhältnis des *Gewerkschaftsbunds* und der sozialdemokratischen Partei zu den sozialdemokratischen Jugendorganisationen, der Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge, der Förderung der Organisation der schlechtest gestellten Arbeiter, namentlich in solchen Industriezweigen, für die zurzeit noch keine Zentralverbände bestehen, ferner mit dem Wesen und der Bedeutung der Tarifverträge, der Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes und dem Generalstreik. Die Stadt Zürich hatte zu den Organisationskosten des Kongresses 200 Francs beigesteuert.

×  
KurzeChronik Der Vorsitzende des Buchdruckerverbands *Emil Döblin* konnte am 1. September sein 25jähriges Jubiläum als

Verbandsvorsitzender feiern. Der *Buchdruckerkorrespondent* nannte diesen Tag mit Recht einen »Gedenk- und Ehrentag für den Verband«. Die Bedeutung Döblins für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist bekannt; sie liegt vor allem darin, daß er der Vorkämpfer für die Tarifvertragsbewegung in Deutschland gewesen ist. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* kennen ja im besondern seine instruktiven und überzeugenden

Artikel, die er über Tarifvertragswesen in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat. × Der *Gemeindearbeiterverband* führte im letzten Jahr 399 Lohnbewegungen in 165 Orten mit 1187 Betrieben und 110 715 beteiligten Arbeitern. × Eine vom *Lederarbeiterverband* geführte Lohnbewegung der *Handschuhnäherinnen* in Johannegeorgenstadt brachte diesen eine bedeutende Lohnerhöhung und hatte den Abschluß eines Tarifvertrags zur Folge, durch den die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für 1500 Heimarbeiterinnen geregelt wurden. × Der *Transportarbeiterverband* zählte am Jahresschluß 1912 in 415 Verwaltungsstellen 225 988 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen des Verbands betragen 1912 5 619 438 Mark, denen Ausgaben in Höhe von 4 447 018 Mark gegenüberstehen. Am Schluß des Jahres waren in der Hauptkasse 1 888 337, in den Ortskassen 1 129 848 Mark vorhanden. × Die *Blumenarbeiter* haben auf ihrem letzten Verbandstag den Übertritt zum *Fabrikarbeiterverband* beschlossen, der am 1. Januar 1914 erfolgen soll. Der Vorstand ist mit den weiteren Verhandlungen betraut. × Die *Schiffszimmerer* haben durch Urabstimmung den Anschluß an den *Holzarbeiterverband* mit 2221 gegen 499 Stimmen abgelehnt. Von 3715 Mitgliedern haben sich 2788 an der Abstimmung beteiligt. × Der *Schneiderverband* konnte am 1. Oktober auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Trotz der vielen Schwierigkeiten, die seiner Agitation hindernd im Weg standen, hat er es auf 50 000 Mitglieder gebracht, darunter 10 000 weibliche. Auf dem Gebiet des Tarifvertragswesens sind gute Fortschritte zu verzeichnen. Eine sehr gut ausgestattete umfangreiche Jubiläumsnummer würdigte die gesamte Organisationsarbeit in sehr eingehender Weise. × Das Organ des Verbands der *Asphalteure* hat am 15. August sein 10jähriges Jubiläum gefeiert. × Der Vorstand des *Bäckerverbands* gibt seit dem 15. Oktober dieses Jahres ein fachtechnisches Organ unter dem Titel *Technik und Wirtschaftswesen* heraus.

×  
Literatur Die Klagen der Tischler, Einsetzer, Treppenbauer, Parkettleger usw. über schlechte hygienische Verhältnisse sind in einer vom *Holzarbeiterverband* zur internationalen Baufachausstellung in Leipzig herausgegebenen Broschüre *Gesundheits- und Lebensgefahren der Bautischler* zusammenge-

stellt. Die Schrift illustriert, auch an zahlreichen Abbildungen, die Gefährlichkeit der Holzbearbeitungsmaschinen und zeigt, welchen Gesundheitsschädigungen und Lebensgefahren der Bautischler, der Einsetzer im Bau, der Jalousieeinsetzer, der Treppenbauer und der Parkettleger ausgesetzt sind. Sie soll der Förderung und dem weitem Ausbau des Bauarbeiterschutzes dienen. × Die Jahrbücher der großen Verbände werden immer umfangreicher, da allein das Tabellenmaterial und die Berichte der einzelnen Gauleiter einen großen Raum in Anspruch nehmen. So umfaßt das Jahrbuch des Metallarbeiterverbands von 1912 494 Seiten. Es bringt zugleich eine Übersicht über die Wirtschaftslage und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Erscheinungen. Die Jahrbücher der Organisationen sind jetzt fast sämtlich in ungefähr gleicher Weise gestaltet. Auch solche Berichte über die allgemeine Wirtschaftslage und deren Einfluß auf den jeweiligen besondern Beruf enthalten sie beinahe durchgängig. Erschienen sind in letzter Zeit Jahrbücher des Fabrikarbeiterverbands, der Verbände der Glasarbeiter, der Steinsetzer, der Tabakarbeiter, der Tapezierer und der Töpfer.

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**Internationale Kongreß 1913** Vom 24. bis zum 29. August wurde in Glasgow der 9. internationale Genossenschaftskongreß abgehalten. Die meisten europäischen Länder sowie die Vereinigten Staaten von Amerika waren durch insgesamt 600 Delegierte vertreten. Großbritannien allein hatte 300, Deutschland fast 100, Österreich 60 Vertreter entsandt. Im Namen der Stadt Glasgow begrüßte Lord Provost den Kongreß und lud die Delegierten in liebenswürdigster Weise für den Abend aus Rathaus ein. Den Vorsitz führte der greise, aber geistig immer noch außerordentlich rührige Maxwell, der in seinen Einleitungsworten mit Stolz betonte, daß vielleicht noch nie die Arbeiter auf einem Kongreß so stark vertreten gewesen seien wie auf diesem, der 20 Millionen Arbeiter repräsentiere. Die eigentliche Eröffnungsrede hielt der frühere Generalgouverneur von Kanada Earl Grey, einer der Gründer und Ehrenpräsident des *Internationalen Genossenschaftsbundes*. Er feierte die Genossenschaftsbewegung als die Befreierin des Menschengeschlechts aus den Banden des Nationalitäten- und Klassenhasses und als die Erzeugerin

einer neuen sozialen Ordnung, in der Kapital und Arbeit zu friedlicher Tätigkeit vereinigt sein würden.

Dr. Hans Müller war leider durch Krankheit verhindert seinen Bericht als Sekretär persönlich zu geben, und sein Leiden wird den hochverdienten internationalen Sekretär auch in Zukunft hindern diesen Posten, zu dem er den Wohnsitz in London nehmen müßte, auszufüllen. Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht ist zu entnehmen, daß seit dem letzten internationalen Kongreß in Hamburg eine sehr kraftvolle Entwicklung des Bundes eingesetzt hat. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften hat sich von 901 auf 3926 vermehrt. Es ist dies hauptsächlich eine Folge des Kollektivbeitritts der konsumgenossenschaftlichen Verbände in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Gleichzeitig hat freilich auch eine Anzahl genossenschaftlicher Verbände dem Bund den Rücken gekehrt. Es hängt dies mit gewissen Gegensätzen zusammen, die sich im Bund zwischen Konsumgenossenschaften einerseits und landwirtschaftlichen und Kreditorganisationen andererseits gebildet haben, in deren Folge die Zahl der landwirtschaftlichen Verbände von 21 auf 11, die der kreditgenossenschaftlichen von 12 auf 4 herabgegangen ist. Insgesamt verringerte sich die Zahl der angeschlossenen Verbände von 89 auf 55. Die Abrechnung für die 3 verflossenen Berichtsjahre schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 172 992 Mark ab. Ende 1912 besaß der Bund ein Vermögen von über 20 000 Mark. Seit 1911 gibt das Sekretariat ein Bulletin heraus, das als Korrespondenz an die genossenschaftlichen Redaktionen geht. Der Bericht wurde ohne Debatte genehmigt und ebenso ein Antrag des Vorstands, der die Beitragsleistung der Mitglieder neu regelt. Sodann kam es zu einer sehr zeitgemäßen Demonstration für den Frieden. Die hierzu vorgelegte und natürlich einstimmig angenommene Resolution betont, daß wie auf der einen Seite die Aufrechterhaltung des Friedens eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Genossenschaftswesens und für die Verwirklichung seiner Ziele sei, auf der andern die Ursachen für das Wettrüsten und den Ausbruch internationaler Konflikte in dem Maß verschwinden würden, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Völker den genossenschaftlichen Grund-

sätzen gemäß geregelt würden. Besonders die Ansprachen von Elms und Albert Thomas' wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Den Stand des direkten Güteraus-tausches zwischen Konsumvereinen, land-wirtschaftlichen und anderen Produktiv-genossenschaften sowie zwischen den Großeinkaufsgesellschaften der verschie-denen Länder behandelte Heinrich Kauf-mann in einem gründlichen Referat. Er beschäftigte sich dabei nicht mit dem gewissermaßen organisatorisch entwickel-ten Güterverkehr, zum Beispiel dem zwi-schen Konsumvereinen und ihrer Groß-einkaufsgesellschaft oder dem zwischen Produktiv- und Verwertungsgenossen-schaften und ihrer Zentralverkaufsgenossenschaft, sondern mit dem sich neben diesen herausbildenden außer-organisatorischen Warenaustausch. Als dessen wichtigste Form bezeichnete er den Verkehr zwischen landwirtschaft-lichen Produzenten- und städtischen Konsumentenvereinigungen, und zwar sowohl innerhalb des einzelnen Landes als auch von Land zu Land. Diese Form hat auch bis jetzt die beste Ent-wicklung erfahren: der Inlandsverkehr stellt sich bei den wichtigsten europäi-schen Genossenschaftsländern auf 53 Millionen Mark jährlich, während im Auslandsverkehr allein die englische Großeinkaufsgesellschaft von den dani-schen landwirtschaftlichen Genossen-schaften für 64 Millionen Mark Pro-dukte bezog. In der Debatte trat ein Mitglied des englischen Ackerbaumini-steriums, Mr. G. J. Cheney, besonders warm für den Ausbau dieser Beziehun-gen ein, von dem er in England eine mächtige Förderung der inneren Kolo-nisationsbestrebungen erhofft.

Einen lebhaften Meinungs-austausch ent-fesselte das Referat Aneurin Williams' über die Anbahnung engerer Beziehun-gen zwischen den verschiedenen Genossenschaftsarten und den umfassen- den Charakter des Genossenschafts-bundes. Aus der Logik der Tat-sachen heraus ist der Bund immer mehr zu einem Vertreter der Konsum-vereine geworden, die jedenfalls seine festeste Stütze bilden. Williams bedau-erte diese Entwicklung und sprach den lebhaften Wunsch aus, daß der Bund sich wieder mehr zu einer allgemeinen internationalen Organisation des Ge-nossenschaftswesens entwickeln möge, wobei er auf das friedliche Zusammen-arbeiten der verschiedenen Genossen-schaftsarten im britischen Genossen-

schaftsbund und in der finnländischen Gesellschaft *Pellervo* hinwies. In der Diskussion wurde dem Referenten ent-gegengehalten, daß eine solche gemein-same Organisation zwar sehr wünschens-wert sei, daß aber die starken Inter-essengengsätze, die nun einmal bestün-den und an denen die Konsumvereine keine Schuld trügen, bis jetzt ihre Ver-wirklichung verhindert hätten und wohl auch auf absehbare Zeit verhindern würden. Die Resolution, in der betont wurde, daß der *Internationale Genossen-schaftsbund* allen wahren Genossen-schaften offenstehe, wurde einstimmig angenommen.

Der letzte Verhandlungstag endlich brachte noch ein Referat Dr. O. Schärs (Schweiz) über die Entwicklung der genossenschaftlichen Presse. Die älteste gegenwärtig noch existierende genossen-schaftliche Zeitschrift ist das Organ des *Allgemeinen Verbandes*, die 1861 zuerst unter dem Titel *Die Innung der Zu-kunft* herausgegebenen *Blätter für Ge-nossenschaftswesen*. 1908-1909 erschie-nen 146 Genossenschaftsblätter, von denen 83 Organe von Konsumgenossen-schaften waren. Bei einer Gesamtauf-lage von 1 500 000 Exemplaren entfielen dabei auf die Blätter der Konsumvereine 1 250 000 Abonnenten. Kein Zweig des Genossenschaftswesens hat also ein auch nur annähernd so gut ausgebildetes Pressewesen. Die stärkste Verbreitung hat die genossenschaftliche Presse in Großbritannien, Deutschland und der Schweiz gefunden. Der Referent regte ferner noch an statt des Bulletins künf-tig 2 verschiedene Preßorgane herauszu-geben, eine Korrespondenz für die Ge-nossenschaftsredakteure und eine Art internationaler Genossenschaftsrevue, die außer Originalartikeln auch Berichte aus der wissenschaftlichen und Fachpresse aller Länder bringen soll. Die ange-nommene Resolution empfiehlt den nationalen Genossenschaftsverbänden die Herausgabe von Propagandablättern, in denen die Bedürfnisse der Frauen be-rücksichtigt würden, und von Fachzeit-schriften für die Genossenschaftsfunk-tionäre. Zum letzten Punkt der Tagesord-nung lag eine von Buffoli (Italien) be-gründete Resolution vor, durch die das gleichzeitige Bestehen von mehreren Konsumvereinen an einem Ort als nach-teilig bezeichnet und die Verschmelzung daher mit allem Nachdruck gefordert wird.

Bei den Wahlen zum Zentralvorstand suchten die anwesenden Vertreter des *Verbandes westdeutscher Konsumvereine*

(christlicher Observanz) ein Recht auf einen Platz geltend zu machen. Der Kongreß, der ihnen auf Grund ihrer Mitgliederzahl (der Verband vereinigt in 150 Genossenschaften 100 000 Mitglieder) vielleicht einen solchen eingeräumt hätte, glaubte indessen den Organisationszersplitterern nicht noch eine besondere Ehre erweisen zu sollen und gab die auf Deutschland fallenden 3 Plätze an H. Kaufmann, K. Barth und R. Abmann. Als Ort des nächsten Kongresses im Jahr 1916 wurde Basel bestimmt.

× Studienreise ×  
 Die meisten deutschen Teilnehmer am internationalen Genossenschaftskongreß benutzten die günstige Gelegenheit, um vorher noch eine vom *Zentralverband deutscher Konsumvereine* arrangierte Studienreise durch die britische Genossenschaftswelt zu machen. Man entsinnt sich, daß schon einmal, im Jahr 1899, deutsche Genossenschafter eine solche Studienreise unternahmen, deren Resultate in der kleinen Schrift *Unsere Englandreise* niedergelegt wurden, und der die deutsche Konsumvereinsbewegung zweifellos mächtige Impulse verdankt. Die Situation seit damals hat sich wesentlich geändert. Damals stand das britische Genossenschaftswesen dem deutschen als ein Koloß gegenüber, fast unerreichbar scheinend. Seitdem sind 15 Jahre einer geradezu stürmischen Genossenschaftsentwicklung in Deutschland dahingegangen. Gewiß hat auch die englische Bewegung inzwischen weitere Fortschritte gemacht; gewiß ist auch heute noch der Abstand gewaltig; aber wir stehen jetzt doch nicht mit ganz leeren Händen da, und manches, was inzwischen in Deutschland geschaffen wurde, braucht den Vergleich mit England nicht nur nicht zu scheuen, sondern kann vielmehr, wie zum Beispiel die deutschen Bäckereien, zum Teil auch die deutschen Arbeitsverhältnisse, den Engländern direkt als Vorbild dienen. Das war der Eindruck, den unsere Studienreisenden mit nach Hause nahmen, ein Eindruck, der sie natürlich nicht gehindert hat auch diesmal aus dem Gesehenen zu lernen und eine Fülle von neuen Anregungen heimzubringen. Was vor allem die ungeteilte Bewunderung der Deutschen hervorrief, war die so anders geartete Stellung, die die britische Genossenschaftsbewegung in der Presse und auch sonst in der Öffentlichkeit einnimmt. Von der systematischen Mißachtung und kleinlichen Be-

kämpfung, mit denen in Deutschland eine *gutgesinnte* Presse und die meisten Behörden die Konsumvereine verfolgen, ist in England nichts zu spüren. Hier erfreuen sich im Gegenteil diese volksfreundlichen Organisationen der allgemeinen öffentlichen Wertschätzung, was sich auch den Englandreisenden durch die ehrenvollen Empfänge offenbarte, die ihnen unter anderen in Rochdale und Glasgow durch die öffentlichen Behörden zuteil wurden. Die Reise begann in London, wo man das Teelager der Großeinkaufsgesellschaft besichtigte, das das größte derartige Unternehmen der ganzen Welt darstellt, in dem jährlich 11 500 Tonnen Tee in 300 bis 400 Mischungen umgesetzt werden, und führte von da aus durch alle sehenswerten genossenschaftlichen Institutionen des Inselreichs. Die meisten Produktivabteilungen der englischen Großeinkaufsgesellschaft wurden besucht; so die Seifen-, Bonbons- und Mixed-Pickles-Fabriken in Silvertown, die technisch glänzend eingerichtete Kakaofabrik in Luton, die Stiefelfabrik in Leicester, die in einem einzigen Arbeitssaal 800 Personen beschäftigt und die wöchentlich 50 000 Paar Schuhe herstellt; ferner die Produktivwerke in Middleton: die riesige Konfitüren- und Konservenfabrik, die ständig 700 und in der Saison weitere 1500 Arbeiter beschäftigt, die von einer eigenen Lokomotive auf eigenem Gleis das Rohmaterial herangeschafft und die fertigen Produkte abgeholt bekommt, die Crumpsaller Biskuitfabrik, die 250 Sorten Biskuits herstellt und mit Achtstundentag, Ferien, Bibliothek, Sport- und Spielplätzen für die Arbeiter ein sozialer Musterbetrieb ersten Ranges ist; die Sonnenmühle bei Manchester, die größte Dampfmühle Englands, die täglich 130 Tonnen Mehl herstellen kann und die, am Kanal gelegen, ihr Korn unmittelbar aus den Seedampfern in ihre Walzengänge hineinführt; endlich die in Pelaw gelegene chemische Fabrik, die Konfektionswerkstätten, die in großen hellen Sälen Hunderte von Mädchen beschäftigen, die Möbelfabrik, die die Möbel vom rohen Baumstamm her bis zur letzten Politur fertigstellt, und die Druckerei. Nicht vergessen wurde auch die große Zentrale in Manchester, dem Sitz der Großeinkaufsgesellschaft, an dem sich neben den Verwaltungs- und Bureauräumlichkeiten die weitausgedehnten Ausstellungshallen für all die verschiedenen von der Gesellschaft geführten Artikel befinden. Allein die Hallen für Lebensmittel weisen einen

jährlichen Umsatz von 260 Millionen Mark auf. Sodann die Niederlagen für Manufaktur und Konfektionswaren, sowie Möbel, in denen gleichfalls Umsätze von vielen Millionen verwirklicht werden. In 4 Stockwerken sind die Erzeugnisse der 3 Stiefelfabriken der Gesellschaft untergebracht; 320 000 Paar Stiefel, von den feinsten Ballschuhen bis zu den schwersten Bergarbeiterstiefeln, lagern hier. Im übrigen zeigen die Ausstellungsräume, in denen man neben Klavieren, Juwelen, Ölgemälden und Badewannen, Reisekoffer und Wringmaschinen bewundern kann, zu welch ungeheurer Vielseitigkeit die englische Konsumvereinsbewegung sich entwickelt hat, ein Punkt, wo ihre Überlegenheit uns gegenüber mit am schärfsten zutage tritt.

Daneben wurde natürlich auch eine Anzahl der interessantesten Einzelgenossenschaften in Augenschein genommen. Die Reisenden ließen es sich nicht nehmen der Wiege der modernen Konsumvereinsbewegung, der Stadt Rochdale, einen Besuch abzustatten und dort, neben dem noch erhaltenen alten Haus in der Krötengasse, in dem die redlichen Pioniere ihren ersten Laden eröffneten, die stattliche Zentrale zu bewundern, die die selbe Genossenschaft wenige Schritte davon entfernt errichtet hat. Leider ist die Bewegung in Rochdale in 2 Vereine gespalten, die zusammen 33 000 Mitglieder und einen Umsatz von 13 Millionen Mark haben, für eine Stadt von 92 000 Einwohnern jedenfalls ein außergewöhnliches Maß genossenschaftlicher Intensität. Ferner besichtigte man den berühmten Leeder Konsumverein, der sich mit dem Edinburger um die Ehre streitet den größten Umsatz der Welt zu haben. Der Verein, der bei 47 000 Mitgliedern einen Umsatz von 32 Millionen Mark erzielt, beschäftigt 1636 Personen in der Warenverteilung und 706 in der Produktion. Endlich vergaß man auch nicht den Riesenkonsumverein der königlichen Arsenalarbeiter in Woolwich, der dadurch eine besondere Sehenswürdigkeit ist, daß er 900 Einfamilienhäuser für seine Mitglieder herstellte. Den Schluß der Reise machte ein Besuch in Newcastle, wo man den dortigen Konsumverein, der über 24 000 Mitglieder zählt und eigene Bäckerei und Schlächtereibetriebe betreibt, sowie die beiden Genossenschaftswäschereien besichtigte, die als gemeinsamer Besitz von 51 Vereinen 140 Personen in ihrer mit weitgehender Verwendung von Maschinen arbeitenden Betrieben beschäftigen.

Daß die Kongreßbesucher auch in Schottland allerlei Interessantes zu sehen bekamen, ist selbstverständlich. Doch gehörte dies nicht mehr zum Programm der eigentlichen Studienreise. Hoffen wir, daß auch diese Englandfahrt, so wie die erste, befruchtend und anfeuernd auf unsere deutsche Konsumvereinsbewegung wirken möge.

× **Landwirtschaftliche Genossenschaften** ×

Auf dem am 17. und 18. Juni dieses Jahres in Wiesbaden abgehaltenen 29. deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag erstattete der Stellvertreter des Generalanwalts (oder Anwalts, wie es in Zukunft heißen soll) Gennes, der Verbandsdirektor Johannßen (Hannover), den Jahresbericht. Er hob hervor, daß sich der Bestand an landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahr 1912-1913 erheblich gesteigert habe. Bei 1407 neu gegründeten Genossenschaften haben 241 Auflösungen stattgefunden, so daß eine Zunahme um 1166 Genossenschaften stattgefunden hat, durch die sich der Gesamtbestand auf 27 192 erhöhte. Darunter waren 99 Zentralgenossenschaften, 17 214 Spar- und Darlehnskassen, 2520 Bezugs-, 3520 Molkerei- und 3839 sonstige Genossenschaften. Die Spar- und Darlehnskassen wirtschafte mit einem Betriebskapital von 2700 Millionen Mark, darunter 2400 Millionen Mark Spareinlagen; ihre territorialen Zentralkassen hatten 1912 einen Umsatz von 8059 Millionen Mark gegen 7984 Millionen 1911. Die genossenschaftliche Bezugs-tätigkeit hat sich in erfreulicher Weise entwickelt. Die Zentralstellen des Reichsverbands weisen eine Zunahme des Absatzes von 220 Millionen Mark in 1911 auf 269 Millionen in 1912 auf. Über die Molkereigenossenschaften liegen keine Spezialzahlen vor. Der Getreideabsatz bei den Zentralstellen hat sich von 91 auf 127 Millionen gehoben, der genossenschaftliche Viehabsatz von 85 auf 100 Millionen Mark. Wir haben es also hier mit ganz gewaltigen Geschäftsergebnissen zu tun. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Genossenschaften gehört dem Reichsverband an. In ihm waren am 30. Juni 1913 29 Provinzial- respektive Landesverbände mit 15 930 Genossenschaften zusammengeschlossen. Die Zentralkassen des Verbandes hatten Ende 1912 308 Millionen Mark an Krediten gewährt, seine Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften setzten 1912 für 269 Millionen Mark landwirtschaftliche Bedarfsartikel und für 128 Millionen landwirtschaftliche

Erzeugnisse ab. Am Schluß des Berichtsjahrs hat sich ein für das deutsche Genossenschaftswesen bedeutsamer Vorgang vollzogen. Die Verschmelzung des Reichsverbands mit dem Raiffeisenverband vom Jahr 1905 ist wieder aufgehoben worden, nachdem sich die Hoffnungen, die man an ein Zusammengehen geknüpft hatte, nicht erfüllt haben. Ein Ausgleich gewisser gegensätzlicher Auffassungen war nicht erreichbar. Die beiden Organisationen, die trotz des Zusammenschlusses ihre Selbständigkeit, ihre eigenen Zentralinstitute, ihre Presse und ihren eigenen Beamtenstab behalten hatten, trennen sich in durchaus friedlicher Weise, und man hofft in Zukunft, wenn auch getrennt zu marschieren, so doch vereint zu schlagen. Dem Raiffeisenverband gehörten Ende 1911 4220 Darlehnskassenvereine mit 456 611 Mitgliedern und 576 Millionen Mark Einlagen an. Der Reichsverband verliert also durch den Austritt ziemlich viel. Der landwirtschaftliche Genossenschaftstag beschäftigte sich ferner mit einer Abänderung seiner Satzungen und nahm Referate über neue Erfahrungen auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Milchverwertung, Lehren aus der Geldkrise der letzten Jahre, über die Ursachen genossenschaftlicher Mißerfolge sowie über Spezialfragen entgegen.

× **Besteuerung** Die Hamburger *Produktion* führt bekanntlich schon seit Jahren einen erbitterten Kampf um eine gerechte Besteuerung. Sie hatte, wie dies auch eine große Anzahl preußischer Konsumvereine getan haben, den Mitgliedern statutarisch ein einklagbares Recht auf einen gewissen Rabattsatz gegeben; dieser Rabatt hätte, entsprechend der den Rabattvereinen gegenüber angewandten Praxis, steuerfrei sein müssen. Daraufhin verfertigten Senat und Bürgerschaft ein besonderes Ausnahmegesetz für Konsumvereine, nach dem 8 % des Umsatzes eines Konsumvereins als versteuerbares Einkommen zu gelten haben, ganz gleich, wie groß der tatsächliche Überschuß des Vereins sein möge. Die Antwort der *Produktion* auf diese Liebeshandlung, die ihr 150 000 Mark jährlich gekostet hätte, war die Aufgabe des Warengeschäftes und seine Übertragung an eine neu gegründete offene Handelsgesellschaft *Produktion*, wobei den Mitgliedern der Genossenschaft das Recht auf einen bestimmten Rabattsatz vorbehalten wurde. Das war natürlich nicht im Sinn der Konsumvereinstöter, um so

weniger als die Gefahr nun eigentlich noch größer war als vorher; denn die neue Handelsgesellschaft hatte das Recht an jedermann, also nicht nur an Mitglieder des Konsumvereins, zu verkaufen, was eine rapide Steigerung des Umsatzes zur Folge hatte. Obwohl dieser neue Betrieb am 1. Oktober 1911 in Tätigkeit trat, erhielt die Genossenschaft *Produktion* für das Steuerjahr 1911 eine Einkommenssteuerberechnung, in der für das ganze 2. Halbjahr (das oben erwähnte Ausnahmegesetz war mit dem 30. Juni des gleichen Jahres in Kraft getreten) 8 % des Umsatzes als versteuerbarer Reingewinn in Ansatz gebracht waren. Die Genossenschaft erhob hiergegen Klage beim Landgericht, in der sie geltend machte, daß sie seit dem 1. Oktober 1911 keinen Konsumvereinsbetrieb mehr habe. Sie wurde mit dieser Klage mit der Begründung abgewiesen, daß sie auch nach dem 1. Oktober kraft ihres Statuts ein Konsumverein geblieben sei. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung beim Hanseatischen Oberlandesgericht wurde gleichfalls verworfen, wobei sich dieses Gericht zwar nicht auf den Wortlaut des Statuts stützte, wohl aber geltend machte, daß die *Produktion* im Sinn des Reichsgenossenschaftsgesetzes dennoch ein Konsumverein geblieben sei, da auch der Vertrag der Genossenschaft mit einem Kaufmann oder einer Gesellschaft zwecks Gewährung von Rabatt an die Mitglieder den Begriff eines Konsumvereins enthalte. Gegen dieses Urteil, das eine Verkennung des Begriffs *Konsumverein* darstellt, hat die Genossenschaft dann noch Revision beim Reichsgericht beantragt, der jedoch nicht stattgegeben werden konnte, da es sich nicht um formelle Verletzung eines revisiblen, das heißt den Geltungsbereich des Berufungsgerichts überschreitenden Gesetzes (gemeint ist das hamburgische Konsumvereinssteuergesetz) handle. So muß denn die Genossenschaft die ungerechte Steuer für 1911 tragen. Für die künftige Besteuerung ist damit noch nichts entschieden, zumal nach dem 1. Januar 1912 sofort Änderungen in den Statuten der Genossenschaft und der Handelsgesellschaft vorgenommen wurden, die einer derartigen Auffassung wie sie vom Oberlandesgericht vertreten wurde, die Handhabe entziehen. Man darf gespannt sein, wie der Kampf weitergehen und wie lange es dauern wird, bis auch in Hamburg die Gerechtigkeit siegt.

×

×

**Kurze Chronik** Wie bereits in der Rubrik *Technik* (in diesem Band, pag. 1311) berichtet wurde, ist Dr. Rudolf Diesel am 30. September bei der Überfahrt nach England ums Leben gekommen. Diesel war bekanntlich auch ein warmer Freund der Genossenschaftssache. Nach der Katastrophe von Kreuznach stellte er sich dem jungen *Zentralverband deutscher Konsumvereine* zur Verfügung und griff auf dem Hamburger Genossenschaftstag /1904/ in die Debatte über die Eigenproduktion ein, indem er für die Schaffung einer Zentralbank eintrat, an die die Einzelgenossenschaften möglichst große Summen aus ihren Reingewinnen abzuführen hätten, um so ein Produktionskapital zu schaffen. Einen ähnlichen Gedanken hatte er schon vorher in einer Broschüre *Solidarismus* ausgeführt (siehe diese Rundschau, 1904, 1. Band, pag. 174). Er regte darin die Gründung einer Volkskasse an, in die jeder Ausgebeutete täglich 1 Pfennig zu zahlen hätte, und aus der dann Produktivgenossenschaften finanziert werden sollten. × Die deutsche *Großverkaufsgesellschaft* hatte im 1. Halbjahr 1913 einen Umsatz von 68 181 379 Mark, das sind 9 555 309 Mark mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Abteilung *Zigarrenfabrikation und Tabake* setzte für 1 776 492 (1 422 110), die Seifenfabrik für 3 064 958 (2 778 806) Mark um. × Der am 10. und 11. August in Jemappes abgehaltene belgische Genossenschaftskongreß nahm Vorträge von Victor Serwy über genossenschaftliche Erziehung, Louis Bertrand über genossenschaftliche Konzentration, Edouard Anseele über die belgische Arbeiterbank und L. Dupont über Produktivgenossenschaften entgegen. Die Delegierten sprachen sich dahin aus, daß im Genossenschaftsbund eine besondere Abteilung für Produktion gegründet werden solle, die den Absatz der Produktivgenossenschaften bei den Konsumvereinen fördern, ihre Verwaltung, Buchführung und geschäftliche Vertretung zentralisieren und die Genossenschaften der selben Branche verschmelzen solle. Zur Agitation wurde unter anderm beschlossener Films aus der Genossenschaftswelt herstellen zu lassen. × Am 28. Juni wurde in Aarhus in Gegenwart von 225 Delegierten die schon lange geplante Bank für die dänischen Genossenschaften gegründet. × Dem norwegischen Genossenschaftsverband gehörten

Ende 1912 100 Konsumvereine an, von denen 63 zur Statistik berichteten. Diese verfügten über 23 500 Mitglieder und einen Umsatz von 7,4 Millionen Kronen. × Der Steitiner Konsumverein konnte am 4. August das Fest seines 50jährigen Bestehens feiern. Von 81 Personen bei der Errichtung hat sich seine Mitgliederzahl bis Ende des letzten Jahres auf 15 996 gehoben, während sein Umsatz die Höhe von fast 3 Millionen Mark erreicht hat. Der Verein besitzt eine Anzahl eigener Grundstücke und eine Bäckerei.

× **Literatur** Unter dem Titel *Die neuere Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens* hat Professor Dr. W. Wygodzinski eine wertvolle Arbeit erscheinen lassen /Hannover, Helwing, die hier in der Rubrik *Landwirtschaft* (in diesem Band, pag. 1237 f.) bereits besprochen worden ist, über die aber auch noch in der genossenschaftlichen Rundschau ein paar Worte zu sagen sind. Über ihren Inhalt orientieren am besten die Kapitelüberschriften: *Die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Die Organisation, Der Streit um die Zentralkassen, Die Mitwirkung der Genossenschaften bei der Entschuldung, Die Bezugs- und Konsumgenossenschaften, Die Beteiligung der landwirtschaftlichen Genossenschaften an der Versorgung der Großstädte, Die Genossenschaften und die Grundbesitzverteilung*. Im 3. Kapitel behandelt der Verfasser den Streit der Raiffeisenbank mit der Preußenkasse, der dazu geführt hat, daß jetzt 2 genossenschaftliche Zentralgeldinstitute in Deutschland für die Landwirtschaft bestehen. Das größte allgemeine Interesse hat wohl das 4. Kapitel, in dem unter anderm die Frage untersucht wird, woher es kommt, daß die deutschen Landwirte noch so wenig zu einer Organisierung des Bezugs ihrer häuslichen Bedürfnisse geschritten sind, nachdem doch ihr gemeinsamer Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel sich so außerordentlich entwickelt hat, und nachdem in anderen Ländern, zum Beispiel in Dänemark, das landwirtschaftliche Konsumvereinswesen so große Erfolge aufzuweisen hat. Er kommt zu dem Schluß, daß es teils persönliche Gründe (Verwandtschaft mit dem Dorfkrämer), dann aber vor allem Gründe politischer Art sind, die hier maßgebend waren die mittelstandsfreundliche Politik des *Bundes der Landwirte*. Wygodzinski

weist darauf hin, daß diese Zurückhaltung des Bauern auf einem wichtigen genossenschaftlichen Organisationsgebiet zur Folge haben müsse, daß die städtischen Konsumvereine allmählich auf das Land vordringen würden, und rät daher den Landwirten dieser Gefahr einer Einschleppung sozialistischer Ideen durch Gründung eigener Konsumvereine zu begegnen. So lächerlich uns die hier ausgesprochenen Bedenken erscheinen, so begrüßenswert ist die vom Verfasser daraus gezogene Konsequenz. Mögen die Bauern nur ruhig ihre eigenen Konsumvereine gründen; die Logik der Tatsache wird sie schon mit denen der Arbeiter zusammenführen. Die Empfehlung der Eigenproduktion von Düngemitteln usw. ist anzuerkennen. Gegenüber der im letztgenannten Kapitel hervortretenden Engherzigkeit wirkt um so erfreulicher die im 6. Kapitel vertretene Anschauung, daß bei der Versorgung der Großstädte durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften möglichst ein Zusammengehen mit den städtischen Konsumvereinen anzustreben sei. Die Zahlen und Daten sind da besonders interessant.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adolf Koelsch

**Menschen ohne Großhirn** Menschliche Mißgeburten mit fehlendem Hirn sind oft beobachtet worden, aber das Leben dieser tauben Früchte war ein höchstens auf Stunden bemessenes Zwischenspiel an den Grenzen von Sein und Nichtsein. Jetzt berichten der bekannte Neurologe Professor Ludwig Edinger (Frankfurt) und B. Fischer in Pflügers *Archiv für die gesamte Physiologie* über den unerhörten Fall, daß ein derartiger Knabe  $3\frac{1}{2}$  Jahre gelebt hat. Er war das Erstlingskind gesunder Eltern, von denen die Mutter als außergewöhnlich intelligentes Wesen beschrieben wird. Obgleich das Verhalten des Kindes ein schweres Gehirnleiden hatte vermuten lassen, ergab die Sektion doch einen ganz unerwarteten Befund: das Großhirn fehlte restlos. An seiner Stelle erhoben sich vom Boden des Hirnstammes her 2 dünnhäutige, »vielgefaltete, vollständig durchsichtige Blasen, von denen jede Gestalt und Größe etwa der Hemisphäre eines neugeborenen Kindes hatte«. Diese Blasen waren innerlich und äußerlich vollkommen großhirnmäßig modelliert. Es gab da einen Augen-, Ohren-, Stirn-, Scheitel- und Schläfenlappen, den Bal-

ken und innerlich ein tragendes Fachwerk aus Stützkommissuren, Querwänden und gerüstebauenden Bindesubstanzen, kurzum: ein durch und durch gegliedertes Großhirn, woran alle umhüllenden und stützenden Gewebeteile entwickelt waren. Aber die aus Ganglienzellen und Nervenfasern bestehende Füllmasse fehlte. »Man hatte den Eindruck, daß das Großhirn einmal vorhanden war und dann durch einen Prozeß in diese dünnwandige Blase verwandelt wurde.« Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch den Befund an den übrigen Bestandteilen des nervösen Zentralorgans: sie waren vom Zwischen- und Mittelhirn bis zum Rückenmark »vollständig normal ausgebildet«. Mit ihnen allein bestritt sonach das Kind sein Leben, alle Organleistungen und Äußerungen wurden von diesen nervösen Apparaten aus dirigiert.

Aber welch ein Leben war das, was für eine Qual für die Mutter floß aus den Äußerungen des Torsos zusammen! Während der ersten Tage, wo das Großhirn ohnedies nicht mitzusprechen gehabt hätte, ging alles seinen geordneten Gang. Das Kind nahm gleich die Brust und saugte richtig. Bald zeigte sich aber, daß es nie von sich aus durch irgendein Zeichen nach Nahrung verlangte; es lag »immer im Schlaf« und mußte jedesmal zum Trinken geweckt werden. Und niemals während des ganzen 1. Jahres bewegte es sich; die Glieder lagen ständig wie im Krampf. Und niemals hörte man es im ersten Jahr weinen; es verhielt sich bis auf ein paar leise wimmernde Lautgebungen absolut still. Aber Geschmackseindrücke hatte es doch. Denn als die Mutter im 4. Monat zur Flaschenernährung überging, saugte es nur, wenn Milch in der Flasche war, alle anderen Flüssigkeiten lösten keine Schluckbewegungen aus, auch Brei wurde nicht genommen. Ob es sah? Die Mutter gab sich alle Mühe darüber etwas zu ermitteln; sie bemerkte aber nur, daß bei plötzlicher starker Beleuchtung die stets nach oben gerichteten Augen, falls sie offen waren, geschlossen wurden. Ob es hörte? »Wenn etwas mit lautem Geräusch hinfiel, wurde wiederholt ein Zusammenschrecken beobachtet, aber sonst niemals etwas wahrgenommen, was auf Hören hinwies.« Unter diesen Umständen konnte die Mutter auf keine Art zu ihrem Kind in Beziehung treten. Es gab auf der Gegenseite kein Erkennen, weil es nicht einmal ein Unterscheiden gab.



Dabei ist es bis ans Lebensende geblieben. Nur in den animalischen Lebensäußerungen traten im 2. Jahr einige Veränderungen ein. Der Knabe, der vorher ganz still gewesen war, begann tage- und nächtelang ununterbrochen zu schreien. Die Mutter brachte ihn dann dadurch zur Ruhe, daß sie ihm den Kopf rieb oder den Kopf an sich preßte. Sowie sie nachließ, setzte das Schreien mit gewohnter Heftigkeit ein. Daraus geht hervor, daß das großhirnlose Kind bei aller sonstigen Fühllosigkeit gegen Zwicken und Kneifen, Nässe, Kälte usw. mit den vorhandenen Teilen des Zentralorgans wenigstens Tastreize perzipierte. Und noch eine Äußerung wurde vermerkt: Nachdem das Kind Zähne bekommen hatte, lag es in der Zeit, wo es nicht schrie oder schlief, da und knirschte stundenlang mit dem Gebiß. Das war alles. Als ein »der Sinnesempfindungen und Handlungen völlig unfähiges Wesen«, das keine Spur von Gesichts- oder Gliedermimik zeigte, alle 3 Stunden die Flasche erhielt, weil man nie wußte, ob es satt oder hungrig sei, schied es in der gleichen seelischen oder wenn man will seelenlosen Verfassung, in der es geboren war, von Lungentuberkelbazillen zerfressen, wieder aus dieser Welt, in der es ohne den Bakterienüberfall noch länger hätte aushalten können.

Der Fall, einzig in der Literatur, ist besonders interessant, weil hier ein Mensch mit jenen Gehirnteilen auskommen mußte, die bei Fischen allein entwickelt sind. Das Großhirn ist da unten ein dünnes dachiges Häutchen und wächst erst von den Amphibien an zu jener Bedeutung empor, die es bei den Säugern erreicht. Aber wieviel seelenloser ist der großhirnlose Mensch als der großhirnlose Fisch! Der Fisch ohne diesen Apparat ist ein vollkommenes Wesen; man kann mit ihm verkehren, er weist hochentwickelte seelische Reaktionen auf, er kann lernen. Sogar der Hund ohne Großhirn ist, wie die Beobachtungen von Goltz und Rottmann zeigen, sehr leistungsfähig. Er lebt jahrelang, lernt nach Überwindung des Operationschoks wieder selbständig gehen, bewegt sich viel, lernt über Hürden klettern, lernt selbständig fressen (er leert die Schüssel, sobald man sie ihm an die Schnauze hebt), er wird wütend, wenn man ihn kneift, er bellt, hat wechselnde Stimmungen, man kann ihn sogar in gewissem Sinn erziehen und ihn etwas lehren, obgleich er nicht sieht und hört.

Noch mehr leistet mit den verbliebenen Urhirnteilen ein großhirnloser Vogel. Der Mensch aber, bei dem sich das Großhirn am höchsten entwickelt hat, ist ohne diesen Teil seiner Zentralapparate wirklich nur 7 Pfund Dreck, ein Rückenmarks- und Nachhirnautomat, der vollkommen aus dem Verkehr mit der Umwelt ausgeschaltet ist. Man hat die Bedeutung des Großhirns für unsere Art nie so erschütternd gesehen.

× Naturschutz ×  
Ständig flattern mir Druck-sachen auf den Tisch, die von einem ununterbrochenen Anschwellen der Naturschutzbewegung in allen Kulturstaaten Zeugnis ablegen. Was die praktische Tätigkeit angeht, so ist allen europäischen Ländern immer noch die Schweiz voran, die bereits vor 2 Jahren in der südöstlichen Ecke Graubündens einen etwa 25 Quadratkilometer umfassenden Nationalpark errichten konnte, worin weder geweidet noch gejagt, ja überhaupt am Pflanzen- und Tierbestand nichts geändert werden darf. Aber auch in Deutschland gewinnt, wie aus dem 3. Jahresbericht des 1909 gegründeten Vereins *Naturschutzpark* mit dem Sitz in Stuttgart, hervorgeht, diese schöne Bewegung immer mehr Boden. Die Zahl der Mitglieder ist auf über 16 000 gewachsen, und zu den jährlichen Zuschüssen der Stadt Hamburg (10 000 Mark), Bremen (2000), der Provinz Hannover (5000), dem Geschenk des deutschen Kaisers (50 000 Mark) sind mit 950 000 Mark Einnahmen aus einer Lotterie, die sich noch auf 1½ Millionen vermehren werden, so beträchtliche Kapitalverstärkungen gekommen, daß für den Lüneburger Naturschutzpark bereits der Grundstein gelegt und 12 000 Morgen Heideland fest angekauft werden konnten. Für 36 000 Morgen umliegenden Forstes ist vom Fiskus eine Pachtung unter günstigen Bedingungen (mit Vorkaufsrecht) zugesagt. Die Jagd ist in diesen vorläufig noch von Lücken durchbrochenen Gemarkungen schon überall aufgegeben, so daß, wenn das Gebiet erst durch Ankauf weiterer Ländereien geschlossen ist, mit einer schnellen Vollendung der Organisation und der offiziellen Errichtung des Parkes begonnen werden kann. Bekanntlich hat sich der Verein zum Ziel gesetzt neben diesem norddeutschen Schutzgebiet noch einen Schutzpark im Mittelgebirge und einen im Hochgebirge anzulegen. Als Grundstock für den Alpenpark sind vorerst 40 Quadratkilometer

bei Schladwig in Obersteiermark gepachtet, der Mittelgebirgspark dagegen ist noch immer bloß eine schöne Idee. Der Eifer des großen Stuttgarter Vereins scheint übrigens eine ganze Anzahl von kommunalen, staatlichen und privaten Verbänden veranlaßt zu haben auch ihrerseits das bestmögliche zur Sicherung der gefährdeten Tier- und Pflanzenleben ihrer Verwaltungsgebiete zu tun. So hat (nach den Beiträgen zur *Naturdenkmalpflege*) Fürst Wilhelm von Hohenzollern jetzt in seinen Besitzungen im Böhmerwald ein 210 Hektar großes Reservat errichtet. Holz- und Grasnutzung, Jagd und Fischerei sollen hier dauernd unterbleiben, fremde Tiere und Pflanzen sollen nicht eingeführt werden. Nach der gleichen Quelle hat der preußische Landwirtschaftsminister »die königlichen Regierungspräsidenten ermächtigt den Forstbeamten das Fangen und die Erlegung des vielfach dem Aussterben nahen Edelmarders in den Staatsforsten für bestimmte Zeit zu untersagen«. Zeitungsnachrichten zufolge hat allerdings bisher nur der Regierungspräsident von Wiesbaden von seinem Schutzrecht Gebrauch gemacht. Rühmenswert ist es endlich, daß auch die Techniker, deren Hochspannungsströme schon so manchem Vogel das Leben gekostet haben, in Zukunft ihre Anlagen so treffen wollen, daß die Elektrizität weniger Opfer heischt. Ein Rundschreiben des Verbandes deutscher Elektrotechniker regt an bei Starkstromleitungen die Befestigungsteile, Traversen und Stützen so auszubereiten, daß Vögeln hier Absitzgelegenheit nicht mehr geboten wird. Oder aber den Leitungsmasten besondere Vogelsitzstangen aufzumontieren, so daß die Tiere gar nicht in Versuchung kommen die gefährlichen Befestigungsteile zu betreten. Kommunen seien besonders auf dieses kleine Mittel zur Förderung des Vogelschutzes aufmerksam gemacht.

Am schwersten wollte sich bei der allgemeinen Kultursteifheit der Engländer die Naturschutzbewegung in Großbritannien durchsetzen. Erst jetzt hat der *National Trust*, der sich seit seiner Gründung nur um landschaftliche und bauliche Naturdenkmalpflege gekümmert hat, seine Fürsorge auch auf die Tier- und Pflanzenwelt ausgedehnt und eine 12 Kilometer lange Landzunge an der Norfolkküste, die Blakeney Point, unter seine Fittiche genommen, nachdem ihm das Gebiet von der frischgegründeten *Society for the Promotion of Nature Reserves* überwiesen worden

war. Diese Gesellschaft, das Analogon unseres Naturschutzparkvereins, hofft in Bälde weitere Reservate zu errichten. Erwähnt mag noch werden, daß auch Australien mehrere große Bannbezirke geschaffen hat. Es hat in Victoria einen Nationalpark angelegt, zu dem der amerikanische Yellowstonepark das Muster lieferte, und ein zweites großes Gebiet in Queensland unter Schutz gestellt.

× KurzeChronik Ende September haben in Wien zum 85. Mal die deutschen Naturforscher und Ärzte getagt. Es waren 5000 Teilnehmer da, und über 800 Vorträge wurden gehalten, so daß hinsichtlich des Umtriebs ein Kongressrekord aufgestellt worden ist, den der Vorsitzende in feierlicher Schlußrede mit Genugtuung verzeichnete. Für die Biologie fiel aber weniger ab denn je, und gar nichts wurde vorgebracht, dem hier ein Gedenkstein gesetzt zu werden brauchte. × 24 Naturwissenschaftler, Namen wie Wundt, Forel, Semon, Kükenthal finden sich vor, erlassen in der *Zeitschrift für angewandte Psychologie* einen Protest gegen die Elberfelder Richtung in der Tierpsychologie, weil sie glauben, daß die von dem Juwelier Krall, dem Besitzer der *denkenden Pferde*, aufgeführten und von den Zoologen Ziegler, Sarasin und Krämer geförderten Lehren nur zur Diskreditierung der wissenschaftlichen Tierpsychologie geeignet sind. In der Tat, solange Herr Krall sich weigert seine quadratwurzelziehenden Pferde zur Nachprüfung ihrer Fähigkeiten »auch in Hände von Forschern zu geben, die sich angesichts des bisher vorliegenden Materials offen als Gegner der Krallschen Auffassung bekennen müssen«, wird man glauben dürfen, daß es um seine Sache nicht zum besten bestellt sei. Man wird aber auch fragen dürfen, warum man den eigensinnigen Herrn Krall nicht einfach für Luft nimmt, und, statt in echt teutschgelahrter, professoraler Art ihn mit Kundgebungen zu bekämpfen, nicht ein mit den nötigen Institutsmitteln ausgerüsteter Hochschulprofessor an selbst erworbenem Pferdmaterial, das nach der Krallmethode *unterrichtet* worden ist, die Elberfelder Vulgärtheorien (die im *Keplerbundland* gewachsen sind) nachprüft. Das möchte förderlicher sein als hundert Proteste. × Von dem Washingtoner Professor E. F. Smith ist der Erreger des *Pflanzenkrebes* entdeckt und

in dem Werk *Bacteria in Relation to Plant Diseases* /Washington, Carnegieinstitut/ mit vielen anderen Pflanzen-seuchenerregern beschrieben worden. Es handelt sich um ein winziges, kokkenartiges Bakterium, das sich in Reinkultur züchten und erfolgreich verimpfen läßt. Die Pflanzentumoren haben morphologisch und in ihren biologischen Äußerungen die größte Ähnlichkeit mit den krebsartigen Geschwülsten des menschlichen und tierischen Körpers. Im Prager Institut für Pflanzenkrankheiten hat man mit dem Smithschen Krebsbakterium Kontrollversuche gemacht und alle seine Angaben bestätigt. Die Folge dieser Entdeckungen ist, daß auch die deutschen Krebsforscher wieder mehr und mehr an den parasitären Ursprung dieser Menschenseuche zu glauben beginnen (siehe hierüber die Arbeit des Geheimen Medizinalrats Behla *Meine Züchtungsmethode des Blastozoon globosum aus krebsartigen Geschwülsten* /Berlin, Allgemeine medizinische Verlagsanstalt/ und des Professors Lewin *Der gegenwärtige Stand der Lehre von der Krebskrankheit in den Naturwissenschaften*).  
 × In der zuletzt genannten Zeitschrift teilen Heimann und Frank mit, daß sich die Abderhaldensche serodiagnostische Methode der Schwangerschaft, worüber früher in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1235) ausführlich berichtet worden ist, in der Breslauer Frauenklinik in mehr als 100 Fällen als durchaus zuverlässig erwiesen habe. Schlunpert und Hendry von der Freiburger Klinik bestätigen im *Physiologischen Zentralblatt* das gleiche. × Gätke, der Gründer der Helgoländer Vogelwarte, hatte den Wanderzug vieler Vogelarten in Höhen von 5000 bis 10 000 Meter verlegt. F. von Lucanus teilt in seiner Arbeit *Über die Höhe des Vogelflugs auf Grund aeronautischer Experimente* in den Sitzungsberichten der Berliner Gesellschaft naturforschender Freunde mit, daß er an einem Fesselballon ausgestopfte Vögel in Flugstellung befestigt habe, daß aber die Saatkrähe, die Gätke noch in 5000 Meter Höhe, das heißt bei 33° Kälte und 298 Millimeter Barometerdruck, hatte ziehen sehen wollen, dem Auge schon in 800 Meter Höhe nur noch als Punkt zu erkennen gewesen und bei 1000 Meter vollständig verschwunden sei. Die Wanderungen können also unmöglich in jenen fabelhaften Höhen vor sich gehen. × Die *Rheinische Gesellschaft für wissenschaftliche For-*

*schung in Bonn* schreibt auf den 1. April 1914 3 Preisaufgaben aus, die über die Landwanderungen der Primaten während der Tertiärzeit, über die Beziehungen zwischen der Umbildung der Tierwelt und den Umbildungen des Klimas während der jüngsten Tertiär- und Eiszeit-epoche und über die anatomischen, physiologischen und geologischen Anhaltspunkte zur Erklärung des aufrechten Ganges beim Menschen Auskunft geben sollen. Näheres ist vom Vorsitzenden der Gesellschaft zu erfahren. Die Preise betragen je 600 respektive 800 Mark.

× Literatur Zwei Amerikaner, William T. Sedgwick und Edmund B. Wilson, haben in ihrem Buch *Einführung in die allgemeine Biologie*, deutsch von R. Thesing /Leipzig, Teubner/, den originellen Versuch gemacht Anfänger dadurch zu einem tiefern Verständnis des Baues und der Funktionen der Lebewesen hinzuführen, daß sie nur einen Repräsentanten des Tier- und Pflanzenreichs, nämlich den Regenwurm und das Farnkraut, genau untersuchen und an ihnen alle Probleme sich abrollen lassen. Ich habe den Eindruck, daß dieses Verfahren ein wenig ermüdend wirkt, und wage daher seinen Wert gerade für Anfängerkurse zu bestreiten, wo man doch immer noch um das Interesse des Willigen zu werben und einen heimlichen Kampf mit dem indolent stimmenden Gefühl des Überbürdetwerdens zu führen hat. Eher wird schon der Eingeweichte mitgehen, doch wird er sich daran stoßen, daß in dieser Einführung, die das Gesamtgebiet der Lebenserscheinungen umfassen soll, ein Kapitel über Tier- und Pflanzenpsychologie vollkommen fehlt, und daß die Erscheinungen des Empfindungslebens mit einem nichtsagenden Satz abgetan werden. × Das Buch Dr. Hermann Dekkers *Der Mensch biologisch dargestellt* /Stuttgart, Moritz/ hat seinen Leserkreis schon gefunden, denn es liegt (ohne Jahreszahl) bereits in 2. Auflage vor. Meine Erwartungen hat es nicht befriedigt. Nach dem wuchtig und bestimmt hingehauenen Titel erwartet man eine wirkliche Biologie des Menschen, zumal die Schrift recht dick geraten ist; aber in der Einleitung erfährt man, daß der Verfasser nur Plaudereien, »Bruchstücke, lose auf einen Faden gereiht«, da versammelt hat. Nun, die Darstellung ist glänzend, jede Kapitelüberschrift wirkt wie ein großes fesselndes Plakat, das wichtige

Debatten ankündigt, aber dann wird eben doch nur aufs unterhaltensamste Konversation gemacht, und die gespannten Gehirne werden mit provisorischen und teilweise verlassenen Hypothesen definitiv ausmöbliert oder mit umschreibenden Schlagworten gesättigt. Es besteht aber auch für solche Bücher andauernd bei uns Bedarf. × Kolonialinteressenten und -reisende schließlich seien darauf hingewiesen, daß neuestens auch die ungeheure Tierwelt Deutsch Ostafrikas ihren Bearbeiter in dem Werk *Wissenschaftliche Ergebnisse der schwedischen zoologischen Expedition nach dem Kilimandscharo, dem Meru und den umgebenden Massasteppen Deutsch Ostafrikas* /Stockholm, Palmquist/ gefunden hat. Sein Verfasser, Ingwe Sjöstedt, der auf Kosten der schwedischen Akademie der Wissenschaften 2 Jahre dort gereist ist, beschreibt 4374 Formen, wovon sehr viele neu sind; besondere Aufmerksamkeit wurde den vernachlässigten Insekten gewidmet.

### Geschichte / Paul Kampffmeyer

**Hellenismus** Der großen Kulturepoche, die von Alexander dem Großen bis auf Augustus reicht, hat Droysen den Namen der hellenistischen gegeben. In dieser Epoche erstet zuerst eine wirkliche Weltkultur, die den Stadtstaat überwindet und im römischen Reich einen Weltstaat emporwachsen sieht. Von dem Moment an, da Rom zu einer welterobernden Macht aufsteigt, befruchtet der Hellenismus in wachsendem Maß die römische Kultur. Was diese dem Hellenismus verdankt, davon redet lebensvoll in Bild und Schrift das prächtige, von Fritz Baumgarten, Franz Poland und Richard Wagner verfaßte Werk *Die hellenistisch-römische Kultur* /Leipzig, Teubner/. Hellenistische Bildung flutet über den ganzen Orient. Nicht das Hellenentum, sondern der Hellenismus, so betont R. Wagner, ist die Grundlage unserer abendländischen Kultur geworden. In der hellenistischen Zeit kommen recht eigentlich erst die Wissenschaften empor. In griechische Sprache und Sitte mußten die *Barbaren* eingeführt werden, und so waren denn die Elemente dieser Bildung wohlgeordnet zusammenzufassen. »Eine als klassisch anerkannte Kultur lag fertig vor«, so schreibt R. Wagner in dem Abschnitt *Geistige Entwicklung und Schrittum*, »aber der Horizont der

Hellenen erweiterte sich von Tag zu Tag, ihr reger Geist sah sich vor die Aufgabe gestellt die Wunder des Orients vom Indus bis zum Nil zu begreifen und sich mit seinen uralten Kulturen auseinanderzusetzen. Alles drängte dazu den Weg weiter zu beschreiten, den Aristoteles als Schöpfer und Organisator gelehrter Arbeit gewiesen hatte, und so wurde die hellenistische Zeit das Zeitalter der Wissenschaft. Der Beruf des Gelehrten, der in stiller Arbeit die Schätze des Wissens sammelt und durch methodische Forschung und systematische Ordnung der Allgemeinheit zugänglich macht, gewann Ansehen und Bedeutung.« Und mit der Entwicklung der Wissenschaften verbreiterte und vertiefte sich der Abstand zwischen Gebildeten und Ungebildeten. Das »unzerstörbare Werkzeug« der hellenistischen Kultur war aber die hellenistische Gemeinsprache (*κοινή*).

Die Entstehung neuer Herrschaftsformen, das Werden der Weltmonarchien, die Neuorganisationen im Finanz- und Kriegswesen, alle diese neuen politischen Momente im Hellenismus hat Franz Poland in dem Abschnitt *Staat, Leben, Götterverehrung* lichtvoll dargestellt. In dem Abschnitt *Die bildende Kunst* unterstreicht Baumgarten die neuen Anregungen, die gerade die hellenistische Kunst von der aufkommenden Weltstadt und von den werdenden Weltmonarchien erhielt. In der klassischen Periode des Hellenentums war das Objekt der Architektur immer wieder der Tempel. Nun erscheint mit der Weltstadt das Rathaus, die Verkehrshalle, die Wasserleitung und mit der Weltmonarchie der Königspalast. Es reckt sich alles ins Riesenhafte. Kolossalstatuen werden geschaffen, allein auf der Insel Rhodos Hunderte von Riesenfiguren. Mit den neuen Gemeinschaftstendenzen brechen zugleich Individualisierungstendenzen durch, und diese wirken umformend auf die Kunst ein. »Ungewöhnliche Naturnähe, allertreueste Wiedergabe des einer Person Eigentümlichen zeichnen die Porträts dieser Epoche ebenso sehr aus wie die schlechthin unvergleichliche Technik, in der sie gearbeitet waren.« Hauptsitze hellenistischer Kunst werden Sikyon, Athen, Alexandria, Pergamon, Rhodos, Priene, Milet und Delos. Die alexandrinischen Maler erheben namentlich die Porträtkunst auf die Höhe des modernen Impressionismus, wie das die im Sand des Fayum gefundenen Mumiensporträts beweisen. »Die Behandlung

der Farben auf diesen Porträts ist durchaus impressionistisch.« Eingehend behandelt Baumgarten die Kunstdenkmäler in Pergamon, so den großen Altar mit der Gigantomachie. In Delos antizipierte ein mehrschiffiger Hallenbau bereits die später in Rom so viel angewandte Form der Basilika. Baumgarten charakterisiert die hellenistische Kunst als eine satte und reife Kunst, die sich durch eine vollendete Technik auszeichnet. Und für dieses technische Können scheint es keine Grenzen mehr zu geben. »So sehr, daß nicht selten das Prunken mit diesem Können sich um die beste Wirkung bringt. Eine weitere Gefahr lag in der riesenhaften Größe vieler Aufträge. Viele der hellenistischen Werke, die wir betrachten, wirkten mehr durch Kolossalität und andere überraschende Mittel als durch innern Gehalt, sie hatten öfter etwas zudringlich Lautes, ein vom Theater entlehntes Pathos an sich.« Ferner beklagte Baumgarten an der hellenistischen Kunst die Verflüchtigung des strengen Stilgefühls, das Hinübergreifen der Plastik in das Malerische usw. Unermeßlich war aber diese Kunst in ihrer Wirkung auf Rom. Und mit Recht ruft Baumgarten aus: »Was bleibt übrig von der römischen Kunstbetätigung, wenn wir einmal alles in Abzug bringen, was sie der hellenistischen verdankt. Und wieviel ist aus dieser römisch-hellenistischen Kunst in die des Mittelalters, der Renaissance und nicht zum wenigsten auch noch in die moderne Kunst übergegangen! Im 2. und 3. Jahrhundert vor Christus dringt die hellenistische Kultur allmählich in Rom ein und erobert es dann völlig bis zum 1. Jahrhundert. Während die römische Kunst dem Hellenismus erliegt, bewahrt die römische Literatur eine gewisse nationale Selbstständigkeit. Der Zuschnitt des geselligen und künstlerischen Lebens wird aber hellenistisch. In allen besseren römischen Häusern bürgerte sich der griechische Hofmeister ein. Im politischen Leben trat die staatsbildende Kraft des römischen Volkes in ihrer ganzen Eigenart hervor. Die rechtlichen und politischen Institutionen Roms und deren Umwälzungen schildert Fr. Poland in prägnanter Kürze, während R. Wagner die geistige Entwicklung und das Schrifttum des römischen Volkes lebendig zur Darstellung bringt. Im antiken Humanitätsideal, im Weltbürgertum Roms wurden dann Kulturelemente von umwälzender Bedeutung geschaffen. Der Hellenist Zenon entwickelt schon den kos-

mopolitischen Gedanken, »daß wir nicht nach Städten und Gauen gesondert wohnen, begrenzt durch die den einzelnen eigenen Gerechtsame, sondern daß wir alle Menschen für Gaugenossen und Mitbürger halten sollen und daß eine Lebensordnung sei, wie die einer auf gemeinsamer Trift weidenden Herde.«

Im 2. Jahrhundert nach Christus nimmt wieder die griechische Sophistik im römischen Geistesleben eine führende Stellung ein, und im 3. die griechische Philosophie. Die mächtigsten Förderer dieser philosophischen Bestrebungen waren die römischen Kaiser, »Marc Aurel und Julian waren griechische Schriftsteller« (R. Wagner). Hellenistisches Denken und das Weltreich hellenistischer Kultur haben dann den Welteroberungszug des Christentums mächtig gefördert. Von der hellenistischen Philosophie gingen ethische Ideen in das Christentum über. Der Erlösungs- und Reinigungsgedanke arbeitet im Mithraskultus mächtig. Der Gedanke von dem Erdenwandel, von dem Leben und Sterben eines Gottes gehörte zu dem Ideenkreis der Mysterien. In der griechischen Sprache waren die grundlegenden Schriften des Christentums geschrieben. »Nur mittels der Weltsprache konnte das Christentum Weltreligion werden, das war der letzte große Dienst, den die  $\alpha\omega\omega\iota$ , der Menschheit leistete.«

×  
**Schlüsselburg** Am 20. April 1887 wurde der Professor - Stipendiat Michail Wassiljewitsch Noworusskij nach Schlüsselburg zu lebenslänglicher Zwangsarbeit übergeführt. Über 18 Jahre seines vollkräftigsten, schaffensfreudigsten Lebens hat er in dieser Bastille zugebracht, und als ein ergrauter Mann, der sich erst tastend wieder in das bewegte Leben hineinfinden mußte, ward er der Gesellschaft zurückgegeben. In seinem qualvollen Gefängnisleben spiegelt sich treu das entsetzliche Schicksal des jungen kämpfenden Rußlands wider, das in der Peterpaulsfestung und in der Schlüsselburg langsam körperlich oder seelisch zu Tode gemartert wurde. Und deshalb sind die Schilderungen seiner Erlebnisse in der Schlüsselburg, die er mit einer die Seele erschütternden Plastik der Darstellung aufgezeichnet hat, ein historisches Dokument der Leiden des russischen Freiheitskampfes. Das russische Manuskript Noworusskijs übertrug in trefflicher Weise Luise Flachs-Fokschananu und gab es unter

dem Titel *Memoiren eines Idealisten* /Berlin, Behr/ heraus. Das Gefängnis in Schlüsselburg wurde im August 1884 eröffnet. Als Noworusskij die *Scheune* der Schlüsselburg im April 1887 betrat, traf er dort 25 Gefangene an. Während der letzten 2½ Jahre waren 12 Menschen in Schlüsselburg zugrunde gegangen. »Zwei von ihnen wurden hingerichtet, und einer nahm sich selbst das Leben. Der dritte Teil des gesamten Bestandes hatte sich demgemäß geweigert so oder anders unter dem Regime zu leben, das zu jener Zeit dort herrschte.« 1887 wurden 5 Gefangene aus dem Lopatinprozeß nach Schlüsselburg eingeliefert. Im Jahr 1888 schlossen sich die Türen des Gefängnisses hinter dem Gefangenen Orshich. Im Jahr 1890 nahm sich Sophie Ginsburg nach wenigen Wochen Aufenthalts in strenger Einzelhaft in der *Scheune* das Leben. 1887 endete Gratschewski dort tragisch, indem er sich verbrannte. In den Jahren 1888 bis 1896 starben 5 Gefangene in Schlüsselburg, und 9 wurden 1896 geisteskrank. Im Jahr 1902 wurde Balmaschow in Schlüsselburg hingerichtet. Diese Hinrichtung trug sich fast vor den Augen der Gefangenen zu. »Zum Glück«, so schreibt Noworusskij, »war dies die einzige Hinrichtung, die gewissermaßen vor unseren Augen vollzogen wurde. Kalajew wurde fern vom Gefängnishof hingerichtet. Von der Exekution Gerschkowitschs und Wassieliews erfuhren wir erst in Petersburg. Aber diese Hinrichtungen schwebten in den letzten Jahren der Gefangenschaft unausgesetzt vor unseren geistigen Augen, richteten unsere Gedanken und Gefühle unaufhörlich auf diesen vorbedachten, triumphierenden Menschenmord und ließen uns fortwährend fühlen, daß wir auf einem Hinrichtungsplatz lebten, wo organisierter, gewaltsamer Tod herrschte, und wo Fluch und Seufzer oder Ekstase und Begeisterung der politischen Märtyrer normale Erscheinungen sind. Im Haus eines Gehenkten spricht man bekanntlich nicht vom Strick. Im Haus der Henker aber, in dem wir wohnten, erinnerte alles an den Galgen.« In 21 Jahren wurden im ganzen 67 Gefangene in Schlüsselburg untergebracht. Sieht man von den Gefangenen ab, die hier nur übergeführt wurden, um gesetzlich gemordet zu werden, und schaltet man ferner die Gefangenen aus, die hier nur einige Monate zubrachten, so saßen in Schlüsselburg 50 *Staatsverbrecher* zusammen 477 Jahre. Für ihren Unterhalt

stahl die korrupte russische Bureaukratie 1 500 000 Rubel aus der Tasche des russischen Volkes. »Es wäre ebenso leicht«, so bemerkt Noworusskij, »aus dieser Aufstellung zu berechnen, wie viele Schmarotzer jeder von uns ernährt hat, wie viele Personen also daran großes Interesse hatten die Zustände aufrechtzuerhalten, unter denen das weitere Bestehen Schlüsselburgs als gesichert galt.« In den ersten 2½ Jahren, nachdem sich die steinernen Grüfte Schlüsselburgs aufgetan hatten, starb also, wie wir bereits bemerkten, ein Drittel der Gefangenen dahin. Dank ihrer eisernen Energie und ihres vielerproben Solidaritätsgefühls erzwangen sich nun die Gefangenen *Milderungen* ihrer qualvollen Haft. Sie legten sich Gemüsegärten an, züchteten Blumen und Kleinvieh, Hühner usw., richteten Werkstätten ein und stellten botanische, mineralogische, zoologische und chemisch-technische Kollektionen für Unterrichtswandermuseen zusammen. Sie trotzten ihren Henkermeistern die Mittel für die Anlage einer Bibliothek ab. Außerst interessant ist es in den Aufzeichnungen Noworusskij zu verfolgen, wie schöpferisch, ja wie genial diese geistigen Arbeiter die körperlichen Arbeiten, die Schreiner-, Drechsler-, Schuhmacherarbeit, zu meistern verstanden. Und doch hielten die *Milderungen* der Haft nicht eine totale geistige Zerrüttung und ein schweres körperliches Siechtum von den Gefangenen fern. Die unselige, hoffnungslose Einsamkeit der Schlüsselburg hatte nämlich vielfach die Seele der Gefangenen für die Auffassung einer bewegten Außenwelt getötet. »Nicht leicht war es«, so schreibt Noworusskij, »diesen ganzen Umschwung des Lebens zu ertragen, wobei das der steten Tätigkeit entwöhnte Nervensystem mit einemmal auf viele Erregungen reagieren mußte, die den Menschen unter normalen Umständen gar nicht auffallen, die wir aber schmerzlich empfanden. Ich persönlich habe diesen Wechsel noch verhältnismäßig leicht ertragen, vielleicht infolge eines gewissen Phlegmas meines Temperaments und infolge der großen Zurückgezogenheit, in der ich in Wyborg lebte. Aber einige Kameraden litten schwer darunter. Drei von denjenigen, die von uns freigelassen wurden, ertrugen die Last des Lebens, das sich vor ihnen erschloß, gar nicht und verübten Selbstmord. Einige klagten mir, daß ihnen das Interesse am Leben verloren gegangen sei, daß sie gegen jede Umgebung Gleichgültigkeit, ja Überdruß

empfinden, daß es ihnen ganz gleich sei, ob sie leben oder nicht. Kein Wunder. So viele Jahre starben wir ununterbrochen, und so viele Male dachten wir an den Tod als den einzigen Erlöser aus allen unseren Qualen, daß er uns nicht mehr, wie fast allen Sterblichen, als das Furchtbarste erschien.«

Nur eine geistige Persönlichkeit von außergewöhnlicher Kraft konnte uns ein an so erschütternden Eindrücken und an tiefen psychologischen Einblicken so reiches Buch schenken wie das vorliegende. Soziologisch außerordentlich reizvoll ist die Darstellung der gesellschaftlichen Organisationsformen und der geschickten Lösungen handwerklicher und technischer Aufgaben der Schlüsselburger Gefangenen. Von poetisch-ergreifender Wirkung sind die Schilderungen Noworusskijs von den ersten Tagen seiner Freiheit.

× Kurze Chronik Eine wichtige Ausgrabung in Palästina unternimmt Professor Dr. Ernst Sellin (Kiel). Er hat, im Verein mit Dr. Praschniker vom österreichischen archäologischen Institut, das biblische Sichem freizulegen begonnen. Eine Probegrabung ergab, über einander gelagert, Hausfundamente aus kanaanitische, früh- und spätsraelitische Zeit, bis in die hellenistische Periode hinein. Gelingt das Werk im ganzen wie sein Anfang, so darf man von ihm wichtige Aufschlüsse erwarten. × Für eine Geschichte der Aufklärung am Rhein, die sich auf gründlichem Quellenstudium aufbauen soll, arbeitet Dr. G. Beyershaus (Bonn) einen Plan im Auftrag der *Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde* aus. Die Geschichte soll die Zeit von 1700 bis 1804 umspannen. Das interessante historische Unternehmen ist der Leitung des Geheimrats von Bezold unterstellt worden. × Die Geschichte der religiösen Entwicklung der Gegenwart spiegelt sich zu einem Teil in den Kongressen für freies Christentum wider. Am 16. Juli trat, gleichsam als Fortsetzung des Berliner Weltkongresses für freies Christentum im Jahr 1910, der internationale Kongreß für religiösen Fortschritt in Paris zusammen. Der Kongreß sieht es als sein Ziel an »in allen Ländern alle diejenigen mit einander in Verbindung zu bringen, die sich bemühen wahre Religion und vollkommene Freiheit zu vereinen und unter ihnen den Geist der Brüderlichkeit und der Solidarität zu stärken«. Es sprachen

unter anderen über die Grundfragen der Moral Pfarrer Jäger (Freiburg) und amerikanische und englische Gelehrte. Pastor Monod (Paris), Professor Carpenter (Oxford), Paul Hyacinthe Loyson (Paris) behandelten die Beziehungen der Freireligiösen zu den Kirchengläubigen und den radikalen Freidenkern. Dr. Funk (München) würdigte den katholischen Modernismus in Deutschland. Die Frage der religiösen Freiheit innerhalb der Kirche diskutierte Professor Schnitzer (München) und der Abgeordnete Murri (Rom). Die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche erörterten Professor Ehrhard (Paris) und Professor Rade (Marburg). × Für den geringen Einfluß der protestantischen Landeskirche auf das praktische religiöse Leben der Großstadtbewohner ist die Kirchenbesuchsstatistik wertvoll, die das *Komitee Konfessionslos* durch seine Vertrauensleute im Februar und Mai veranstaltete. Die Ergebnisse der Statistik sind in einer Beilage zum *Freien Wort*, im *Dissidenten*, veröffentlicht worden. In Berlin waren im Februar und am 16. Mai nur der Dom und die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche gut besucht. Im ganzen wurden in 68 evangelischen Kirchen Berlins bei etwa 1 700 000 Evangelischen an einem Vormittag 11 252 Personen gezählt, und in der Arbeiterstadt Neukölln wurde für 5 Sonntage ein Durchschnittsbesuch von 80 Personen auf 205 000 Evangelische festgestellt. Die Statistik ergibt für Berlin, daß mit Einrechnung des Abendgottesdienstes der evangelische Kirchenbesuch 1% der Bevölkerung betrug, für Neukölln  $\frac{1}{2}$ %, für Hannover 3%. In der früheren Wirkungsstätte Traubs, in der Reinoldikirche in Dortmund, wurden am 25. Mai nur 210 Besucher aufgezeichnet, während zu gleicher Zeit Traub in der Kronenburg zu Dortmund vor 3- bis 4000 Menschen sprach. Gegen die Methode dieser Kirchenbesuchsstatistik sind wohl diese oder jene Einwendungen zu machen; sie fechten aber keineswegs das eigentliche Resultat der Statistik, den verschwindend geringen Kirchenbesuch, an.

### Hygiene / Heinemann Goldschmidt

Epilepsie Der *morbus sacer* gilt heute noch bei vielen Ärzten als ein *Noli me tangere*, als eine Krankheit, die therapeutisch wenig oder gar nicht zu beeinflussen ist; abgesehen von einigen diätetischen Verhaltensmaßregeln und

Bromdarreichung ließ man der Sache ihren Lauf. Diese passive Behandlungsweise gründete sich vor allem auf die geringe Kenntnis, die man über das Wesen und die Ursachen der Krankheit besaß. Die Bromwirkung war durch Empirie festgestellt; erst in den letzten Jahren hat man über sie auch theoretisch eingehendere Erwägungen angestellt und gelangte dazu den gesamten Salzstoffwechsel als maßgebend für die Anschauung der physiologischen Bromwirkung anzusehen. Es zeigte sich, daß die Bromwirkung im umgekehrten Verhältnis zur Chloraufnahme stand; hieraus ergaben sich dann die bekannten Vorschläge einer speziellen Behandlungsmethode, die von Richet (Toulouse) inauguriert wurde; sie gipfelte in einer Herabsetzung der Kochsalzaufnahme, um auf diese Weise die Bromwirkung kräftiger zu gestalten. Brom trat an Stelle des Chlors. Daß bei einer solchen längere Zeit durchgeführten Behandlung erhebliche Schäden für den Patienten resultieren mußten, ist ohne weiteres klar; der physiologische Chlormensch wird zum abnormen Brommenschen, der alle Zeichen des gestörten Stoffwechsels nebst Herabsetzung der Intelligenz bietet, und der schließlich in exzessivem Grad dem Tod verfallen ist. Während meiner Tätigkeit in der Spezialheilstätte für Epileptiker in Hoppegarten sind mir wiederholt derartige vorher anderweitig behandelte Brommenschen zu Gesicht gekommen, die nur durch Darreichung großer Chlorgaben vor dem Tod gerettet werden konnten.

Wenn nun auch der Einfluß des Broms in vielen Fällen eklatant ist, so wird doch eine ganze Anzahl in keiner Weise beeinflußt. Diese Tatsache mußte zu der Überlegung führen, daß in diesen Fällen vielleicht eine andere Ursache der Erkrankung vorhanden sein müsse. In der Tat hat sich denn auch allmählich die Vorstellung durchgerungen, daß die Epilepsie wohl »in der Art ihrer Krankheitsäußerungen als einheitlich angesehen werden kann, daß aber diesem klinisch einheitlichen Bild die mannigfachsten Ursachen zugrunde liegen können« (Leubuscher). Tatsächlich haben sich in einem Teil der Fälle Gefäßveränderungen, bei anderen Auto-intoxikationen vom Darm sowie Erkrankungen des Blutes und sonstige Störungen des Stoffwechsels als Ursachen erwiesen. Von diesen waren es besonders solche, die auch sonst spas-

mophile Zustände zur Folge haben, also zum Beispiel Rhachitis, Skrophulose und die exsudative Diathese.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend hat nun neuerdings Dr. Leubuscher (Hoppegarten) Versuche an dem großen Material seines Sanatoriums angestellt. Er wählte besonders jüngere Patienten aus, da zunächst bei diesen die erwähnten Störungen in Frage kamen. Als therapeutischen Faktor wählte er den Phosphor; bei älteren Patienten wurden je nach Lage der Dinge Organpräparate oder gefäßbeeinflussende Medikamente versucht. Leubuscher hat in der Tat auf Grund dieser individualisierenden Behandlung höchst beachtenswerte Erfolge erzielt. In der *Deutschen Medizinischen Wochenschrift* sind die Resultate der Behandlung im einzelnen dargelegt. Weitere Mitteilungen über seine Versuche kündigt Leubuscher für später an.

Die Förderung, die unsere Kenntnis über das Wesen der Epilepsie durch die Leubuschersche Arbeit erfahren hat, ist auf jeden Fall mit Dank zu begrüßen.

× **Kurze Chronik** Simon Flexner und Noguchi vom Rockefeller-Institut in New York be-

richten, daß es ihnen gelungen sei den Erreger der spinalen Kinderlähmung zu entdecken. × Wie Tagesblätter melden, soll Noguchi auch den Erreger der Tollwut entdeckt haben. × Die von Dr. Robert Behla für das Jahr 1912 aufgestellte Krebsstatistik ergibt, daß in Preußen in dieser Zeit 30 045 Personen gegen 29 473 im Vorjahr an Krebs gestorben sind, also 572 mehr. Die Statistik von 1913 wird lehren, ob die moderne Strahlentherapie einen Rückgang der seit Jahren steigenden Karzinomtodesfälle herbeizuführen vermag. × In den Malaria gebieten von Texas hat man Fledermäuse in großer Anzahl angesiedelt, um durch sie eine Vernichtung der Gabelmücken, die als die Zwischenwirte des Parasiten zu betrachten sind, herbeizuführen. Die Erfolge sollen sehr gut sein. × In Shanghai besteht seit 1907 eine deutsche Medizinschule für Chinesen; die Schülerzahl beträgt zurzeit 141. × In Berlin ist als erste Schulärztin Fräulein Dr. Ulrich angestellt worden. × Nach dem Urteil des preussischen Kammergerichts vom 24. April dieses Jahres können Nicht-ärzte mit rechtmäßig erworbenem Dokortitel bestraft werden, wenn durch



die Führung des Titels der Glaube erweckt wird, der Inhaber sei eine in Deutschland approbierte Medizinperson. × Als Opfer der Röntgenverbrennungen, die er sich bei seinen Arbeiten zugezogen hatte, ist Dr. Baker (New York) gestorben. Im ganzen sind bis jetzt 8 Ärzte infolge Verbrennungen durch Röntgenstrahlen ums Leben gekommen. × Der Geheime Medizinalrat Küster in Charlottenburg feierte am 4. August sein 50jähriges Doktorjubiläum.

### × Literatur

Der Verfasser des Buches *Die Rassenhygiene in den Vereinigten Staaten von Nordamerika* /München, Lehmann/, Géza von Hoffmann, der als österreichisch-ungarischer Vizekonsul die Verhältnisse in der Heimat wie in Amerika genau kennt, führt uns das ganze System der rassenhygienischen Bestrebungen der Amerikaner in sachlicher Würdigung vor Augen. Nach einer klaren Darstellung der Grundlehren der Rassenhygiene und der Gesetze der Vererbung zeigt uns der Verfasser den großen Einfluß, den die Eugenik auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens in Amerika gewonnen hat. Er lehrt uns die auf diesen Grundlagen aufgebauten Gesetze der Vereinigten Staaten kennen, macht uns mit den Gesundheitszeugnissen für Eheschließende bekannt, mit den verschiedenen Arten der Eheverbote erblich Belasteter usw. Einen großen Raum nimmt die Sterilisierung geisteskranker Verbrecher ein. Auch wird zum Schluß die für die Amerikaner wichtige Frage der Einwanderung unerwünschter Personen und die der Rassenmischung behandelt. Ein reichhaltiges Verzeichnis der einschlägigen Literatur, das dem Buch angegliedert ist, versetzt jeden Leser in die Lage sich gründlich in die angeschnittenen Fragen zu vertiefen. Das Buch ist jedem Gebildeten, besonders aber unseren Juristen und Hygienikern zu empfehlen.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

#### Pessimistenbücher

Drei Schriftsteller, jung, verschiedenen deutschen Zonen entstammend, wohlbedacht auf einen guten Stil, erfahren in philosophischer Lektüre, aber mißtrauisch auf die Beständigkeit des Men-

schenglücks, formen Romane. Wie kommt es nun, daß der Norddeutsche Franz Hessel, der Österreicher Ludwig Erde und der Halbdeutsche Niels Hoyer der gleichen pessimistischen Stimmung verfallen? Hoyer und Erde können noch die große, aufgeregte Jugend für sich sprechen lassen. Das geistige Ringen, das nicht schnell genug Lohn und Ruhm erlangt, erscheint ihnen nur als Absturz zum Tod. Wer seine Seele einsetzt, damit er ans Lebensziel gelangt, muß untergehen. Muß? Ja, beide kennen keine andere Lösung, beide sehen nichts anderes als die absolute Tragik. Jesse Wittich, Erdes Kämpfer und Denker, endet in der Verrücktheit und im Tod (Jesse Wittich /Berlin, Juncker/). Axel Merten, Hoyers Schützling und Prophet, liegt »am Fuß des Felsens« mit gebrochenem Genick« (Axel Mertens Heimat /Frankfurt, Rütten & Loening/). Axel Merten fiel auf seiner *via sacra*. Jesse Wittich fühlte sich als Sieger über die Welt, als er dem Singen des Donauwassers gehorchte und den Stimmen von der Tiefe nachsprang. So können ein Lehrer und ein Zeitungsschreiber ihren Plan nicht vollenden die Dumpfheit, die Geistesarmut, die Rückständigkeit von den Menschen abzunehmen. Düster sehen die beiden Dichter. Ihre Erfahrung war vielleicht sehr bitter, so entmutigend, daß sie ihnen die freie Freude am Kunstschaffen trübte. Denn man darf sich darüber nicht täuschen, daß Hoyer und Erde in ihrem Hang nach blendender Aufrichtigkeit zu abstrakt wurden. Sie grübelten über ihre Menschen, anstatt sie objektiv zu schildern. Freilich kann man von ihrer Jugend keine Objektivität verlangen. Franz Hessel ist weit vorsichtiger in seinem Pessimismus, und er meint, daß man doch zögern möge, ehe man einem Menschen den Totenschein ausstellt. Das Leben ist vielleicht eine Hölle, doch, Mensch, tu dein Bestes, um ein vernünftiges Wort zu entdecken. Wie wäre es denn etwa mit der Formel *Der Kramladen des Glücks* /Frankfurt, Rütten & Loening/? In dieser Trödelei des Daseins ist ja auch manchmal etwas Behagliches aufzutreiben, was auch nicht übersehen werden darf. Also ist als Weltanschauung der unentwegte Pessimismus nicht zu rechtfertigen, sondern höchstens der von einigem Mut gemilderte. Wenn also in diesem Leben das ganze,

gerade Glück nicht erworben werden darf, dann soll der Mensch nicht gleich einen Revolver nehmen. Er tut besser daran sich eine Eisenbahnkarte zu kaufen und die Stadt seiner heftigen Leiden zu verlassen. Vielleicht anderswo . . . Gustav Behrendt, so erzählt Hessel, hat schon als kleiner Junge die große Empfindlichkeit für die Nadelstiche des Schicksals besessen. Auf den Knien seines Vaters, in der Schule, an der Seite einer vielgeliebten Frau, überall traut er sich nicht recht ein ganzer Kerl zu sein. So wird er wohl ein Pessimist, doch, wenn der Ausdruck gestattet wäre, ein fröhlicher Pessimist, ein in seine schlechte Laune verliebter junger Herr. Was in dem Buch von ihm steht, ist ja nur ein Teil seines Lebens. Doch es liegt im Temperament solcher Jünglinge, daß ihre Schwäche nicht sehr kompliziert ist. Sie finden von einer Enttäuschung stets den Weg zum Eisenbahnschalter. Also ist zu erwarten, daß sie nie Selbstmörder sondern höchstens neurasthenisch werden. Hessels Pessimismus schlägt da etwas ins Zynische über. Er will eben reden wie einer, der jeder schroffen Lösung der Charakterprobleme deshalb ausweicht, weil er klug geworden ist. Hessel hat in seinen früheren kleinen Geschichten die Wirklichkeit der Alltagsdinge besser gruppiert, so daß vom Gerippe seiner logischen Theorie weniger übrigblieb als in diesem Roman. In dem kleinen Buch sollten zu viele Lebensjahre aufgezählt werden. Daher wurde der Bericht oft sehr karg, daher wurden die Netze der Stimmung nicht weit genug ausgeworfen. Hessel aber versteht sich sonst auf diese innerhalb der Erzählung notwendige lyrische Kunst.

× Skizzen ×  
 Dem erprobten Lyriker der Alpen Otto von Leitgeb gelingen auch mehr weltliche Skizzen (*Das Hohelied* /Berlin, Fleischel/). Er weiß immer aus der Stimmung herauszufinden, um auch eine fesselnde Begebenheit zu erzählen. Und dahin sollte gerade die Aufmerksamkeit des Skizzendichters gelenkt sein. Fast immer ist es irgendein verllorener Flecken, am Meer oder in den Bergen, wo diese Menschen Leitgeb's ihr Schicksal ertahren; Menschen, denen etwas Geheimnisvolles anhaftet, eine ins Mystische verstrickte Lebenslaune. So ahnt die Frau es wohl, daß

ihr Gatte einmal zu früh sterben wird. Sie ahnt es, und sie zittert in der Ahnung, und ihre Wehrlosigkeit vor der drohenden, herannahenden Fügung prägt sich dem Charakter ein. Sie verfällt in ein bebendes Wesen, in eine Bereitschaft unglücklich zu werden, die ans Heilige, ans Übersinnliche der Nonnen grenzt. Aus solchen Elementen weiß Leitgeb die Geschichten zu formen. Es sind leise Dinge, die er erzählt. Ja, er berichtet sogar noch zaghafter, indem er jegliche Schärfe des Ausdrucks vermeidet. Und dennoch ist fühlbar, daß er zu diesem Stil nicht aus Liebe zu einem literarischen Beispiel neigt. Der eigene Trieb verlockt ihn zu der atemverhaltenden Melancholie und Sanftheit.

Ein Weisheitsbüchlein hatte Otto Myller im Kopf, eine Reihe von Lebensgeschichtlein, die sich um das Thema vom Lebensspiel ranken (*Spie-lende Kinder* /Wien, *Deutsch-Österreichischer Verlag*/). Meist nämlich gelingt es dem Schicksal gar nicht ohne Hemmung ein Menschenlos zu vollenden. Der freie Wille oder, wer mißtrauischer und abergläubischer ist, kann sagen: ein zweites Schicksal kreuzt die Schliche des ersten. Wenn aus dem Menschlein der Mensch, aus dem Mädchen die Frau, aus dem Jungen der Mann wird, dann entgleisen die Herzen am leichtesten; sie werden krank; sie widerstehen nicht der Lust sich selber auszurotten. Myller will aber dieses Trauerspiel nicht sehen. Er will glauben, daß hier selten der Tod zu den Jungen wandert. Sie retten sich immer noch zur Gesundheit, und sind sie erst über die Gefahr der seelischen Pubertät, so lächeln sie nachher: Kinderspiel. Das ist beinahe ein Weisheitsspruch. Nun fragt sich der Kritiker, warum der junge, sehr gebildete Poet dort beginnt, wo schon die alternden Schriftsteller angelangt sind. Und er fürchtet ein wenig um die Zukunft Otto Myllers, der ein so aufgeklärter Psychologe ist, der so eifrig das Recht zu Illusionen und Irrtümern von sich abhielt, daß seine wohlstilisierte Dichtung kalt und alt erscheint. Er flößt die gleichen Bedenken ein wie etwa jene altklugen Kinder, denen der scharfsichtige Arzt nur ein kurzes Dasein voraussagen muß.

Nach diesen kultivierten kommen die größeren Talente. Franz Molnár setzt als Titel über einen Skizzenband *Des Zuckerbäckers goldene Krone* /Wien, *Deutsch-Österreichischer Verlag*/.

Molnár hat ein sehr scharfes Auge für Schnurriges im Äußerlichen der Menschen, ein sehr zartes Ohr oder ein sorgsam geführtes Notizbuch für allerhand Redensarten, die im Dampfbad, unter Kutschern, unter Sportsmännern gebräuchlich sind. So setzen seine Skizzen immer sehr lustig und bewegt ein. Sie haben jedoch nur selten eine Pointe. Weil es dem Verfasser eben nicht auf das Kunstwerk sondern auf das genaue Photographieren ankommt. Unter dem Schild *Alltag eines Fröhlichen* hat Robert Scheu Humoresken gesammelt /München, Langen/, die man lustig liest. Mit lustiger Laune erzählt auch K. F. Kurz (*Die Krumbacher und der Katzengusti* /München, Langen/). Der Katzengusti ist ein Spitzbube, Vagabund und Draufgänger, der besonders den Gendarmen oft einen Tord aufspielt. So gelingt es ihm zum Beispiel dem Gendarmen die gleichen Fesseln anzulegen, die für seine eigenen Handknöchel bestimmt waren. Für solchen Humor, der im grünen Wald recht angenehm erbauen kann, hat Kurz Berufung und Gaben.

×  
**Kurze Chronik** Am 18. November wird Richard Dehmel 50 Jahre alt. Über die Bedeutung Dehmels ist in dieser Zeitschrift (1910, 1. Band, pag. 186 ff.) bereits von Anselm Ruest das vorläufig Notwendige gesagt worden (natürlich nur als erster Versuch, da Abschließendes noch gar nicht möglich ist). Zum Geburtstag des Dichters hat der Verlag S. Fischer eine billige, 3bändige Volksausgabe seiner Werke erscheinen lassen, in sehr ansprechender Ausstattung; sie verdient es auch wirklich ins Volk zu dringen.

×  
**Literatur** Die Geschichte der neuen deutschen Lyrik, die Philipp Witkop schreibt (*Die neuere deutsche Lyrik* /Leipzig, Teubner/), hat jetzt ihren 2. Band erhalten. Das Buch schließt mit einem Kapitel über den Lyriker Nietzsche. Das Endkapitel des 1. Bandes war Hölderlin gewidmet, von dem schon Dilthey den Weg zu den Nietzscheschen Dithyramben zeigen wollte. Vielleicht ist diese Einteilung des Witkopschen Werks nicht zufällig, bekennt er sich doch selber als Schüler der Diltheyschen Ästhetik. Da er so dem Erlebnis des Dichters alle kunstschaffende Bedeutung zuweist, erwählte er für seine Geschichte eine eigene Methodik. Er sucht in der Bio-

graphie jedes Lyrikers die am meisten bewegenden Ereignisse und gibt sich dann viel Mühe sie als im Dichtwerk verarbeiteten Stoff zu erläutern. Des Historikers Eifer geht so weit, daß er auch manchmal gewaltsam die Stationen der Biographie zu seiner Deutung braucht. Ihm liegt wenig am Charakterisieren der großen allgemeinen Strömung. Er analysiert hauptsächlich den einzelnen Poeten und gestattet sich mit Absicht die Freiheit sehr viele Namen einfach nicht zu beachten. Daher ist seine Geschichte der Lyrik leicht irreführend. Sie isoliert zu systematisch. Sie ist aber ein sehr anregendes Buch, aus Artikeln eines unterrichteten Mannes zusammengesetzt. Dabei geschehen auch Ungerechtigkeiten. Wo nur das am meisten Repräsentative der deutschen Lyrik behandelt werden sollte, dürfen doch Hebbel und Keller nicht besondere Abschnitte verlangen. Ihre Größe liegt anderweitig. Liliencron und Nietzsche geben den Ausklang des 2. Bandes. Das läßt sich schon eher rechtfertigen. Und wenn Witkops Absicht richtig erraten wird, dann will er eben jetzt lehren, wie das lyrisch waltende, die Subjektivität hervordrängende, die Logik oft umstürzende Weltgefühl Nietzsches in Deutschland die jüngeren und jüngsten Lyriker beeinflußt hat. × In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* hat K. Sieper ein *Shakespearebüchlein* veröffentlicht: *Shakespeare und seine Zeit*. Dank seiner sehr geschickten Disposition findet er sogar Platz, um über das Baconproblem alles Nötige zu sagen.

### Bühnenkunst / Adolf Behne

**Hauptmanns Tellaufführung** Das *Deutsche Künstlertheater (Sozietät)* begann seine erste Spielzeit mit einer Aufführung des *Wilhelm Tell*, die von Gerhart Hauptmann inszeniert war. Man hat an dieser Inszenierung nach verschiedener Richtung hin Kritik geübt. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß an dem Werk Schillers Änderungen prinzipiell nicht vorgenommen werden dürfen, so darf man allerdings die Aufführung *unschillerisch* nennen. Gibt man aber dem Theater das Recht Striche, Zusammenziehungen und dergleichen vorzunehmen, so kann man nicht gut plötzlich die Gefolgschaft versagen, wenn die Striche einmal etwas anders ausfallen als man es gewohnt ist. Den Begriff des *Unschillerischen*

sollte man überhaupt nicht ins Feld führen. Alle modernen Schilleraufführungen sind *unschillerisch*. Würde man heute den *Tell*, den *Don Carlos* so aufführen wie sie Schiller sich aufgeführt gedacht hat, möchten wir uns (so weit wir nicht zu Antiquaren verbildet sind), leicht bedanken. Wir können ehrlich nicht mehr wie unsere Urahnen empfinden. Die genaue Wiedergabe Schillerscher Intentionen ist uns heute kein Lebenswert mehr. Das gibt man ja auch im allgemeinen zu, und man hat deshalb an gewissen Strichen niemals Anstoß genommen. Man hat aber für die Striche meist einen falschen Maßstab der Kritik gewählt, indem man ein ästhetisches Stilprinzip aufstellte. Der Stil Schillers soll nach dieser Anschauung stets unbedingt gewahrt bleiben. Ich halte dieses Prinzip für falsch. Nicht auf die Richtigkeit des *Stils* kommt es an, die außer dem Literaturhistoriker keinen Menschen glücklich macht, sondern auf die Fruchtbarkeit der menschlichen Werte. Und legt man diesen Maßstab an Hauptmanns *Tellinszenierung* an, so muß man sie rückhaltlos bewundern. Ganz bestimmt ist noch niemals so tief in das innere Leben dieser Menschen hineingeleuchtet worden. Dafür ließen sich leicht zahlreiche Beispiele namhaft machen: Die Wandlung des Rudenz wird schon in seiner ersten Szene vorbereitet, Tell behält seine Auseinandersetzung mit dem Parricida, die uns eine dürre Ästhetik schon auf der Schule verleiden wollte, mit der kindlichen Begründung, daß im 5. Akt keine neue Person mehr eingeführt werden dürfe. Von all den menschlichen Feinheiten des stummen Spiels zu schweigen. Was Hauptmann gestrichen hat, das sind die Stellen, an denen Schillers Pathos seine Menschlichkeit erstickte: Melchthals schwingvolles Klagelied, Tells rhetorischer Monolog, von dem nur die wesentlichen Sätze geblieben sind, Rudenz' völlig überflüssige Szene mit Berta. Notwendig hat die Hauptmannsche Auffassung ihre Konsequenzen auch für die Sprache der Schillerschen Verse; sie brachte eine tiefe Beseelung der Diktion, wenn man manchmal auch das Gefühl hatte, daß die Spieler die ungewohnte Aufgabe noch nicht immer so lösten wie es Hauptmann vorgeschwebt haben mag. Sehr nahe dem Ziel kamen die Frauen: Mathilde Sussin (Gertrud Stauffacher) und Irma Strunz (Hedwig Tell). Tells Knaben waren so natürlich wie es

Kinder auf der Bühne nur sein können. Ergreifend aber war der Tell des Hans Marr: ein tiefer, treuer und versonnener Mensch, mit dem schweren Körper des Bauern und den leichten Schritten dessen, der stets oben auf steilen Wegen geht und nach innen sieht. Im übrigen konnte man über die Schauspielerqualitäten der einzelnen kaum urteilen, die neuen Kräfte lassen sich nach dem einen Abend nicht greifen. Will man an der Aufführung etwas aussetzen, so mag man manche Kulisse tadeln: aber nur in der Ausführung, gar nicht in der Intention. Gerhart Hauptmann aber hat uns gezeigt, daß der neuschaffende Dichter wohl doch der bessere Gestalter der Bühne ist als der routinierte Berufsregisseur.

× **Schauspieler und Kino** Auch die letzte Tagung der Delegiertenversammlung der *Bühnengenossenschaft* beschäftigte sich, wie die des *Bühnenvereins* (siehe diese Rundschau, 1913, 2. Band, pag. 887 f.), mit der Frage des Verhältnisses der Organisation zum Kino. Es war der Antrag gestellt worden, daß berühmten Schauspielern die Mitwirkung bei Kinoproduktionen untersagt werden solle, und daß gegen die Profanierung der Klassiker durch den Kino Protest eingelegt werde. Diese Maßnahmen sollten den Zweck haben die erdrückende Konkurrenz zu mildern, unter der die kleinen Filmschauspieler, die keinen besonderen Namen haben, leiden. Natürlich sind sie völlig ungeeignet die bestehenden Mißstände zu heben. Man erlebt immer wieder das selbe Schauspiel, daß der wirtschaftlich Bedrohte irgendwelche Ideale oder Kulturrücksichten vorschiebt wie in diesem Fall den Schutz der profanierten Klassiker. Die erwähnten Anträge wurden übrigens abgelehnt, da sie über den Rahmen des genossenschaftlichen Statuts hinausgehen. In der Debatte wurde auch zur Sprache gebracht, daß häufig zu Kinoproduktionen Familienangehörige und sonstige nicht zu den Berufsschauspielern gehörende Personen herangezogen würden. Das mag wohl richtig sein, aber es ist daraus kein Vorwurf für den Filmregisseur zu konstruieren. Innerhalb der besonderen Absichten des Kinos ist der Berufsschauspieler keineswegs immer der geeignetste oder der berufenste Schauspieler. Die Delegiertenversammlung hatte also zweifellos recht, als sie ihren Standpunkt dahin präziserte, daß ihre, dem Theater zu-

gerichteten Bestrebungen mit dem Kino nur sehr bedingungsweise etwas zu tun hätten. Dennoch wolle man aber dem Elend des Kinoschauspielers seine Aufmerksamkeit zuwenden und, wo es möglich sei, zu seinen Gunsten eingreifen. Dieses Elend beruht natürlich einzig und allein auf dem übergroßen Angebot, das die Preise drückt. In dem als Berliner Filmbörse dienenden Café *Trocadero* sieht es ungefähr so aus, daß 300 bis 350 engagementslose Schauspieler, Schauspielerinnen, Artisten und Kinder sich dem *Aufkäufer* stellen, von denen durchschnittlich 50 bis 60 Engagement finden. Dieses Engagement gilt aber für höchstens 2 bis 3 Tage. Solange ein solches Überangebot an Spielkräften vorhanden ist, wird die *Bühnengenossenschaft* vor einem schwer lös-baren Problem stehen.

× Kurze Chronik Eine höhere Fach- ×  
 schule für Theaterkunst  
 ist am 1. Oktober in Ber-  
 lin in Angliederung an die Schule Reim-  
 ann (höhere Fachschule für Deko-  
 rationskunst) eröffnet worden. × Am  
 14. September fand in Berlin die Grund-  
 steinlegung für den Bau der *Neuen  
 Freien Volksbühne* statt. Das  
 Haus erhebt am Bülowplatz, im früheren  
 Scheunenviertel, nach den Plänen Kauf-  
 manns. × Das erste deutsche Ge-  
 nossenschaftstheater Guben-  
 Forst beginnt seine Aufführungen mit  
 Shakespeares *Viel Lärm um nichts* (Gu-  
 ben) und Halbes *Haus Rosenhagen*  
 (Forst). × Die erste Zentralausschuß-  
 sitzung der *Bühnengenossen-  
 schaft* nach den Ferien zeitigte das  
 Ergebnis, daß mit dem 1. Oktober der  
 Stellennachweis, die Reise- und Dar-  
 lehnskasse, die Engagementslosenver-  
 sicherung und die Kostümlzentrale  
 für männliche Mitglieder in Tätigkeit  
 getreten sind. × Die Elberfelder  
 Stadtverordneten beschlossen in einem  
 in nächster Nähe des Theaters gelegenen  
 Haus eine besondere Probebühne ein-  
 zurichten. Die Stadt hat damit ihre  
 schon öfter bewiesene Theaterfreudigkeit  
 aufs neue erhärtet. × Eine jüdische  
 Künstlergesellschaft hat am 1. Septem-  
 ber auf der *Neuen Wiener Bühne* Ossip  
 Dymows *Ewigen Wanderer* in hebrä-  
 ischer Sprache aufgeführt. × In Bern  
 fand im Anschluß an den Esperanto-  
 kongreß die Uraufführung eines Espe-  
 ranto dramas statt, das heißt nicht  
 eines in Esperanto übersetzten Dramas  
 der Weltliteratur sondern eines im Espe-

ranto gedichteten Werkes, der *Ginevra*  
 des Franzosen Edmond Privat. × Am  
 15. August wurde das neue Bremer  
 Schauspielhaus, das unter der  
 Leitung von Johannes Wiegand und Dr.  
 Pichon steht, mit Wildes *Frau ohne  
 Bedeutung* eröffnet. Der Bau ist ein  
 Werk der Architekten Abbehusen und  
 Bindemann und faßt 804 Personen. ×  
 Am 13. September fand die Eröffnung  
 des neuen Schauspielhauses in  
 Dresden statt. Nach einem von  
 Herbert Eulenberg gedichteten Prolog  
 spielte man den *Robert Guiskard* von  
 Kleist und die *Torgauer Heide* von Otto  
 Ludwig. × Nachdem Meinhard und  
 Bernauer nunmehr auch das *Komödien-  
 haus* ihrer Direktion unterstellt haben,  
 ist der bisher im Berliner Theaterleben  
 einzige Fall einer Dreitheater-  
 direktion geschaffen. × Die Leitung  
 des *Deutschen Theaters* in  
 Köln haben Hans Kuhnert und Alfred  
 Kahmes übernommen. × Max Grube  
 eröffnete seine neue Tätigkeit in Ham-  
 burg am *Deutschen Schauspielhaus* mit  
 Shakespeares Jugendlustspiel *Verlorene  
 Liebesmüh*. × Felix Hollaender hat die  
 kaum übernommene Leitung des Fran-  
 kfurter Schauspielhauses wieder nie-  
 dergelegt. × Das Meininger Hof-  
 theater wird von dieser Spielzeit an  
 nur 2mal in der Woche spielen. Die  
 Gründe sind in dem geringen Besuch,  
 dem Rückgang der Einnahmen und in  
 der veränderten Geschmacksrichtung des  
 Publikums zu suchen. × Das Karls-  
 ruher Hoftheater nahm Wede-  
 kinds *So ist das Leben* in seinen Spiel-  
 plan auf, dem der *Kammersänger* bereits  
 angehört. Die Aufführung von *Früh-  
 lings Erwachen* steht bevor. × Das  
 Stadttheater in Jena brachte unter der  
 Leitung Horwitz Calderons Lustspiel  
*Jeder hüte sein Geheimnis!*, das bisher  
 als verschollen gegolten hatte. Die  
 Entdeckung wie die Übersetzung sind  
 dem Wiener Ministerialrat Werner zu  
 danken. × *Freiheit*, ein Schauspiel  
 von 1812, von Max Halbe wurde  
 am 27. September im Münchener  
 Schauspielhaus zum erstenmal auf-  
 geführt. × Das Hamburger *Thalia-  
 theater* führte die 5aktige Tragödie  
*Sonnenfinsternis* von Arno Holz  
 zum erstenmal sei. ihrer Entstehung  
 im Jahr 1907 auf. Das Werk ist  
 das 2. Stück der Dramenreihe *Berlin,  
 die Wende einer Zeit in Dramen*. ×  
 Im September ging Shaws Bühnen-  
 werk *Androklus und der Löwe* im Lon-  
 doner *Saint James Theater* zum ersten-

mal in Szene; im Oktober wurde sein neuestes Werk *Pygmalion* im Wiener Hofburgtheater deutsch aufgeführt: noch vor der englischen Erstaufführung. × Zur Gründung eines Reichskinoverbands rufen mehrere deutsche Orts- und Bezirksvereine von Kinobesitzern und einige große Kinounternehmungen wie *Union*, *Cines*, *Mozartsaal* in Berlin auf. Gegenwärtig besteht bereits ein *Schutzverband der deutschen Lichtbildtheater*, der in der Gründung des Reichskinoverbands eine Konkurrenz erblickt. Der neue Verband soll später auch die Filmfabrikanten umfassen und zu einer einheitlichen Organisation aller Kinointeressenten werden, zu denen auch die Autoren, Schauspieler und Regisseure rechnen.

× **Literatur** Unter dem Titel *Der Fall Jacobsohn* gibt Siegfried Jacobsohn im

Verlag der *Schaubühne* eine Rechtfertigungsschrift heraus, um sich von dem im Jahr 1904 gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Plagiats zu reinigen. Ich sehe in meiner Beurteilung des Falles vollkommen von der Persönlichkeit Jacobsohns ab, da ich von ihr weder im Positiven noch im Negativen ein genügend deutliches Bild habe. Mag also diese Geschichte passiert sein, wem sie will: für mein Gefühl ist der Vorwurf irgendeiner moralischen Korruption lächerlich. Welche merkwürdigen Bahnen wandelt doch manchmal das Gerechtigkeitsgefühl der Zeitgenossen! Hätte sich Jacobsohn an irgendeiner Stelle fremde Geistesarbeit angeeignet, so hätte man selbstverständlich ohne Nachsicht gegen ihn vorgehen müssen. Aber davon kann hier keine Rede sein. Jacobsohn hat einige belanglose Phrasen aufgenommen, die schon ein anderer formuliert hatte. Ich kann das so wenig einen geistigen Diebstahl nennen, wie das Ansichnehmen eines Zeitungsblatts, das ein Nachbar in der Stadtbahn hat liegen lassen, für mich ein materielles Eigentumsvergehen darstellt. Will man dem Kritiker Jacobsohn etwas am Zeug flicken, dann nehme man sich seine Urteile, seine kritische Betätigung vor, aber nicht ein paar sachlich völlig belanglose Sätze. Deshalb scheint mir auch Jacobsohn die Geschichte viel zu ernst zu nehmen. Die Mitteilung der Briefe war doch wohl überflüssig. × Im Verlag A. R. Meyer in Wilmersdorf erschienen Gedichte von Max Herrmann, deren Stoffe die Besprechung

an dieser Stelle rechtfertigen. *Porträte des Provinztheaters* ist der Titel. In 10 Sonetten erscheinen nach einander der Kritiker, die Naive, der Direktor, die Choristinnen, der jugendliche Held, der Komiker, die komische Alte, die Elevelin, der Regisseur und die Frau des Regisseurs. Jedes einzelne Gedicht ist von starker Konzentration, sucht den knappsten Ausdruck, bemüht sich um strenge Formulierung der entscheidenden Wesenszüge. Herrmann sieht das Treiben der Leute vom Provinztheater nicht als Tragik, aber auch nicht als Romantik; er ist weder pathetisch noch sentimental. Die Haltung der Gedichte ist auch nicht eigentlich satirisch. Herrmann nimmt wohl humoristische und groteske Züge auf, aber man kann an keiner Stelle sagen, daß er seine Verse auf die Wirkung dieser Elemente gestellt hätte. Seine Typen sind keine Karikaturen sondern tatsächlich, wie er sie nennt, Porträte. Herrmann hat stets sofort den Schlüssel zu seinen Modellen gefunden. Kleinigkeiten, die nebensächlich sind, die nur Details wären, übergeht er, aber Kleinigkeiten, aus denen ein wesentlicher Charakterzug blitzartig herauspringt, stellt er, sicher und unauffällig, heraus. Am vorzüglichsten erscheint mir das Anfangsgedicht *Der Kritiker*, in dem sich die große und ungewöhnliche Begabung Herrmanns glänzend dokumentiert:

»Er hockt in seiner Loge ganz vergrämt  
Und reglos, weil er seiner selbst sich schämt,  
Daß ihm in seines Herzens tiefster Tiefe  
Die Liebe mächtig wird für die Naive.

Dann ärgern ihn mit einemal der schiefe,  
Blasierte Blick des Nachbarn und zwei Briefe,  
Die er heut anonym empfing. Es lähmt  
Ihn plötzlich Angst, er zittert unbezähmt.

Dann fällt der Vorhang. Licht flammt auf im Saale.  
Er thront jetzt wieder eisig und unnahbar  
Und lächelt spöttisch Unbefangenheit.

Und sonnt im Samt der Brüstung seine schmale,  
Verwöhnte Hand und denkt, daß etwas da war,  
Was schrecklich schien, und fühlt sich kampfbereit.«

Man wird das dünne Heftchen gern lesen. × Gelegentlich der Eröffnung des neuen Königlichen Schauspielhauses in Dresden erschien eine sehr beachtenswerte *Festschrift /Dresden, Reißner/*, die in 3 Kapiteln wertvolles Material zur Geschichte des Dresdener Hoftheaters enthält. Karl Zeiß beschäftigt sich im 1. Kapitel vorzugsweise mit *Vergangenheit und Zukunft der Dresdener Hofbühne*. Friedrich Kummer gibt eine sehr eingehende Würdigung des Neu-

baus, der in nächster Nähe des Zwingers steht und in Dresden wie auch auswärts auf ziemlich heftigen Einspruch gestoßen ist, da er das städtebauliche Bild um den Zwinger erheblich stören soll. Sehr instruktiv sind die den Ausführungen Kummers beigegebenen Schnitte durch das Haus, dessen Architekten Losow und Kühne sind. Im 3. Kapitel, *Die Bühne*, schildert der technische Oberinspektor Adolf Linnebach die Einrichtung des Bühnenhauses, das zurzeit gewiß als eines der allerreichsten der Welt gelten muß. Die versenkbaren Bühnenflächen, der feste Kuppelhorizont, der mit einem Wandelrundhorizont kombiniert ist, die maschinell betätigten Züge der Obermaschinerie und schließlich die Schiebebühnenanlage der Unterbühne enthalten interessante Neuerungen. × In Zusammenhang mit der Feier des Dresdener Theaters steht offenbar auch die Herausgabe der gesammelten Theaterkritiken Julius Ferdinand Wolffs unter dem Titel *Theater: Aus 10 Dresdener Schauspieljahren* /Berlin, Reiß/. Das inhaltreiche und ernste Buch sei für diesmal nur kurz angezeigt. Man wird wohl darauf noch ausführlicher zurückkommen müssen. × *Lichtbild und Kinotechnik* und *Kino und Gemeinde* nennen sich 2 weitere Hefte der hier schon kürzlich angezeigten *Lichtbühnenbibliothek* /München-Gladbach, *Lichtbilderverlag*/. Über Kinotechnik schreibt F. Paul Liesegang, über *Kino und Gemeinde* Dr. Willi Werstatt und Franz Bergmann. Beide Hefte kann man empfehlen. Sie sind von Fachleuten, die ihr Gebiet völlig beherrschen, durchaus sachlich und instruktiv geschrieben. Liesegang untersucht zunächst den Lichtbilderapparat, die Lichtquellen (Bogenlicht, Glühlicht, Kalklicht, Azetylenlicht usw.), dann allen Zubehör (Schirm, Stativ) und behandelt schließlich eingehend die Kosten, die Aufbewahrung der Bilder, Mittel gegen das Flimmern, den Feuerschutz, die Herstellung der sogenannten *Trickfilms* und die wissenschaftliche Kinematographie. Der Doppelband von Warstatt und Bergmann beschäftigt sich mit allen verwaltungsrechtlichen und wirtschaftlichen Problemen des Kinowesens (Konzessionspflicht, Zensur, Baupolizei, Steuern, Rentabilitätsrechnung, Wanderkinos usw.). Es werden hier bis ins einzelne die technischen, praktischen und rechtlichen Voraussetzungen gezeigt, unter deren Berücksichtigung die Ge-

meinden an die Errichtung von Gemeindekinos herangehen können. Bekanntlich existieren derartige Gemeindekinos bereits. Ein Übersichtsplan eines Gemeindekinos in Westfalen ist dem Buch beigegeben.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Arthur Schulz

**Wirtschaftsbe-** Zum 25. Regierungsjubiläum **schreibungen** des deutschen Kaisers hat der Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats Professor Dr. Dade im Verlag von Marhold in Halle (Saale) ein monumentales Werk *Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II.* erscheinen lassen. 2 hervorragend ausgestattete, mit 1024 sehr guten Abbildungen geschmückte Großquartbände vereinigen auf 1293 Seiten etwa 400 Wirtschaftsbeschreibungen reichsdeutscher und deutschkolonialer Landwirtschaftsbetriebe. Die Verfasser sind zum größten Teil die Besitzer selbst, vom fürstlichen Standesherrn bis zum Kleinkätner, zum kleinern Teil sachkundige Lehrer und Direktoren benachbarter Landwirtschaftsschulen. Da beide Gruppen von Verfassern sich sichtlich bemühen unter Vermeidung allgemeinen Geredes die volkswirtschaftliche Bedeutung ihrer Betriebe durch Angabe konkreter Tatsachen und buchmäßiger Ziffern zu schildern, ist das Werk dem Agrartheoretiker und Agrarpolitiker eine unschätzbare Erkenntnisquelle. Einen eigenartigen Reiz verleiht der Lektüre der Umstand, daß auch die an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben wirkenden Landwirte, vom Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutschen Landwirtschaftsrats und vom Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte* mit ihren mehrere tausend Morgen umfassenden Gütern bis zum Präsidenten des badischen Bauernvereins mit seinem nur 7 Hektar großen Gütchen, der Öffentlichkeit vollen Einblick in ihre landwirtschaftliche Werkstätte gewähren. Vielleicht noch interessanter sind die Berichte der Pioniere des Ackerbaus und der Viehzucht und der großen Pflanzenzüchter vom Rang eines von Lochow (Petkus), Strube (Schlanstedt) oder Cimal (Frömsdorf). Aber so lesenswert auch die 140 Schilderungen landwirtschaftlicher Großunternehmungen sind, so reichen sie doch in ihrer aktuellen agrarpolitischen Bedeutung an die 221 Beschreibungen bäuerlicher Wirtschaften nicht heran. Ihre schlichte Tatsachenaufreihung, ihr scheinbar trockenes

Zahlenwerk klingt, von den Verfassern ungewollt, zusammen in ein einziges Hohelied von der wachsenden Berufsschulung und Leistungsfähigkeit, vom wirtschaftlichen und sozialen Aufsteigen des deutschen Bauerntums. Beim größern Mittelbauernbesitz und noch mehr beim Großbauerngut mischen sich allerdings darin schon stark dämpfend bewegliche Klagen über den Mangel an landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeitern, um dann in Beschreibungen großer Güter zu der das Ganze beherrschenden Leitmelodie zu erstarken. An die Schilderungen süddeutscher Landwirtschaftsbetriebe schließen sich 16 Berichte von Farmern und Pflanzungsgesellschaften in deutschen Kolonien. Den Schluß des Standardwerks bildet eine durch zahlreiche statistische Tabellen erläuterte zusammenfassende Darstellung aus der Feder Professor Dr. Dades, die sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im letzten Menschenalter und mit der gegenwärtigen Stellung der deutschen Landwirtschaft in der Landwirtschaft der Erde beschäftigt.

× Maschinен- ×  
problem Ein auch von Sozialisten oft diskutiertes Problem unterzieht Dr. Schnider,

Professor der landwirtschaftlichen Betriebslehre an der technischen Hochschule zu München, in seiner Schrift *Die Bedeutung (Licht- und Schattenseiten) der Maschinen im Landwirtschaftsbetrieb* /Berlin, Parey/ einer lichtvollen Erörterung. Die oft allzu ängstlich aufgeworfene Frage, ob im allgemeinen der Ersatz der Hand- und Gespannarbeit durch landwirtschaftliche Maschinen lohnend sei, bejaht Schnider energisch. Andererseits weist er nach, daß gewisse Maschinen (Breitsäemaschine, Düngerstreuer, Kartoffelpflanzmaschine, Kartoffel- und Rübenentmaschine, Mähbinder) teurer arbeiten als die entsprechende Hand- respektive Gespannarbeit. Auch die übrigen Maschinen haben ihre Schattenseiten: ihre geringe Nutzungsdauer (meist nur 20 bis 50 Tage im Jahr), ihre große Reparaturenhäufigkeit besonders im Großbetrieb, wo sie nur ungenügend überwacht werden können, die mit ihrer Benutzung verbundene Unfallgefahr. Die Möglichkeit umfangreicher Maschinenverwendung verschafft daher nach Schnider dem Großbetrieb keine erhebliche Überlegenheit, ja sie kann seiner Rentabilität geradezu Abbruch tun: »Mag der Großbetrieb in wachsendem Maß auf Verwendung von Maschinen, ja Spezial-

maschinen mit besonderer Leistung angewiesen, mag er auch zu ausgiebiger Benutzung befähigt sein, immer wird selbst dieser sich die angeführten Schattenseiten gegenwärtig halten müssen; und nicht derjenige Landwirt wird besonders zu bewundern und mit dem Ökonomieratsitel zu bedenken sein, der mit einem vollständigen Park von allerhand Maschinen prunkt, sondern jener, der sich auch in der richtigen Beschränkung als Meister zeigt. Der kleine und der kapitalärmere Landwirt muß von einer umfangreicheren Maschinenverwendung absehen und sich auf solche beschränken, welche er gleichzeitig zu verschiedenen Arbeiten gebrauchen kann, das heißt er wird mit einem Pflug, einer Egge, einer Drillmaschine, einer Heubereitungsmaschine je eine Reihe von Arbeiten ausführen müssen, welche der finanziell Stärkere mit Spezialmaschinen besonders gut, aber natürlich teurer ausführt.« Der Wettbewerb der Fabrikanten hat in den letzten Jahren so zweckmäßige Typen auf den Markt gebracht, daß nach Schnider auch der Mittel-, ja der Kleinbesitzer, selbst bei kleineren Flächen und mäßiger Nutzungsdauer noch von einer ganzen Reihe von Maschinen bei passender Größe und Bauart lohnend Gebrauch machen, das heißt durch wirkliche Ersparung von Kosten seine Kulturen verbilligen kann. In Übereinstimmung mit den Berechnungen, die Professor Gustav Fischer in seinem bekannten Werk *Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft* /Leipzig, Duncker & Humblot/ ausgeführt hat, weist Schnider darauf hin, daß die lohnende Ausnutzung von schmalspurigen Drillmaschinen schon bei 8,8 Hektar, von 2reihigen Hackmaschinen schon bei 1,1 Hektar, von Grasmähmaschinen schon bei 3,4 Hektar, von Getreidemähmaschinen mit Selbstablage schon bei 7,1 Hektar, von Gespannrechnen schon bei 4 Hektar, von Heuwendern schon bei 0,95 Hektar Fläche gegeben ist. Dementsprechend ist denn auch die Maschinennutzung in bäuerlichen Betrieben recht beträchtlich; sie wird sehr oft dadurch erleichtert, daß besondere Maschinengenossenschaften oder schon vorhandene Bezugs- oder auch Kreditgenossenschaften die beiden Hauptvorteile des Großbetriebs, verbilligten Bezug und Verbilligung der Arbeit selbst durch vermehrte Benutzung, auch den kleinen Landwirten verschaffen. Hierüber urteilt Schnider: »Was die Maschinenbenutzung je nach Betriebsgrößen betrifft, so beweist die Statistik,



daß diese keineswegs ganz überwiegend beim Großbetrieb auftritt, daß vielmehr die prozentische Zunahme derselben erheblich größer in den Mittel- und Kleinbetrieben ist als bei ersterm ... Betont sei dabei die statistisch nachgewiesene hohe Maschinenbeschaffung durch Genossenschaften; so wurden durch den Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bayern allein im Jahr 1910 für 242 000 Mark neue Maschinen vermittelt; und der Wert der Maschinen im Besitz solcher Vereinigungen betrug damals annähernd 2 Millionen Mark.« So lehrt auch diese neue wertvolle Untersuchung, daß die landwirtschaftlichen Maschinen nicht jenen die landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverhältnisse revolutionierenden Einfluß ausüben, den Marx, Engels, K. Kautsky und andere Sozialisten der ältern Generation von ihnen erwartet haben.

× **Innere Kolonisation** ×  
 Daß die großen Erfolge der Innenkolonisation in Preußen, Mecklenburg, Skandinavien und Rußland auch in Österreich-Ungarn Interesse erregt haben, ersieht man mit Freude aus der Schrift des frühern Gutsinspektors Friedrich Waldeck *Die innere Kolonisation als wirksamste Hilfe in unseren sozialen und volkswirtschaftlichen Nöten und Gefahren* /Wien, Frick/. Mit Recht weist Waldeck auf die dunklen Punkte in den österreichischen Agrarzuständen hin: das Überwiegen des Großgrundbesitzes, der allein in Zisleithanien 8 700 000 Hektar einnehme, die notorische Unrentabilität besonders des mittlern Großgrundbesitzes in Größe von 200 bis 500 Hektar, sein Angewiesensein auf polnische und südslavische Wanderarbeiter, durch deren Heranziehung er bisher rein deutsche Kronländer slawisierte, und endlich den Mangel an Schlachtvieh, der eine schwere Fleischteuerung verursache und Österreich immer abhängiger von Ungarn mache. Um diese Schäden zu heilen, macht Waldeck äußerst bescheidene Reformvorschläge: Jeder Latifundienbesitzer solle auf 40 Hektar seiner Außenschläge sogenannte *Kleinhübler* auf 2 bis 3 Hektar großen Güthen zu Eigentum, jeder Großgrundbesitzer unter 500 Hektar zu Pacht ansiedeln. Die Darlegungen, mit denen der Verfasser seine Kritik der österreichischen Agrarverfassung und seine Besserungsvorschläge begründet, enthalten manches Beherzigenswerte und für reichsdeutsche Leser Neue und Interessante, sind aber auch von Unrichtig-

keiten, Oberflächlichkeiten und Ausbrüchen reaktionärer Stimmung nicht frei. Den Österreichern muß deshalb empfohlen werden sich ihr Urteil darüber, ob in ihrem Vaterland innere Kolonisation nötig oder unnötig ist, nicht allein auf Grund der Waldeckschen Schrift zu bilden sondern auch die reichhaltige reichsdeutsche Fachliteratur über Binnensiedelung zu Rate zu ziehen.

Diese ist vor kurzem durch Professor Dr. Karl Doormanns Schrift *Innere Kolonisation* /Berlin, Simion/ dankenswert bereichert worden. Der bekannte fortschrittlich-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete gibt darin eine knappe, aber gediegene und selbst dem Kenner einige neue Gesichtspunkte bietende Skizze der Rentengutsgebung und der Aufgaben und Erfolge der innern Kolonisation in Preußen. Welche begrüßenswerte Wandlung der Linkliberalismus in den letzten anderthalb Jahrzehnten auch auf diesem Gebiet durchgemacht hat, erkennt man, wenn man dieses wertvolle neueste Heft der von der *Volkswirtschaftlichen Gesellschaft* in Berlin herausgegebenen *Volkswirtschaftlichen Zeitrufen* mit einer andern gleichfalls die innere Kolonisation in Preußen behandelnden Schrift vergleicht, die vor 16 Jahren in der gleichen ausgesprochen linksliberalen Sammlung erschien. Ich meine Brentanos Streitschrift *Die Agrarreform in Preußen*. Brentano brachte der preußischen Rentengutsgebung äußerstes Mißtrauen entgegen. Die geringen Eigentumsbeschränkungen, die sie dem Rentengutsnehmer im Interesse der Erhaltung des kleinen und mittlern Grundbesitzes auferlegt, deutete er als den tückischen Versuch durch Wiedereinführung des Obereigentums des Staats und der Großgrundbesitzer am Bauernland eine neue Feudalität zu begründen. Die zu Rentengutsrecht eingesetzten Bauern nannte er geradezu »Dreiviertelknechte«. Diese Gespensterheide, die aus den damaligen Zeitumständen zu erklären und zu entschuldigen auch Doormann nicht ganz gelingt, hat das Urteil vieler linksliberaler Politiker lange Jahre hindurch getrübt und sie an tatkräftiger Mitarbeit an den Aufgaben der Binnensiedelung gehindert. Erst seit etwa einem halben Jahrzehnt ist diese Gespensterfurcht der Linkliberalen allgemein der bessern Einsicht gewichen. Charakteristisch ist hierfür, daß Doormann ganz im Gegensatz zu der Brentanoschen Streitschrift von 1897 nachdrücklich betont: Es würde den Absich-

ten der Gesetzgebung schnurstracks widersprechen ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem auf einer Rentenstelle angesetzten Landarbeiter oder Bauern und dem Gutsherrn hervorzurufen. Freilich lasse sich nicht in Abrede stellen, daß die Möglichkeit unablösbarer Renten gegeben sei. Aber praktisch sei, wie die Erfahrung bestätige, die Gefahr sehr gering, da die Kolonisten wenig geneigt seien sich auf unkündbare Rentenschulden einzulassen. Hätte sich diese realistische Beurteilung der preußischen Rentenguts Gesetze gegenüber dem für das römisch-rechtliche freie Eigentum schwärmenden Doktrinarismus im Deutschfreisinn respektive in der fortschrittlichen Volkspartei 1½ oder 1 Jahrzehnt früher durchsetzen lassen, so würden wir heute in der praktischen Durchführung der innern Kolonisation wahrscheinlich schon viel weiter gekommen sein. Auch unsere Partei, in der die angeedeuteten Vorurteile der linksliberalen Parteiliteratur der beiden letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts noch immer nicht ganz erloschen sind, hätte dann leichter und rascher für innere Kolonisation erwärmt werden können.

× Fideikommissese ×  
 Auf seiner diesjährigen Tagung hat das preußische Landesökonomiekollegium folgenden von Professor Sering und dem Freiherrn von Wangenheim begründeten Antrag angenommen: »Im Interesse der innern Kolonisation und der Gesundheit des Gütermarkts ist es erwünscht, daß die Begründung von Familienfideikommissen grundsätzlich auf solche Landgüter beschränkt werde, die seit mindestens 50 Jahren im Besitz der selben Familie geblieben sind.« Dieser zeitgemäße (leider nicht weit genug gehende) Antrag und die offiziöse Ankündigung, dem preußischen Abgeordnetenhaus werde in seiner nächsten Session endlich ein Fideikommissgesetzentwurf vorgelegt werden, lenken die Aufmerksamkeit wieder einmal auf das rasche Anwachsen der Fideikommissgründungen und der Fideikommissfläche in Preußen. Diese anhaltende Zunahme der Bodenbindung findet auch Dr. Hermann Krause in seinem Buch *Die Familienfideikommissse von wirtschaftlichen, legislatorischen, geschichtlichen und politischen Gesichtspunkten* (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ recht bedenklich, obwohl er im übrigen für das seiner Meinung nach an sich berechnete und gesunde Institut mit Eifer und Geschick eintritt. Seine fidei-

kommissfreundlichen Argumente sind jedoch nur insoweit überzeugend als sie die Nützlichkeit der Bindung des im Privatbesitz befindlichen Waldbodens zu beweisen suchen. Dagegen ist es ihm nicht gelungen auch die Berechtigung überwiegend landwirtschaftlicher Fideikommissse darzutun. Selbst wenn man einem der Grundgedanken seines Buchs »Fideikommissse in Gebieten natürlich bedingten extensiven Betriebs auf weiten Flächen; keine Fideikommissse in Gebieten natürlich bedingter intensiver Kleinkultur« zustimmen wollte, so muß man doch bezweifeln, ob wir in diesem Sinn fideikommissfähigen Boden selbst in Ostdeutschland in größerer Ausdehnung überhaupt noch haben. Jedenfalls leugne ich, daß die Provinz und der Regierungsbezirk, die an Fideikommissen am reichsten sind und daher naturgemäß im Mittelpunkt der Erörterungen Krauses stehen, nämlich die ziemlich industrialisierte Provinz Schlesien und der hochindustrielle Regierungsbezirk Oppeln, Gebiete natürlich und sozial bedingter extensiver Landwirtschaft auf weiten Flächen sind. Krause führt selbst an, daß im Fideikommiss Pleß zirka 7000 Hektar in Parzellen an Kleinlandwirte und Industriearbeiter verpachtet werden. Ist das nicht ein »Pseudogroßbetrieb mit zentralisierter Kleinverpachtung«, dessen Schädlichkeit Krause an einem im Kreis Bonn gelegenen kleinern Fideikommiss einleuchtend darlegt? Wäre es im produktionspolitischen wie im sozialpolitischen Interesse nicht besser, wenn die Parzellenpächter Eigentümer werden könnten? Kurz, es ist Krause, soviel schätzbares Material er auch über schlesische und speziell ober-schlesische Fideikommissse bringt, nicht gelungen es zu rechtfertigen oder auch nur zu entschuldigen, daß in Schlesien 8,9 % der gesamten Landwirtschaftsfläche und in Oberschlesien sogar 20,7% der Gesamtfläche fideikommissarisch festgelegt sind. Nicht bloß am Rhein, wie Krause meint, sondern auch in Schlesien verhindert das Fideikommiss den so gebundenen Boden zur Existenzbasis für viele selbständige Bauern zu werden und in die Hand des tüchtigsten Wirts zu gelangen. Schon allein aus diesem Grund muß seine weitere Ausbreitung auch im Osten verhindert, und seine Abschaffung angebahnt werden. Zu tadeln ist, daß Krause seine Thesen mehrfach mit veralteten Daten zu stützen sucht, beispielsweise wenn er nach dem 1892 publizierten bekanntesten Agrarwerk Buchenbergers längst überholte

vergleichende Angaben über den durchschnittlichen Getreideertrag auf kleinen und großen Gütern zitiert. Im großen und ganzen muß aber anerkannt werden, daß Krause ein reiches Tatsachenmaterial zusammengetragen und lichtvoll verarbeitet hat. Sein Buch wird daher auch den Gegnern des Fideikommißwesens gute Dienste leisten.

× **Pachtgenossenschaften** Zu den interessantesten landwirtschaftlichen Genossenschaften der Gegenwart gehören die Pachtgenossenschaften (*affittanze collettive*) der Landarbeiter in einigen Provinzen Italiens, besonders in der Lombardei, in der Romagna und in Sizilien. Eine Unterart dieser neuartigen landwirtschaftlichen Organisationen, die Pachtgenossenschaften mit gemeinschaftlicher Bewirtschaftung des gepachteten Bodens, wurde in einem Teil unserer Parteipresse sogar als die sozialistische Lösung der Agrarfrage gefeiert und auch den deutschen Landarbeitern zur Nachahmung empfohlen. Unter diesen Umständen verdient die eingehende Schilderung und Würdigung, die ihnen der frühere Beamte des internationalen Landwirtschaftsinstituts zu Rom und jetzige Freiburger Privatdozent Dr. W. D. Preyer in seinem gründlichen Buch *Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens* / Jena, G. Fischer/ zuteil werden läßt, auch in der deutschen Sozialdemokratie beachtet zu werden. Der Verfasser vermittelt uns darin vor allem die wichtige Einsicht, daß Landarbeiterpachtgenossenschaften nach Art der italienischen in Deutschland unmöglich sind, weil ihre wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen innerhalb der deutschen Agrarverfassung nicht gegeben sind. Notwendigste Voraussetzung ihrer Entstehung ist nämlich die Existenz eines ausgedehnten Großgrundbesitzes in Verbindung mit der Großpacht, das heißt der traditionell eingebürgerten Verpachtung großer Landflächen an einen kapitalkräftigen Vermittler, der das Land parzellenweise an selbstarbeitende Kleinpächter oder Halbpächter weitergibt und dem Großgrundeigentümer gegenüber die Garantie für das Eingehen der Pachtrente übernimmt. Dieses parasitäre Zwischenglied zwischen dem Eigentümer und dem Bearbeiter des Bodens auszuhalten ist der Zweck, den die Landarbeiter durch ihren Zusammenschluß in Genossenschaften erreichen wollten und zum Nutzen der Landeskultur in großem Umfang auch erreicht haben.

Mit dem Grund und Boden, den sie als kreditfähige und kreditwürdige Genossenschaft vom Eigentümer viel leichter als als einzelne verpachtet erhalten, Verfahren die Landarbeiter in den genannten Provinzen auf verschiedene Weise. Sie nutzen ihn entweder nach dem System der gemeinsamen oder der getrennten Bewirtschaftung. Im ersten Fall wird das ganze Gut als einheitlicher Betrieb von einer zentralen Stelle aus geleitet, und zwar derart, daß die Genossen mit gleichen Rechten und Pflichten die in ihrem Großbetrieb erforderlich werdenden Arbeiten ausführen und den Natural- oder Geldertrag zu gleichen Teilen unter sich verteilen. Im anderen Fall schließt die Genossenschaft als solche nur den Pachtvertrag mit dem Eigentümer ab, teilt dann das Gut in so viele Parzellen als Genossen vorhanden sind auf und überläßt jedem Genossen sein Stück Land zur Bewirtschaftung unter eigener Verantwortung. Diese einzelwirtschaftlichen Betriebe ihrer Mitglieder unterstützt sie, indem sie ihnen Kredit vermittelt, für sie den Bezug von Düngemitteln und anderen Bedarfsgegenständen und den Absatz ihrer marktfähigen Produkte übernimmt und ihnen vielfach auch durch einen Fachmann landwirtschaftlich-technische Anleitungen geben läßt.

Die auf dem Land auch in Italien sehr einflußreiche klerikale Partei und die schon seit längerer Zeit bestehenden ländlichen Kreditvereine katholischer und neutraler Tendenz gründeten ausschließlich Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung. Dagegen wurden die Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung von der sozialdemokratischen Partei, den sozialistischen Arbeitskammern und den Landarbeitergewerkschaften (*leghe di resistenza*) propagiert. Diese wollten zwar auch das ländliche Proletariat von dem vermittelnden Großpächter befreien, es vom gelohnten Landarbeiter zum freien Unternehmer machen, aber nicht als Individuum sondern als Klasse. Die Klasse sollte emanzipiert, in einem großen gemeinschaftlichen Betrieb Unternehmerin werden und den Produktionsprozeß nach dem Prinzip der Gleichberechtigung aller mit Stimmenmehrheit leiten. So hoffte man allmählich das private Grundeigentum abzuschaffen. Es hat sich aber bald herausgestellt, daß mit gemeinsamer Bewirtschaftung keine sonderlichen Erfolge zu erzielen sind. Dagegen weisen die Genossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung fast über-

all zufriedenstellende Resultate auf. Als Ursachen dieser allgemein konstatierten Tatsache führt Preyer unter anderem an: »Das Interesse der einzelnen Genossen ist bei der getrennten Form größer: sie haben das Bewußtsein für sich selbst zu arbeiten und nicht für eine Gemeinschaft, die den Gewinn erst verteilt. An die Genossen werden ferner von seiten der Genossenschaft weniger Anforderungen gestellt: das Aufgeben der persönlichen Arbeitsbestimmung fehlt, und die so schwer zu disziplinierende gemeinsame Arbeit fällt fort; es wird weniger Unterordnung verlangt, da die technische Leitung in der Regel nur beratende und kontrollierende Tätigkeit ausübt und nicht, wie bei den anderen, alles bis ins kleinste vorschreibt. . . . Die bei einem landwirtschaftlichen Betrieb vorzunehmenden Arbeiten sind unter sich sehr verschieden. Während bei den Arbeitsgenossenschaften eine an Quantität und Qualität gleiche oder nur unbedeutend von einander abweichende Arbeit von allen Genossen zu leisten ist, erscheint die Arbeit in der Landwirtschaft durchaus anders. Die im Betrieb vorzunehmenden Arbeiten wechseln nach Zeit und Art, so daß eine ganz verschiedene Arbeitsleistung, von den einzelnen verlangt werden kann. Wollte man bei den Genossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung dieser Verschiedenheit Rechnung tragen, so müßte man genau ausgearbeitete Tarife besitzen, um alle Arbeiten je nach der erforderlichen Leistung entsprechend zu lohnen. Tarife bestehen aber in der Regel nicht, und im allgemeinen werden die Genossen alle gleichmäßig gelohnt. Infolgedessen ergibt sich in gewissem Sinn eine ungleiche Behandlung der einzelnen und somit auch ein ungleiches Interesse an der Genossenschaft selbst; denn obwohl jeder mit einer verschiedenen Quote an der Arbeit beteiligt ist, haben alle die gleichen Rechte und genießen alle den gleichen Ertrag. Dies . . . ist natürlich geeignet Unzufriedenheit zu erregen und dadurch die Dauerhaftigkeit der Pachtgenossenschaft in Frage zu stellen. Bei den Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung erscheint dagegen als Arbeitseinheit die Familie auf ihrer Parzelle. Alle aufgewandte Arbeitskraft, so verschieden sie unter sich sein mag, kommt der eigenen Einheit zugute; alle Mitglieder haben das Gefühl für sich zu arbeiten, und keiner fürchtet irgendwie übervorteilt werden zu können. Das Bewußtsein den Ertrag der aufgewandten Arbeit ganz für sich zu genießen ist

ein mächtiger Ansporn für die Tätigkeit des einzelnen.« Infolge dieser unbestreitbaren Vorzüge haben die Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung vor den anderen, was den Umfang der von ihnen bewirtschafteten Fläche anlangt, einen großen Vorsprung gewonnen. Nach der letzten Zählung betrug die Gesamtausdehnung des von den Genossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung in Pacht genommenen Landes 1872 Hektar; die Genossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung hatten dagegen 28 105 Hektar, also 15 mal so viel gepachtet.

Allmählich haben auch die italienischen Sozialisten die großen praktischen Vorzüge der früher als *bürgerlich* heftig bekämpften Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung eingesehen und gleichfalls solche zu gründen begonnen. Bei einzelnen sozialistischen Pachtgenossenschaften macht sich sogar die Tendenz bemerkbar von der gemeinschaftlichen zur getrennten Bewirtschaftung überzugehen. Unsere italienische Bruderpartei nimmt auch in dieser Agrarfrage den gleichen begrüßenswerten Entwicklungsgang von utopistischen zu realistischen Auffassungen wie in ihrer Stellungnahme zum Kleingrundbesitz. Während sie noch 1897 auf dem Parteikongreß zu Bologna proklamiert hatte, das kleine ländliche Eigentum sei zum Verschwinden bestimmt, wurde 1910 auf dem Kongreß zu Asti beschlossen sich um die kleinen Besitzer als um Arbeiter in besonderen Bedingungen zu kümmern und sie in Genossenschaften zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Beide Genossenschaften haben der Landbevölkerung Nutzen gebracht. Sie bearbeitet jetzt unter vorteilhafteren Bedingungen ihren Boden und zieht einen größeren Nutzen aus ihrer Arbeitskraft als früher. Eine günstige Fortentwicklung scheint besonders den Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung gesichert zu sein.

Neben den Pachtgenossenschaften bespricht Preyer eingehend die Arbeitsgenossenschaften, in denen sich zahlreiche italienische Arbeiter zusammenschließen, um unter Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers öffentliche Arbeiten (Meliorationen, Dammbauten, Ent- und Bewässerungen) zur Ausführung zu übernehmen. Während von diesem Teil der Arbeit der Gewerkschafter Kenntnis nehmen sollte, fällt das 1. Kapitel des Buchs, das eine Darstellung des gesamten italienischen Genossenschaftswesens

gibt, in das Interessengebiet des Genossenschafters.

Zu einer weit größeren Bedeutung als in Italien haben die Pachtgenossenschaften es übrigens in Rumänien gebracht, wo ähnliche, wirtschaftliche und soziale Zustände (Latifundienbesitz und kapitalistische Großpacht mit Afterverpachtung) sie begünstigen. In Rumänien waren 1911 bereits 62 000 Genossen in 378 Pachtgenossenschaften mit einer Pachtfläche von 283 381 Hektar und einem Genossenschaftskapital von 2½ Millionen Lei vereinigt. Es fragt sich allerdings, ob nicht in Rumänien eine Lösung der Landfrage nach preußischem Vorbild einer solchen nach italienischem vorzuziehen wäre. Wenigstens befürwortete vor 2 Jahren Kogalniceanu in einer im *Archiv für Sozialwissenschaft* veröffentlichten Abhandlung mit guten Gründen für sein Vaterland eine Kolonisation durch Ansetzen kleiner Eigentümer nach preußischem Muster.

× **Gärtnerei** ×

Mit der jüngern, in den letzten Jahrzehnten aber bedeutend gewachsenen Schwester des landwirtschaftlichen Pflanzenbaus beschäftigt sich Dr. Kurt Hofmann in seinem Buch *Die Entwicklung der Gärtnerei* /Leipzig, Veit/. Das sichtlich auf eigener Anschauung der Verhältnisse fußende Buch behandelt leider nur die Gemüse- und die Blumengärtnerei, während die Landschafts-, Baumschulen- und Samenbau-gärtnerei einer weitem, vom Verfasser in Aussicht gestellten Studie vorbehalten geblieben sind. Die Geschichte der Gemüse- und Blumengärtnerei, die gegenwärtige Lage des Gewerbes, die Konkurrenz Hollands, Belgiens und Südeuropas, die daraus emporgewachsenen zollpolitischen Bestrebungen des Berufsstands und endlich seine sozialpolitischen Probleme werden sachkundig dargestellt. Der gärtnerische Gemüsebau, der dem Boden in einem Jahr 3 bis 4 Ernten bringt und deshalb die intensivste aller Bodenkulturen ist, erfordert nach Hofmann, wenn er die hohen Bodenpreise in der Umgebung der Städte verzinsen soll, so viel Geschick und vor allem Genauigkeit und Sorgfalt, daß er die Domäne der familienhaften Arbeitsverfassung geblieben ist. Der Kleinbetrieb ist daher in der Gemüsegärtnerei nicht nur lebensfähig sondern auch in ständiger Zunahme begriffen. Die Blumengärtnerei, zumal die in Gewächshäusern betriebene, erfordert eine höhere Kapitalanlage und ist daher dem größeren

Betrieb etwas günstiger. Nach den beiden letzten Betriebszählungen wurden in gärtnerischen Hauptbetrieben beschäftigt:

| Personen   | 1895   | 1907   |
|------------|--------|--------|
| 1          | 11 314 | 10 569 |
| 2 bis 5    | 11 040 | 20 276 |
| 6 bis 10   | 1 772  | 7 721  |
| 11 bis 50  | 595    | 1 009  |
| 51 bis 200 | 40     | 107    |
| über 200   | 7      | 14     |
| zusammen   | 24 768 | 34 696 |

Weitaus vorherrschend ist demnach der Betrieb mit 2 bis 5 Personen. Er zeigt auch seit 1895 die größte Zunahme.

Nächst Holland ist Belgien der erfolgreichste Konkurrent der deutschen Gemüse- und Blumengärtnerei im Inland und auf dem europäischen Markt. Den Engländern, die neben den Deutschen die wichtigsten Abnehmer der Produkte der belgischen Gärtnerei sind, werden deren vielfach vorbildliche Verhältnisse in der vom belgischen *Nationalkomitee für Fortschritt im Gartenbau* herausgegebenen Schrift *Votes on the Production and Trade of Fruit and Vegetables in Belgium* (Brüssel, Weissenburgh) geschildert. Als bezeichnend für die Ausdehnung, die besonders die Kulturen unter Glas in Belgien gewonnen haben, sei hier nur die Tatsache angeführt, daß in der Umgegend von Hoeylaert bei Brüssel über 12 000 Warmhäuser jährlich mehr als 7 Millionen Pfund Weintrauben produzieren. Vom November bis April versorgen sie mit frischen Weintrauben, die um diese Zeit sonst nirgends erhältlich sind, England und Nordamerika. Im Gartenbau, dessen Förderung nun endlich in Deutschland energischer betrieben zu werden scheint, können wir von Holland und Belgien sehr viel lernen.

× **Kurze Chronik** ×

Lloyd George hielt am 11. Oktober in Bedford seine in England mit großer Spannung erwartete Rede über die Landreformfrage. Wenige Tage später erschien der 1. Band der von der liberalradikalen Partei eingesetzten Kommission zur Untersuchung des Landproblems. Er ist für 1 Shilling vom Verlag Hodder & Stoughton in London zu beziehen. Schon einige Monate früher wurde der Bericht der von der *Fabian Society* eingesetzten Agrarstudienkommission in einem Sonderheft des von Beatrice und Sidney Webb herausgegebenen *New Statesman* veröffentlicht. Mächtig ist auch die sonstige Buch- und

Zeitschriftenliteratur über das Landproblem in England und Schottland in den letzten Jahren angeschwollen. Am 22. Oktober kündigte Lloyd George die Errichtung eines besondern Landministeriums an, das alle Grundbesitzangelegenheiten dauernd kontrollieren soll. × Die preußischen Staatsdomänen brachten im Jahr 1912 einen Pachtertrag von 17,8 Millionen Mark. Von den Staatsfeldgütern, die im Jahr 1913 pachtfrei werden oder schon geworden waren, sind 27 von neuem verpachtet worden, und zwar zum durchschnittlichen Pachtzins von 62,6 Mark pro Hektar. Manche von ihnen hätten zur Ansiedlung von Bauern und Landarbeitern zur Verfügung gestellt werden sollen. × Die Zahl der Tabakpflanzler in Deutschland ging 1912 gegenüber 1911 um 6000 auf 95 515 zurück. Wegen Mangels an zuverlässigen Arbeitskräften verringerte sich besonders die Zahl der großen Pflanzler. Die Gesamternte betrug 1912 28,9 Millionen Kilogramm im Wert von 17,9 Millionen Mark. × Die von mir in den *Sozialistischen Monatsheften* schon vor mehreren Jahren geforderte Gründung einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft für die Provinz Sachsen erfolgte Anfang Oktober unter dem Namen *Sachsenland*. Das Grundkapital beträgt einstweilen 1 350 000 Mark, an dem der Staat mit 500 000 Mark beteiligt ist. Der Provinzialausschuß hat aber bereits beschlossen bei dem Provinziallandtag eine Beteiligung der Provinz mit 2 Millionen Mark zu beantragen. × Durch deutsche Rückwanderer aus Rußland vermehrte sich die Landbevölkerung Schleswig-Holsteins in den letzten 2 Jahren um rund 1500 Seelen. In Ostpreußen wurden in den letzten 5 Jahren 626 deutschrussische Rückwandererfamilien als landwirtschaftliche Arbeiter angesetzt, davon 241 Familien mit rund 1200 Köpfen im letzten Jahr. × Die Durchschnittspreise der Hauptfleischsorten (Rind- und Schweinefleisch) zeigten im September 1913 gegenüber den entsprechenden Ziffern des Vorjahrs Preissenkungen von rund 5%. Die recht günstige Kartoffel-, Rüben- und Wiesenheu-ernte dieses Jahres lassen die baldige endgültige Überwindung der durch das Dürre- und Seuchenjahr 1911 verursachten Viehproduktionskrise erwarten. × Während die Kartoffelerträge in Deutschland in den letzten 25 Jahren um 200 Milli-

onen Doppelzentner gestiegen sind, nahm der Kartoffelverbrauch in der Stärkeindustrie nur um 5 Millionen Doppelzentner zu; in der Spiritusindustrie ging er sogar um 1 Million Doppelzentner zurück. Schon hieraus ergibt sich, daß die große Kartoffelmehrernte dieses Herbstes nicht zu Stärke oder Spiritus industriell verarbeitet werden kann. Voraussichtlich wird sie zur Vermeidung der Fäulnisgefahr zum großen Teil durch Trocknung in Kartoffelflocken oder -schnitzel umgewandelt werden und so einen weitem Aufschwung des Trocknereigewerbes herbeiführen.

× **Literatur** Die *Kulturgeschichte des deutschen Bauernhauses* erzählt der Baurat Dr. Ing. Chr. Rauck in einem kürzlich in 2. Auflage herausgegebenen, mit 71 Abbildungen geschmückten Bändchen der bekannten Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*. Das lesenswerte Büchlein enthält auch manche interessante Bemerkung zur deutschen Siedlungs- und Agrargeschichte. × Im 4. Band der vom *Sekretariat sozialer Studentenarbeit* veröffentlichten *Sozialen Studienfahrten* schildert Willibald Jansen *Die Eifel als Wirtschaftsgebiet* /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. In seiner Skizzierung der Landwirtschaft in der Eifel teilt Jansen im wesentlichen den Standpunkt, den ich im vorigen Jahr in 2 Artikeln der *Sozialistischen Monatshefte* gegenüber dem Genossen Ernst Andree (Hannover) vertreten habe. Neues bietet Jansen in seiner Beschreibung der 5 Domänen, die der preußische Staat in der Eifel auf kultiviertem Ödland angelegt hat. × In seiner Broschüre *Zur Wirtschaftslehre des Landbaus* /Berlin, Wallmann/ gibt Dr. W. Rohrbeck eine eingehende und in einigen Punkten, beispielsweise in seiner Beurteilung der Thünenschen Methode, zutreffende Kritik des von Professor Dr. Waterstradt (Hohenheim) im vorigen Jahr veröffentlichten größern Werks *Wirtschaftslehre des Landbaus* /Stuttgart, Ulmer/. × Professor Dr. Giovanni Lorenzoni, Generalsekretär und Leiter der Abteilung für volkswirtschaftliche und soziale Einrichtungen, schildert in einer in Rom im Verlag des Instituts publizierten Schrift die Tätigkeit des *Internationalen Landwirtschaftsinstituts* auf dem Gebiet des ländlichen Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesens.